

# Monatsbericht des BMF Oktober 2012





Monatsbericht des BMF Oktober 2012

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung	
-	nichts vorhanden	
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts	
	Zahlenwert unbekannt	
X	Wert nicht sinnvoll	

# □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euroraum	
Erstes Jahr mit der Schuldenbremse erfolgreich abgeschlossen	15
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011	20
Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern	41
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	45
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	45
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012	51
Entwicklung des Bundeshaushalts	57
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012	59
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	61
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	67
Termine, Publikationen	69
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

die weitreichenden Entscheidungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euroraum in den letzten zwei Jahren haben inzwischen durchaus beachtliche Erfolge aufzuweisen. Die Haushaltsdefizite werden substanziell verringert. So ist zu erwarten, dass sich das durchschnittliche Haushaltsdefizit im Euroraum, welches im Jahr 2009 noch 6,4% des BIP betrug, in diesem Jahr ungefähr halbiert haben wird. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den USA und Japan, deren Defizite bei über 8% verharren.

Der Vorkrisentrend zunehmender makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums hat sich umgekehrt. Vor allem die Leistungsbilanzdefizite gehen zügig zurück. In Spanien beispielsweise betrug das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2009 9,6 %, in diesem Jahr werden es nur noch etwa 2% sein. Zudem zeugen sinkende Lohnstückkosten in vielen Krisenländern von einer Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen und weitreichende Strukturreformen in vielen Mitgliedstaaten schaffen die Grundlage für zukünftiges Wirtschaftswachstum. Dabei ist hervorzuheben, dass Reformen in verschiedenen Bereichen wie Arbeitsmarkt, Produktmarkt, Dienstleistungssektor oder Alterssicherungssysteme zeitgleich angepackt werden. Durch dieses Zusammenspiel können stärkere Effekte für dauerhaftes Wachstum und fiskalische Nachhaltigkeit erzielt werden. Aus der Erfahrung mit den



Arbeitsmarktreformen in Deutschland wissen wir allerdings auch, dass die Umsetzung von strukturellen Reformen ein komplexes Vorhaben ist und sich Erfolge in Form von Wachstum und Beschäftigung erst nach einiger Zeit einstellen.

Die bislang erzielten Erfolge sprechen dafür, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, wenngleich noch ein gutes Stück der Wegstrecke bis zur Bewältigung der Schuldenkrise zurückzulegen ist. Es wäre verhängnisvoll, jetzt die Richtung zu ändern. Die Haushaltsdefizite würden wieder steigen und das langsam wachsende Vertrauen würde wieder gefährdet. Der Kurs kontinuierlicher Haushaltskonsolidierung, verbunden mit strukturellen Reformen, ist und bleibt richtig – für nachhaltige Staatsfinanzen und die Stärkung der Wachstumskräfte.

L. St. -

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Im 3. Quartal dürften von der Industrie Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Die Exporttätigkeit erwies sich weiterhin als robust.
- Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist bis zuletzt angestiegen. Tendenziell verläuft der Beschäftigungsaufbau jedoch gedämpfter als zu Jahresbeginn.
- Vor dem Hintergrund einer Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos geht von der aktuellen Preisentwicklung auf dem Weltmarkt zurzeit kein Inflationsrisiko für Deutschland aus.

#### Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2012 im Vorjahresvergleich um 4,2 % gestiegen. Das gesamte Steueraufkommen erhöhte sich für den Zeitraum Januar bis September insgesamt um 5,6 %.
- Am 26. September wurde vom Kabinett ein 2. Nachtragsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 beschlossen. Mit diesem kommt die Bundesregierung ihren Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Wachstumspakets sowie der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags nach. Die erforderlichen Mehrausgaben von rund 2,2 Mrd. € werden haushaltsneutral aufgefangen.
- Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes bis einschließlich September 2012 entwickelten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum weiterhin positiv (Einnahmen + 3,3 %, Ausgaben 0,9 %).
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende August rund 4,9 Mrd. € und unterschreitet damit den Vorjahreswert um rund 3,3 Mrd. €. Während die Ausgaben um 2,2% anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 4,1%.
- Ende September 2012 erreichte die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe 1,43 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,22 %.

#### Europa

- Der ECOFIN-Rat am 9. Oktober 2012 fand turnusgemäß in Luxemburg statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Austausch zu laufenden Gesetzgebungsvorschlägen, insbesondere zur Finanztransaktionssteuer und zu Basel III sowie zur Errichtung eines gemeinsamen Bankenaufsichtsmechanismus.
- Darüber hinaus tauschten sich die Minister zu den laufenden Arbeiten zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aus. Fazit: Der institutionelle Rahmen der WWU muss weiter gestärkt werden, dies jedoch ohne den Zusammenhalt der EU-27 zu schwächen.
- Am 8. Oktober, dem Vorabend des ECOFIN-Rates, beriet sich die Eurogruppe über die wirtschaftliche Lage und die Zwischenstände der Troika in den Programmländern Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern. Der Internationale Währungsfonds (IWF) war durch die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde vertreten.

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM

# Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euroraum

# Erste Erfolge beim Abbau der Haushaltsdefizite und der makroökonomischen Ungleichgewichte

- Die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Euroraums verfolgt das Ziel des Abbaus der strukturellen Haushaltsdefizite zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen flankiert von Strukturreformen zur Vergrößerung des Wachstumspotenzials.
- Dabei zeigen sich erste Erfolge:
  - (1) Die Haushaltsdefizite gehen zurück.
  - (2) Der Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte hat begonnen.
  - (3) Substanzielle Strukturreformen sind angestoßen.
- Daher sollte am finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs festgehalten werden, auch im Angesicht sich verschlechternder Konjunkturaussichten.

1	Einleitung	6
	Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	
2.1	Abbau der Defizite	6
2.2	Strukturelle Konsolidierung versus "konjunkturneutrale" Finanzpolitik	8
3	Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte	10
	Strukturreformen	
_	Forit	10

# 1 Einleitung

Seit dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 zeichnen sich Anpassungsfortschritte im Euroraum ab:

- 1. Die Haushaltsdefizite gehen wieder zurück.
- 2. Der Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte hat begonnen.
- 3. Substanzielle Strukturreformen wurden angepackt.

Das ist ein Beleg dafür, dass der von vielen Mitgliedstaaten eingeschlagene Weg struktureller Haushaltskonsolidierung und konsequent umgesetzter Strukturreformen richtig ist und weitergegangen werden sollte. Eine Abkehr vom Kurs der strukturellen Konsolidierungspolitik flankiert mit Strukturreformen könnte die bisher erreichten Erfolge, insbesondere das langsam wieder wachsende Vertrauen, zunichtemachen. Insofern sind Forderungen, angesichts der sich abschwächenden Konjunktur die Ausrichtung der Finanzpolitik zu ändern, nicht zielführend.

# 2 Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

# 2.1 Abbau der Defizite

Die Haushaltskonsolidierung im Euroraum zeigt positive Ergebnisse. Nachdem sich die Haushaltsdefizite zu Beginn der Wirtschaftskrise stark erhöht hatten, konnten seitdem viele Länder des Euroraums ihre Defizite wieder deutlich verringern.

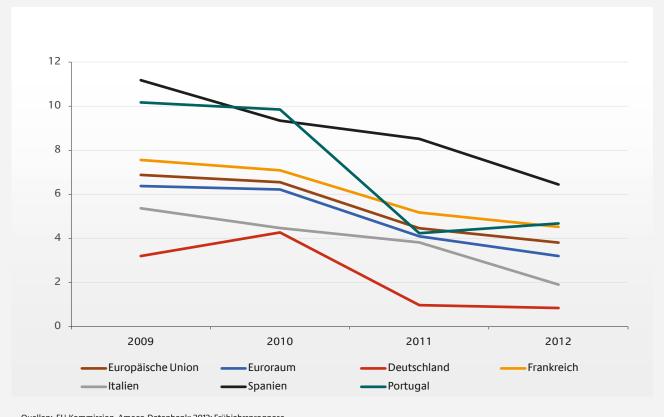
ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM

Insgesamt ist das durchschnittliche Defizit im Euroraum von 2009 bis 2011 von 6,4% auf 4,1% zurückgegangen und die Europäische Kommission erwartet in ihrer Frühjahrsprognose einen weiteren Rückgang auf 3,2% im Jahr 2012 (Abbildung 1). Die Herbstprognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) beträgt 3,3% und ist damit geringfügig schlechter.

Die öffentliche Verschuldung des Euroraums wird zwar nicht zuletzt aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Dynamik zunächst noch weiter zunehmen, doch auch hier zeichnet sich eine Trendwende klar ab. Der IWF prognostiziert ein Ende des Wachstums der Gesamtverschuldung des Euroraums für das Jahr 2013 und ein Absinken ab 2014.

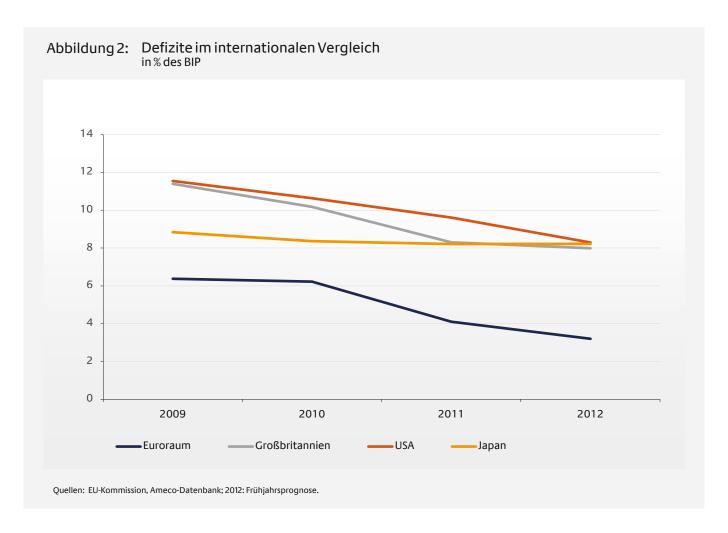
Im internationalen Vergleich ist das Haushaltsdefizit im Euroraum gering (Abbildung 2). So ist das Defizit 2011 mit 4,1% dort ungefähr halb so groß wie in Großbritannien (8,3%), den USA (9,6%) oder Japan (8,2%). Dies ist nicht nur eine Momentaufnahme, denn das Defizit im Euroraum ist seit Jahren erheblich geringer als in den USA oder Großbritannien. Der Abstand zu Japan vergrößert sich sogar, da Japan seinen negativen Haushaltssaldo kaum verringert.

Abbildung 1: Defizite im europäischen Vergleich in % des BIP



 $Quellen: \ EU-Kommission, Ameco-Datenbank; 2012: Fr\"uhjahrsprognose.$ 

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM



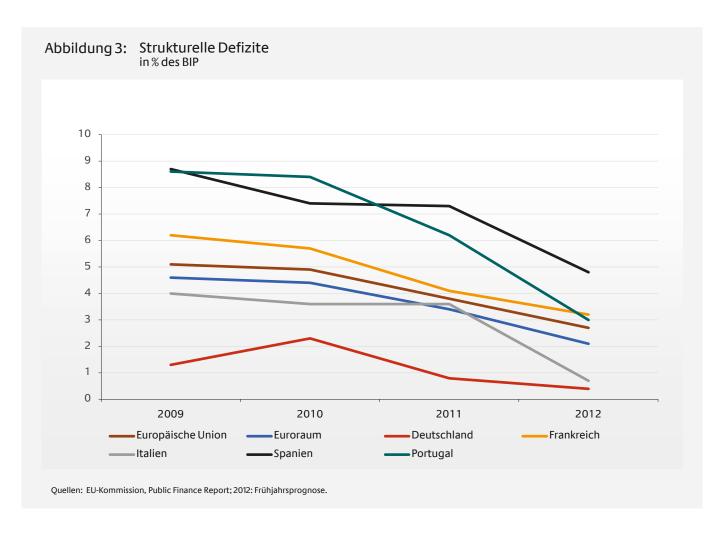
# 2.2 Strukturelle Konsolidierung versus "konjunkturneutrale" Finanzpolitik

Auch das strukturelle Defizit, das um konjunkturelle Effekte und Einmaleffekte bereinigte Defizit, geht im Euroraum zurück. Das strukturelle Defizit konnte von 4,6 % im Jahr 2009 auf 3,4 % im Jahr 2011 verringert werden, und auch für dieses Jahr ist von einer weiteren Verringerung auszugehen (Abbildung 3). Die Verringerung des strukturellen Defizits ist besonders hervorzuheben, da sie die Wirksamkeit der von den Staaten des Euroraums ergriffenen strukturellen Maßnahmen

zur Haushaltskonsolidierung zeigt. Vom erwarteten Defizitabbau von 2009 bis 2012 entfallen rund drei Viertel auf die Reduktion des strukturellen Defizits und nur rund ein Viertel auf konjunkturelle und Einmaleffekte.

Ohne den Abbau der strukturellen Defizite lässt sich das Ziel tragfähiger Staatsfinanzen nicht erreichen. Der europäische Stabilitätspakt schreibt vor, dass Länder, die das mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts noch nicht erreicht haben, das strukturelle Defizit jährlich um mindestens 0,5 Prozentpunkte zurückführen müssen. Für Länder, die sich in einem Verfahren wegen eines

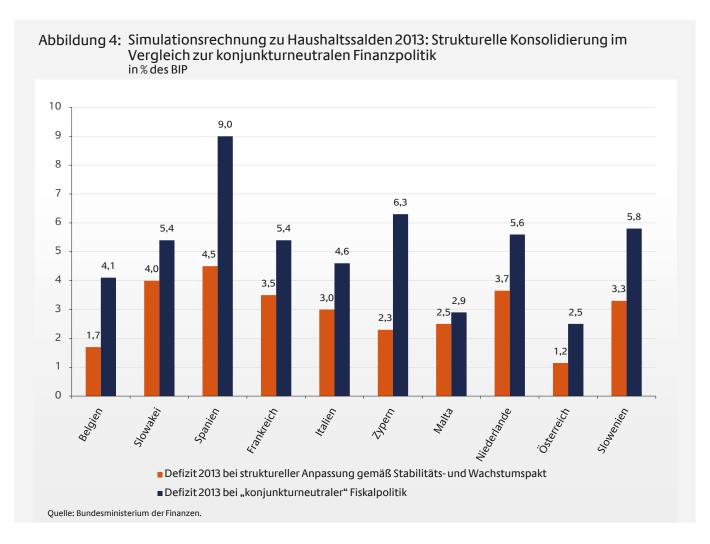
ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM



übermäßigen Defizits befinden, gelten zum Teil darüber hinausgehende Anforderungen. Würde man vom Kurs der strukturellen Haushaltskonsolidierung abweichen und auf eine "konjunkturneutrale" Fiskalpolitik umschwenken, hätte dies fatale Folgen für die Konsolidierungserfolge einzelner Länder. Dies zeigt ein Vergleich der Haushaltsdefizite 2013 zwischen zwei Szenarien. Das Referenzszenario ist die strukturelle Haushaltskonsolidierung mit einer Verringerung der strukturellen Defizite gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (Abbildung 4). Das Alternativszenario

dazu wäre eine "konjunkturneutrale"
Fiskalpolitik mit einem gleichbleibenden
strukturellen Defizit, d. h. mit voller
Wirkung der automatischen Stabilisatoren.
Beispielsweise würde sich im Falle einer
"konjunkturneutralen" Fiskalpolitik das
nominale Defizit in Frankreich im Jahr 2013
auf über 5 % des Bruttoinlandsprodukts
(BIP) erhöhen. Ein Abweichen vom Kurs der
strukturellen Haushaltskonsolidierung würde
auch die Glaubwürdigkeit des reformierten
Stabilitäts- und Wachstumspaktes
unterminieren.

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM



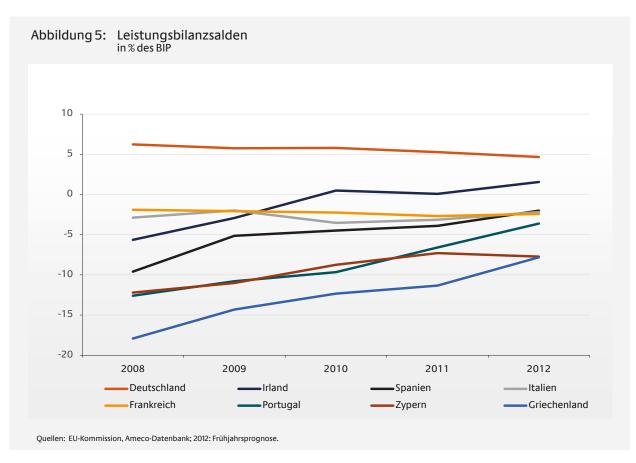
# 3 Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte

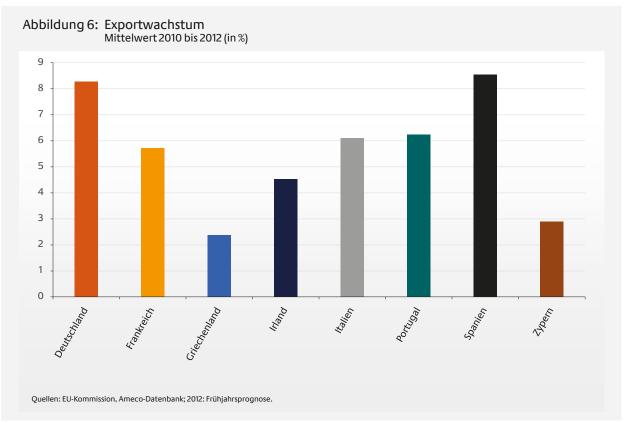
Der Abbau makroökonomischer
Ungleichgewichte kommt voran. Dies ist
auch ein Zeichen für erste Erfolge bisher
umgesetzter Strukturreformen. Abbildung 5
zeigt, dass sich der Vorkrisentrend
divergierender Leistungsbilanzsalden
innerhalb des Euroraums seit 2008 umgekehrt
hat. Vor allem die Leistungsbilanzdefizite
sind deutlich zurückgegangen. So
wird beispielsweise erwartet, dass das
Leistungsbilanzdefizit am BIP zwischen 2008
und 2012 (Frühjahrsprognose EU-Kommission)
in Spanien von - 9,6 % auf - 2,0 %, in Portugal
von - 12,6 % auf - 3,6 % und in Griechenland
von - 17,9 % auf - 7,8 % zurückgeht.

Dabei basiert der Rückgang der
Leistungsbilanzdefizite nicht nur auf
einer Abnahme der Inlandsnachfrage
beziehungsweise der Importe. Die Exporte
der Defizitländer haben sich zum Teil deutlich
erhöht (Abbildung 6). Beispielsweise beträgt
das spanische durchschnittliche jährliche
Exportwachstum zwischen 2010 und 2012
über 8 %. Der Leistungsbilanzüberschuss
Deutschlands gegenüber den Ländern
des Euroraums hat sich im Vergleich zum
Vorkrisenniveau deutlich zurückgebildet, die
Binnennachfrage wird durch Beschäftigungsund Einkommenszuwächse gestärkt.

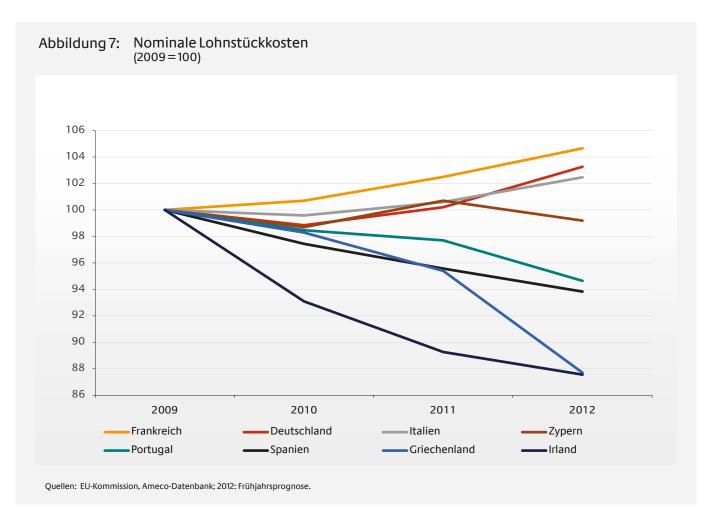
Hinter dem Abbau der Leistungsbilanzdefizite steht zum Teil ein struktureller Anpassungsprozess in den betroffenen Volkswirtschaften. In vielen Defizitländern

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM





ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM



werden die Übertreibungen der vergangenen Jahre in den Binnensektoren (starker Fokus auf inländischen Konsum, oft in Verbindung mit einem Bauboom) zunehmend korrigiert. Es gibt eine Ressourcenverschiebung von Arbeitskräften und Kapital aus schrumpfenden Binnensektoren in wachsende Exportsektoren. Dabei ist eine Veränderung der relativen Preise wichtig, um Anreize zu dieser Neuausrichtung zu setzen. Setzt sich die Umstrukturierung fort, werden die betroffenen Volkswirtschaften nachhaltig stabilisiert und somit u. a. die Arbeitsmärkte gestärkt. Jedoch benötigt die notwendige Umorientierung der Produktion von inländischem Konsum auf Export Zeit und führt zu einer temporären Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Begleitende Strukturreformen sind wichtig, um neue Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen und einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

In vielen von der Krise besonders betroffenen Staaten zeigt sich eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Abbildung 7 veranschaulicht die sinkenden Lohnstückkosten in diesen Ländern. In Irland und Griechenland werden die nominalen Lohnstückkosten von 2009 bis 2012 voraussichtlich um 12 % sinken, in Spanien werden sie im selben Zeitraum um voraussichtlich 6 % und in Portugal um 5 % fallen. Auch der unlängst erschienene "Global Competitiveness Report" des World Economic Forum konstatiert eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Ländern wie Spanien, Italien und Portugal.

Ein nachhaltiger Abbau der Leistungsbilanzdefizite erfordert eine erhebliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Staaten wie Griechenland, Spanien, Zypern oder Portugal, da die steigenden

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM

Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum vor allem auf eine auseinanderlaufende internationale Wettbewerbsfähigkeit des privaten Sektors zurückzuführen waren. Es muss gewährleistet werden, dass die Lohnentwicklung in den betroffenen Mitgliedstaaten weiterhin zu einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den betroffenen Ländern beiträgt und Rigiditäten auf den Produktmärkten abgebaut werden. Dies lässt sich mit konjunkturpolitischen Maßnahmen nicht lösen.

# 4 Strukturreformen

In vielen Ländern hat die Intensität von Strukturreformen stark zugenommen. Dies ist wichtig, da Strukturreformen das Potenzial für Wirtschaftswachstum verbessern. So konstatiert die OECD in ihrem Bericht "Going for Growth 2012", dass die Krise als Katalysator für Strukturreformen gewirkt hat. Der OECD-Bericht untersucht den Fortschritt verschiedener Länder im Bereich Strukturreformen seit Ausbruch der Krise. Er zeigt, dass sich die Umsetzung der OECD-Reformempfehlungen von 2008 bis 2011 in den Ländern am stärksten erhöht hat, die von der Krise am stärksten betroffen sind, wie Griechenland, Irland und Portugal sowie seit kürzerer Zeit auch Spanien. Damit finden die Reformen in den Ländern statt, die ihrer am meisten bedürfen.

Dabei gibt es Unterschiede in der
Reformintensität zwischen den
Wirtschaftsbereichen. Im aktuellen Bericht
zur Wachstumsstrategie EU 2020 stellt die
EU-Kommission fest, dass die Länder mit einem
makroökonomischen Anpassungsprogramm
und einige gefährdete Mitgliedstaaten
ehrgeizige Reformen der Arbeitsmärkte
in die Wege geleitet haben, wohingegen
es eine geringere Reformintensität
der Produkt- und Gütermärkte gibt.
Die Arbeitsmarktreformen stärken die
internationale Wettbewerbsfähigkeit
und tragen erheblich dazu bei, dass die

Arbeitsmärkte robuster auf mögliche zukünftige wirtschaftliche Schocks reagieren können. Ein Beispiel ist die breite spanische Arbeitsmarktreform mit den Hauptzielen Erhöhung der betrieblichen Flexibilität (mit Vorrang von Firmentarifverträgen vor Flächentarifverträgen und damit Dezentralisierung der Lohnfindung Richtung Betriebsebene) und Erhöhung der Attraktivität von unbefristeten Arbeitsverträgen für Firmen durch Verringerung des Kündigungsschutzes. Reformen auf den Gütermärkten wurden bisher nur in Teilbereichen umgesetzt. Reformen zur Stärkung des Wettbewerbs im Einzelhandel in Italien und Irland sowie die von Italien, Irland, Portugal und Spanien ergriffenen Maßnahmen zur Liberalisierung freiberuflicher Dienstleistungen sind hierbei beispielgebend.

Für die Wirkung von Strukturreformen ist es wichtig, dass Arbeitsmarktreformen und Gütermarktreformen gemeinsam umgesetzt werden, da sie – als komplementäre Reformen – im Zusammenspiel bessere Effekte erzielen: Arbeitsmarktreformen erhöhen das Arbeitsangebot; gleichzeitig steigern Gütermarktreformen durch Anreize für zusätzliche Investitionen die Arbeitsnachfrage. Zusammen führen sie zu höherer Beschäftigung.

Konsequente Strukturreformen sind der richtige Weg zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftswachstums. Mit der europäischen Wachstumsstrategie EU 2020 und den länderspezifischen Empfehlungen gibt es dafür auf europäischer Ebene das Instrumentarium, welches konsequent genutzt werden muss, zumal Strukturreformen für ihre Wirkung Zeit brauchen.

### 5 Fazit

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik im Euroraum hat Erfolge aufzuweisen, trotz der Verlangsamung der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung. Erstens werden die Haushaltsdefizite zurückgeführt.

ZUR WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK IM EURORAUM

Dies gilt gerade auch für die strukturellen Haushaltsdefizite. Zweitens gehen die makroökonomischen Ungleichgewichte zurück. In Ländern mit großen Leistungsbilanzdefiziten verringern sich diese und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich ausweislich sinkender Lohnstückkosten, Überschussländer tragen zur Anpassung über die Handelsbilanz sowie über eine stärkere Binnennachfrage bei. Und drittens werden in vielen Ländern umfassende Strukturreformen durchgeführt,

die das Wachstumspotenzial verbessern und nachhaltige Beschäftigungsperspektiven eröffnen. Dies sind Fakten, die für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges sprechen. Auch wenn ökonomische Anpassungsprozesse Zeit brauchen, ist die Kombination aus struktureller Haushaltskonsolidierung zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen und Strukturreformen zur Vergrößerung des Wachstumspotenzials der richtige Weg.

ERSTES JAHR MIT SCHULDENBREMSE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

# Erstes Jahr mit Schuldenbremse erfolgreich abgeschlossen

# Endgültige Abrechnung des Haushaltsjahres 2011 auf dem Kontrollkonto

- Die Nettokreditaufnahme des Bundes unterschritt im Jahr 2011 den maximal zulässigen Betrag um 25,2 Mrd. €.
- Nach der neuen Schuldenbremse werden das Ist-Ergebnis und die maximal zulässige
   Nettokreditaufnahme eines Haushaltsjahres miteinander verglichen. Abweichungen werden auf einem Kontrollkonto gebucht.
- Das Kontrollkonto dient allein dazu, die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse zu überprüfen. Wenn der Saldo einen negativen Schwellenwert unterschreitet, führt dies zu haushaltspolitischem Handlungsbedarf. Es werden keine tatsächlichen "Guthaben" angesammelt.

1	Einleitung	15
	Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2011	
3	Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2011	17
4	Aushlick	10

# 1 Einleitung

Der Bundeshaushalt 2011 wurde erstmalig nach den Vorgaben der neuen, in Artikel 115 Grundgesetz verankerten Schuldenbremse aufgestellt und zum 1. September 2012 endgültig abgerechnet.

Anders als ihre Vorgängerregelung im alten Artikel 115 Grundgesetz beschränkt sich die neue Fiskalregel nicht allein darauf, sicherzustellen, dass die zulässige Nettokreditaufnahme (NKA) bei der Aufstellung des Haushalts nicht überschritten wird. Vielmehr werden nach der neuen Schuldenbremse auch das Ist und die maximal zulässige NKA eines Haushaltsjahres miteinander verglichen. Abweichungen werden auf einem Kontrollkonto gebucht. Unterschreitet die tatsächliche NKA die zulässige Höchstgrenze, d. h. wurden die Anforderungen der Schuldenbremse übererfüllt, kommt es zu einer Positivbuchung auf dem Konto, im umgekehrten Fall zu einer Negativbuchung. Über die Jahre hinweg werden diese Buchungen kumuliert. Damit

stellt das Kontrollkonto ein "Gedächtnis" dar, mit dem die Einhaltung der Schuldenbremse überprüft werden kann. Dadurch, dass haushaltspolitischer Handlungsbedarf entsteht, wenn der Saldo der Buchungen des Kontrollkontos einen bestimmten negativen Schwellenwert unterschreitet, trägt die Schuldenbremse maßgeblich zu langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen bei.

Die Bebuchung des Kontrollkontos erfolgt auf Grundlage des tatsächlichen Vollzugs des jeweiligen Bundeshaushalts – erstmalig zum 1. März des Folgejahres auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Haushaltsjahres und endgültig zum 1. September des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Im folgenden Abschnitt 2 wird am Beispiel der Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 die Funktionsweise der neuen Schuldenbremse kurz erläutert. In Abschnitt 3 wird die Bebuchung des Kontrollkontos dargestellt. Abschnitt 4 gibt einen Ausblick.

ERSTES JAHR MIT SCHULDENBREMSE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

# 2 Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2011

In der Föderalismuskommission II einigten sich Bund und Länder im Jahr 2009 darauf, ab dem Jahr 2011 eine neue Verschuldungsregel anzuwenden. Das Grundgesetz wurde dementsprechend geändert und ergänzt. Gemäß dem neuen Artikel 109 Grundgesetz sind die Haushalte von Bund und Ländern im Grundsatz ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nach dem neuen Artikel 115 Grundgesetz trägt der Bund diesem Grundsatz Rechnung, wenn seine Einnahmen aus Krediten in der konjunkturellen Normallage 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Grundgesetzänderung krisenbedingt hohen Neuverschuldung sieht Artikel 143d Grundgesetz Übergangsfristen bis zum vollständigen In-Kraft-Treten der Schuldenbremse vor: Während die Länder nach Maßgabe der geltenden landesrechtlichen Regelungen bis einschließlich 2019 von den Vorgaben des Artikels 109 Absatz 3 Grundgesetz abweichen dürfen, muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf die ab dann für ihn geltende Obergrenze für die strukturelle NKA von 0,35 % des BIP abbauen.

Nach dem Regelwerk der Schuldenbremse setzt sich die maximal zulässige NKA aus drei Elementen zusammen. Von der erlaubten Strukturkomponente werden der Saldo der finanziellen Transaktionen, d. h. der nicht vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben, sowie die sogenannte Konjunkturkomponente, die das Atmen des Haushalts im Konjunkturverlauf ermöglichen soll, abgezogen (Abbildung 1).¹

Der Abbaupfad für die strukturelle NKA des Bundes wurde mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011, also im Sommer des Jahres 2010, festgelegt. Ausgangswert war das zu diesem Zeitpunkt erwartete strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von 53,2 Mrd € beziehungsweise 2,21% des BIP, das sich aus der erwarteten NKA (65,2 Mrd. €) zuzüglich des erwarteten Saldos der finanziellen Transaktionen (0,0 Mrd. €) und der geschätzten Konjunkturkomponente (-12,0 Mrd. €) errechnete. Unter Zugrundelegung des 6-jährigen Übergangszeitraums bis zum

<sup>1</sup>Eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise der Schuldenbremse findet sich im "Kompendium zur Verschuldungsregel des Bundes gemäß Artikel 115 Grundgesetz", das auch die zugrunde liegenden Gesetzes- und Verordnungstexte enthält: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\_Finanzen/Schuldenbremse/2012-06-14-kompendium-zurverschuldensregel.html

# Abbildung 1: Grundstruktur der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz

Strukturkomponente

maximale strukturelle Nettokreditaufnahme (NKA): 0,35 % des BIP

 $\hbox{-}\, Saldo\, der\, finanziellen\, Transaktionen$ 

in Analogie zum Stabilitäts- und Wachstumspakt

- Konjunkturkomponente

nach EU-Konjunkturbereinigungsverfahren

- gegebenenfalls Rückführungspflicht aus Kontrollkonto

bei Unterschreitung eines negativen Schwellenwerts von - 1% des BIP; maximal 0,35 % des BIP; nur im Aufschwung

= maximal zulässige NKA

ERSTES JAHR MIT SCHULDENBREMSE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

Jahr 2016 verringert sich die maximal zulässige strukturelle NKA um jährlich ein Sechstel der Differenz zwischen dem Referenzwert des Jahres 2010 in Höhe von 2,21 % und der ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze in Höhe von 0,35 % des BIP, also um 0,31 % des BIP. Demnach lag die Obergrenze für die strukturelle NKA des Haushaltsjahres 2011 bei 1,9 % des BIP. Bezogen auf das für die Haushaltsaufstellung maßgebliche nominale Bruttoinlandsprodukt des vorangegangenen Jahres waren dies 45,6 Mrd. €.

Die maximal zulässige NKA zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 (Spätherbst 2010) ergab sich aus der maximal zulässigen strukturellen NKA unter Abzug der veranschlagten finanziellen Transaktionen sowie der gemäß der Herbstprojektion der Bundesregierung für das Jahr 2011 geschätzten Konjunkturkomponente und betrug 53,1 Mrd. € (vergleiche linke Spalte der Tabelle 1). Die im Soll veranschlagte NKA von 48,4 Mrd. € lag somit knapp 5 Mrd. € unterhalb des zulässigen Werts.

# 3 Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2011

Um die Einhaltung der neuen Schuldenregel des Bundes im Haushaltsvollzug zu überprüfen, werden die nicht-konjunkturbedingten Abweichungen von der Regelobergrenze ermittelt. Dazu wird das Ist-Ergebnis der NKA eines Haushaltsjahres mit dem Wert verglichen, der sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen finanziellen Transaktionen und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung als maximal zulässige NKA ergibt. Diese Differenz wird auf einem Kontrollkonto gebucht; über die Jahre werden die Salden kumuliert. Das Kontrollkonto dient der Überprüfung der Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes und dazu, Korrekturen auszulösen, sofern das Kontrollkonto einen negativen Schwellenwert von -1% des BIP unterschreitet. Es werden keine tatsächlichen "Guthaben" angesammelt.

Die ermittelte Abweichung der Ist-NKA von der aktualisierten Regelobergrenze wurde nach § 7 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 Grundgesetz für das Haushaltsjahr 2011 zum 1. März 2012 vorläufig auf dem Kontrollkonto der Schuldenbremse erfasst und abschließend zum 1. September 2012 gebucht. Die nach der neuen Schuldenregel maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss ergibt sich als Summe aus der maximal zulässigen strukturellen NKA, die durch den verbindlichen Abbaupfad festgelegt ist (45,6 Mrd. € – dieser Wert bleibt stets unverändert zum Soll), den getätigten finanziellen Transaktionen (positiver Saldo von 2,0 Mrd. €) und der an die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung angepassten Konjunkturkomponente (1,1 Mrd. €).

Die Konjunkturkomponente wird dabei folgendermaßen angepasst: Zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionslücke wird die Differenz zwischen dem im August 2012 vom Statistischen Bundesamt ermittelten und jenem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (Herbst 2010) prognostizierten Zuwachs des nominalen Bruttoinlandprodukts für das Jahr 2011 addiert. Da die konjunkturelle Entwicklung deutlich besser verlaufen ist als noch im Herbst 2010 erwartet, hat sich die Konjunkturkomponente von einem negativen in einen positiven Wert verändert.

Im Ergebnis unterschritt die NKA die maximal zulässige NKA um 25,2 Mrd. €.

Dieser Betrag wurde entlastend auf dem Kontrollkonto gebucht (vergleiche Position 10 der rechten Spalte der Tabelle 1). Im Vergleich zu den vorläufigen Berechnungen im März dieses Jahres reduzierte sich die Positivbuchung infolge eines leicht nach unten revidierten Zuwachses des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 um 0,3 Mrd. €. Die strukturelle NKA des Bundes, d. h. die NKA bereinigt um finanzielle Transaktionen und Konjunktureffekte, lag im Jahr 2011 bei 20,4 Mrd. € beziehungsweise 0,8 % des BIP des Jahres 2011.

ERSTES JAHR MIT SCHULDENBREMSE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

Tabelle 1: Aufstellung und Abrechnung des Haushaltsjahres 2011

		Soll	Ist	
		in M	rd. €	
1 Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)		1,903		
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	23	97,1	
3 Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)		45	5,6	
4	Nettokreditaufnahme	48,4	17,3	
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	48,4	17,3	
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	0,0	
5	Saldo finanzieller Transaktionen	-5,0	2,0	
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	4,2	4,9	
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4,2	4,9	
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	9,3	2,8	
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	9,3	2,8	
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	
5	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-2,5	1,1	
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-15	5,5	
6b	An passung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] $\%$ x (6bb)	Х	22,1	
6ba	Nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	3,0	3,9	
6bb	Nominales Inlandsprodukt des Vorjahres	X	2 496	
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,1	60	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto		-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	53,1	42,5	
)	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6)	40,9	20,4	
0	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4)	Х	25,2	
1	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	-	0,0	
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	Х	25,2	

Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundungen möglich.

Unter den Positionen Nettokreditaufnahme und finanzielle Transaktionen (Positionen 4 und 5) ist neben dem Bundeshaushalt auch der von der Schuldenregel ebenfalls erfasste Energie- und Klimafonds berücksichtigt. Der Energie- und Klimafonds wies im Jahr 2011 einen leichten Überschuss von 29 Mio. €, jedoch keine Einnahmen oder Ausgaben aus finanziellen Transaktionen auf.

ERSTES JAHR MIT SCHULDENBREMSE ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

# 4 Ausblick

Zur Sicherung nachhaltiger Staatsfinanzen wurde auf europäischer Ebene von 25 Mitgliedstaaten der EU ein Fiskalvertrag vereinbart, der die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, nationale Fiskalregeln einzuführen, die gewährleisten, dass das sogenannte mittelfristige Haushaltsziel erreicht und dann dauerhaft jährlich eingehalten wird. Das mittelfristige Haushaltsziel liegt für Deutschland bei einem strukturellen Defizit von maximal 0.5% des BIP für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen. Da der strukturelle Finanzierungssaldo von Gemeinden und Sozialversicherung im Durchschnitt der vergangenen Jahre in etwa ausgeglichen war, kommt es bei der Einhaltung der Vorgaben des Fiskalvertrages stark auf die Haushalte von Bund und Ländern an. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes verpflichtet Bund und Länder zu im Grundsatz ausgeglichenen Haushalten und leistet auf diese Weise auch einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung des europäischen Fiskalvertrags.

Das erste Jahr unter Anwendung der neuen Schuldenbremse des Grundgesetzes wurde mit der endgültigen Buchung auf dem Kontrollkonto des Bundes zum 1. September 2012 erfolgreich abgeschlossen. Die zulässige NKA konnte dabei noch weiter als im Soll bereits geplant unterschritten werden. Diese überaus positive Entwicklung des Haushaltsvollzugs 2011 spiegelt sich in einer Buchung von 25,2 Mrd. € auf dem Kontrollkonto wider.

Bereits jetzt ist klar, dass der Bund auch im laufenden Jahr die Obergrenze der zulässigen Neuverschuldung deutlich unterschreiten wird. Nach dem Regierungsentwurf zum 2. Nachtrag 2012 liegt die für 2012 geplante NKA fast 20 Mrd. € unter dem Referenzwert. Auch der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 und der Finanzplan bis 2016 zeigen, dass die Konsolidierung weiter voranschreitet: Danach kann der Bund bereits vorzeitig die dauerhafte Obergrenze für seine strukturelle NKA in Höhe von 0,35 % des BIP unterschreiten und zum Ende des Finanzplanzeitraums sogar einen ohne Neuverschuldung ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Mit der konsequenten Einhaltung der Schuldenregel trägt der Bund entscheidend zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen bei.

Die Unterschreitung der zulässigen NKA im vergangenen und voraussichtlich auch in diesem Jahr sowie die Finanzplanung des Bundes sind ein Zeichen dafür, dass die neue Schuldenregel wirkt und tatsächlich die Neuverschuldung bremst. Hieraus entstehende Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto stellen, anders als von Kritikern manchmal unterstellt, kein "Guthaben" oder "Polster" für zukünftige Haushalte dar.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat deshalb mehrfach bekräftigt, dass aus Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto keine zusätzlichen Kreditspielräume folgen und das virtuelle "Guthaben" von der Bundesregierung nicht genutzt wird. Der Entwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2013 und die Mittelfristige Finanzplanung bis 2016 zeigen eindrucksvoll, dass die Bundesregierung hier Wort gehalten hat: Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik wird mit einer weiteren Absenkung der strukturellen NKA fortgeführt. Damit wird gerade nicht, wie von manchem unterstellt, am Ende der Legislaturperiode aus vermeintlichen "Polstern" geschöpft.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

# Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

- Im Jahr 2011 betrugen die Steuereinnahmen insgesamt 573,4 Mrd. € und lagen 8,1% beziehungsweise 42,8 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis.
- Die dynamische Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2011 steht im Einklang mit der konjunkturellen Erholung, die nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowohl Unternehmensgewinne als auch Löhne deutlich begünstigte.

1	Überblick über das Gesamtergebnis	20
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten	20
1.2	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	22
1.3	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	24
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten	26
	Lohnsteuer	
2.2	Veranlagte Einkommensteuer	29
2.3	Körperschaftsteuer	31
2.4	Gewerbesteuer	32
2.5	Solidaritätszuschlag	34
2.6	Steuern vom Umsatz	34
2.7	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	35
2.8	Energiesteuer	36
2.9	Tabaksteuer	38
2.10	Luftverkehrsteuer	38
2.11	Kernbrennstoffsteuer	39
2.12	Grunderwerbsteuer	39
2	Engit	40

# 1 Überblick über das Gesamtergebnis

# 1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2011 insgesamt 573,4 Mrd. € und lagen 8,1% beziehungsweise 42,8 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis. Sie übertrafen damit sogar das Niveau des bisherigen Rekordjahres 2008 (Abbildung 1). In Tabelle 1 sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** erbrachten mit 403,6 Mrd. € im Jahr 2011 70,4 % der gesamten Steuereinnahmen (Abbildung 2). Da die Wachstumsrate der gemeinschaftlichen Steuern mit 8,2% gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig über dem Zuwachs der Steuereinnahmen insgesamt (+8,1%) lag, erhöhte sich ihr Anteil am Gesamtaufkommen gegenüber dem Vorjahr nur leicht um 0,1 Prozentpunkt. Die größten relativen Zuwächse aller Steuerarten erzielten die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+39,7%), gefolgt von der Körperschaftsteuer (+ 29,8%). Sie trugen zusammen mit 8,7 Mrd. € zur Zunahme der gemeinschaftlichen Steuern bei. Den größten Beitrag zur Entwicklung

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	Haushaltsjahr (in Mio. €)		Änderung gegenüber Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	403 567	372 857	30710	8,2	
Bundessteuern	99 134	93 426	5 708	6,1	
Ländersteuern	13 095	12 146	949	7,8	
Gemeindesteuern	52 984	47 780	5 2 0 4	10,9	
Zölle	4571	4378	193	4,4	
Steuereinnahmen insgesamt	573 351	530 587	42 764	8,1	

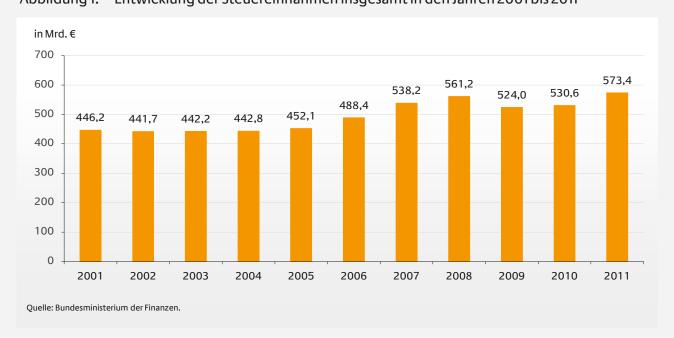
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

der gemeinschaftlichen Steuern leistete jedoch die Lohnsteuer (+ 11,8 Mrd. €), bei der die Mehreinnahmen überdurchschnittlich ausfielen. Sie stellte im Jahr 2011 24,4% des Gesamtaufkommens. Die Steuern vom Umsatz, welche fast ein Drittel des Gesamtaufkommens ausmachen (33,1%), blieben mit + 5,5% erheblich hinter der Aufkommensentwicklung der Steuern insgesamt zurück. Dies reichte jedoch aus, um einen absoluten Zuwachs von 10,0 Mrd. € zu erzielen. Während die veranlagte Einkommensteuer mit + 2,6% auch im Jahr 2011 weiter anstieg, setzte sich der Rückgang des Aufkommens

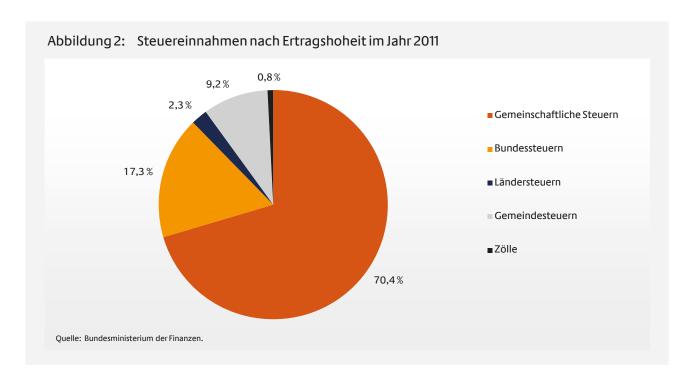
der Abgeltungsteuer aus Zins- und Veräußerungserträgen fort (-7,9%).

Die Bundessteuern (99,1 Mrd. €)
verzeichneten trotz der Einführung von zwei
neuen Steuern (Kernbrennstoffsteuer und
Luftverkehrsteuer) im Jahr 2011 mit einem
Anstieg von 6,1% nur einen Zuwachs, der
unter dem der gesamten Steuereinnahmen
lag. Ihr Beitrag zum Gesamtaufkommen ging
damit um 0,3% auf 17,3% zurück. Von den
5,7 Mrd. € Mehreinnahmen entfielen jeweils
1,1 Mrd. € auf die Stromsteuer (+17,4%) und
den Solidaritätszuschlag (+9,1%). Weitere

Abbildung 1: Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt in den Jahren 2001 bis 2011



Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



bedeutende Beiträge zum Mehraufkommen leisteten die Tabaksteuer mit 0,9 Mrd. € (+6,8%) und die neu eingeführten Steuern mit einem erstmaligen Aufkommen von jeweils 0,9 Mrd. €.

Die Entwicklung der Ländersteuern, die im Jahr 2011 um 7,8 % auf 13,1 Mrd. € anstiegen, wurde von der Grunderwerbsteuer dominiert. Der Anteil der Ländersteuern am Gesamtaufkommen blieb im Jahr 2011 bei 2,3 %. Hiervon macht die Grunderwerbsteuer mit 1,1 Prozentpunkten fast die Hälfte aus. Sie verzeichnete einen Zuwachs von 1,1 Mrd. € (+ 20,3 %) gegenüber dem Vorjahresaufkommen. Die Erbschaftsteuer hingegen ging wie bereits im Vorjahr weiter zurück (- 0,2 Mrd. € beziehungsweise - 3,6 %).

Bei den **Gemeindesteuern** ergab sich ein Zuwachs von 10,9 %, der überwiegend auf das Konto der Gewerbesteuer ging. Insgesamt wurden damit im Jahr 2011 Einnahmen in Höhe von 53,0 Mrd. € erzielt, von denen 76,3 % aus der Gewerbesteuer stammen. Die Gewerbesteuer konnte um 4,7 Mrd. € auf nunmehr 40,4 Mrd. € zulegen.

Der Anteil der Gemeindesteuern am gesamten Steueraufkommen betrug 9,2%.

# 1.2 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Die Verteilung des Steueraufkommens im Jahr 2011 auf Bund, Länder, Gemeinden und Europäische Union (EU) sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Die mit Abstand größten Anteile am Steueraufkommen entfielen mit 43,3 % auf den Bund und 39,1% die Länder. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen stärker als das Steueraufkommen insgesamt, obwohl die nur dem Bund zustehenden Bundessteuern ein geringeres Wachstum aufwiesen. Für diese Entwicklung zeichneten vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

Der Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz nahm von 53,2 % im Jahr 2010 auf 53,9 % im Jahr 2011 zu. Der Anteil der Länder ging entsprechend zurück.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

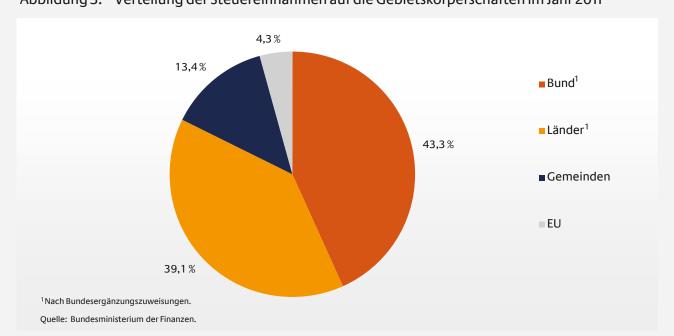
Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

		Hausha	Änderung gegenüber Vorjahr			
	2011		20	10	Anderding gegenaber vorjani	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in%
Bund <sup>1</sup>	247 984	43,3	225 811	42,6	22 173	9,8
Länder <sup>1</sup>	224 291	39,1	210 052	39,6	14240	6,8
Gemeinden	76 613	13,4	70 357	13,3	6256	8,9
EU	24 464	4,3	24367	4,6	96	0,4
Steuereinnahmen insgesamt	573 351	Х	530 587	Х	42 764	8,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Abbildung 3: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften im Jahr 2011



- Die im Jahr 2011 aus dem Bundesanteil an den Steuern an die EU abgeführten Mehrwertsteuer (MwSt)- und Bruttonationaleinkommen (BNE)-Eigenmittel sind gegenüber 2010 sogar geringfügig zurückgegangen. Der EU-Anteil am Steueraufkommen verringerte sich somit zugunsten des Bundesanteils von 4,6 % (2010) auf nunmehr 4,3 %.
- Die vom Bund an die Länder gezahlten Bundesergänzungszuweisungen sind um

circa 0,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Für die Länder ergab sich somit insbesondere aus der Verringerung ihres Anteils am Aufkommen an den Steuern vom Umsatz und dem Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen ein unterdurchschnittliches Wachstum ihres Anteils am Gesamtaufkommen. Der Anstieg des Gemeindeanteils kann auf die gute Entwicklung der Gewerbesteuer zurückgeführt werden.

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2011

# 1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Nachdem die deutsche Volkswirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise rasch in eine Erholungsphase eingeschwenkt war, setzte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im Jahr 2011 kräftig fort. Dabei fiel der Beitrag der Binnennachfrage zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum deutlich höher aus als derjenige der Nettoexporte. Die Impulse aus der Ausweitung der Exporttätigkeit schlugen sich in einer kräftigen Investitionsdynamik und einem deutlichen Beschäftigungsaufbau nieder. Von Letzterem und von den Lohnsteigerungen profitierten auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die so stark anstiegen wie lange nicht mehr.

In der Gegenüberstellung der Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom Mai und November 2011 für das Jahr 2011 kommt u. a. zum Ausdruck, dass sich die konjunkturelle Entwicklung im Jahresverlauf günstiger darstellte als noch im Frühjahr erwartet (Tabelle 3). Der Schätzansatz für die Steuereinnahmen insgesamt lag im Mai 2011 um 18,4 Mrd. € unter dem Ist-Ergebnis. Im November 2011 wurde das Aufkommen nur noch um 2,2 Mrd. € zu niedrig eingeschätzt.

Die Steuerschätzung basiert auf den jeweiligen Projektionen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Mai 2011 lag der Steuerschätzung die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde. In dieser wurde für das Jahr 2011 ein Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,5 % erwartet. In der darauf folgenden Herbstprojektion der Bundesregierung, die Basis für die Steuerschätzung im November 2011 war, wurde der nominale Anstieg des BIP mit + 3,8 % zwar nur noch leicht höher veranschlagt. Jedoch ergaben sich signifikante Korrekturen in den Erwartungen zu den für das Steueraufkommen relevanten gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen, insbesondere zur Effektivlohnentwicklung und zur Beschäftigungsexpansion.

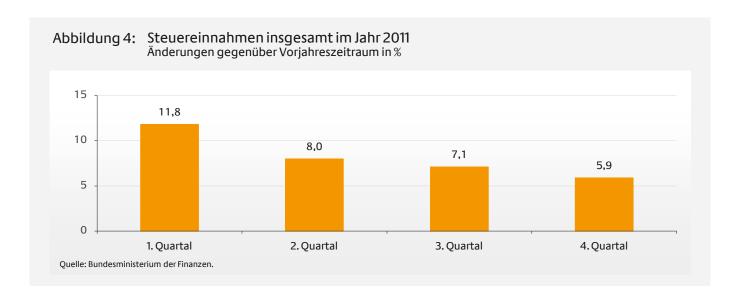
Die zweite wichtige Grundlage der Schätzung sind die bis zum jeweiligen Schätzzeitpunkt vorliegenden Informationen über die Entwicklung der Kasseneinnahmen im laufenden Jahr. Zum Zeitpunkt der Mai-Steuerschätzung 2011 lagen die Zahlen des 1. Quartals 2011 vor. Das Steueraufkommen insgesamt war in diesem Quartal um 11,8% gegenüber dem Vorjahresquartal angestiegen. Der Arbeitskreis rechnete zu diesem Zeitpunkt mit erheblich abnehmenden Zuwachsraten im Jahresverlauf, u. a. weil es im Vorjahresverlauf bereits zu einer zunehmenden Verbesserung der Einnahmen gekommen war. Er unterschätzte damit sowohl die Auswirkungen der Gewinnentwicklung bei den Unternehmen als auch die der Dynamik am Arbeitsmarkt auf das Steueraufkommen. Die Zuwachsraten nahmen

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung		Ist-Ergebnis	Differenz gegen	über Schätzung
	in Mio. €				
	Mai 2011	November 2011	2011	Mai 2011	November 2011
Bund <sup>1</sup>	237 385	246 654	247 984	10598	1 329
Länder <sup>1</sup>	217 272	223 620	224 291	7 020	671
Gemeinden	73 688	76 336	76 613	2 925	277
EU	26 620	24590	24 464	-2 156	-126
Steuereinnahmen insgesamt	554 965	571 200	573 351	18 386	2 151

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



zwar ab (Abbildung 4), fielen jedoch besser aus als erwartet.

Betrachtet man die Abweichungen der Mai-Schätzung gegenüber dem Ist-Ergebnis nach Steuerarten, so wird deutlich, dass bis auf die Tabaksteuer vor allem die von der Konjunkturentwicklung abhängigen Steuern die größten Schätzabweichungen aufweisen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Differenz zwischen Schätzansatz Mai 2011 und Ist-Ergebnis für ausgewählte Steuerarten

	Schätzung Mai 2011	Ist	Differenz
		in Mio. €	
Lohnsteuer	134 400	139 749	5 3 4 9
Veranlagte Einkommensteuer	28 200	31 996	3 796
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	16 605	18 136	1 531
Körperschaftsteuer	13 460	15 634	2 174
Steuern vom Umsatz	187 500	190 033	2 533
Gewerbesteuer	38 650	40 424	1 774
Tabaksteuer	13 440	14414	974
Summe der Schätzabweisungen			18 130

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

# 2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Im Jahr 2011 setzte sich die konjunkturelle Erholung fort. Das nominale Bruttoinlandsprodukt nahm gegenüber dem Jahr 2010 um 3,9 % zu. Von der wirtschaftlichen Expansion profitierten auch die Steuereinnahmen. Sie nahmen im selben Jahr sogar um 8,1% zu. Die Steigerung des Steueraufkommens lag also um etwas mehr als das Doppelte über dem nominalen Wirtschaftswachstum. Dies weist auf eine stärkere Volatilität der Steuereinnahmen im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt hin. Dies kann auf die progressive Tarifausgestaltung der Einkommen- und Lohnsteuer sowie die starke Reagibilität der Unternehmensgewinne der körperschaftsteuersteuerpflichtigen Kapitalgesellschaften zurückgeführt werden.

Die Abhängigkeit der Steuereinnahmen von der Position der deutschen Wirtschaft im Konjunkturzyklus findet ihren deutlichen Niederschlag auch im Verlauf der Steuerquote (Abbildung 5). Trotz der konjunkturunabhängigen Niveauerhöhung im Jahr 2007 durch die Anhebung des Umsatzsteuersatzes wird im Jahr 2010 fast wieder das niedrige Niveau von 2006 erreicht. Neben den vorgenannten Faktoren haben hierzu allerdings auch die nicht unerheblichen Einnahmeausfälle infolge des Bürgerentlastungsgesetzes beigetragen. Im Jahr 2011 ergibt sich insbesondere wegen der guten Entwicklung der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer ein starker Anstieg der Steuerquote.

Den Zusammenhängen von Wirtschaftszyklus und Steuereinnahmen wird im Einzelnen noch in den nachfolgenden Abschnitten über die Entwicklung des Aufkommens verschiedener wichtiger Steuerarten nachgegangen.

Abbildung 5: Entwicklung von Steuereinnahmen, nominalem Bruttoinlandsprodukt und Steuerquote in den Jahren 2002 bis 2011 22,7% 22.2% 22.1% 22.1 % 21,1% 21.3 % 20.7 % 20.6% 20,2 % 20,3 % 10,2% 8,1% 8,0% 5.1% 5,0% 4.3% 4,0% 3.9% 1.9% 1,3 % 0.1% 0,7% 0.1% -1,0% 4,0% -6.6% 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 Steuereinnahmen insgesamt nominales BIP Steuerauote (Änderung gegenüber Vorjahr) (Änderung gegenüber Vorjahr) (Anteil Steuereinnahmen am nominalen BIP) Quellen: Nominales BIP: Statistisches Bundesamt; Steuereinnahmen: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

#### 2.1 Lohnsteuer

Nachdem es aufgrund von Steuerrechtsänderungen im Jahr 2010 noch einen spürbaren Rückgang der Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer gegeben hatte, zeigte sich im Jahr 2011 aufgrund der weiterhin günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt ein deutliches Plus von 9,3% (Tabelle 5). Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der "Riester-Rente" gemindert. Das Bruttoaufkommen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) fiel mit fast 180,5 Mrd. € um 6,6 % höher aus als im Jahr 2010. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Bruttoaufkommen 2011 damit in geringerem Maße durch die genannten Abzugsposten gemindert.

Die Kindergeldzahlungen gingen nach dem zwischenzeitlichen Anstieg infolge der Kindergelderhöhungen in den Jahren 2009 und 2010 im Jahr 2011 um 1,0 % zurück. Damit setzte sich der grundlegende Abwärtstrend bei der Zahl der Kindergeldkinder wieder in der Aufkommensentwicklung durch. Auch die vom Lohnsteueraufkommen abgezogene Altersvorsorgezulage verringerte sich. Zwar sind die Zulagenauszahlungen gestiegen, allerdings wirken sich Zulagenrückforderungen für zurückliegende Beitragsjahre insoweit mindernd aus. Hierbei

ist jedoch zu berücksichtigen, dass seit 2012 die Möglichkeit besteht, unter bestimmten Voraussetzungen für zurückliegende Jahre Beiträge nachzuzahlen. Dies dürfte sich dann für die Zulagenauszahlungen im Jahr 2013 entsprechend auswirken.

Die Entwicklung des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer kann auf die gesamtwirtschaftlichen Bestimmungsgrößen Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) sowie Zahl der Arbeitnehmer zurückgeführt werden. Maßgeblich für das höhere Ergebnis bei der Lohnsteuer war im Jahr 2011 vor allem eine überaus günstige Entwicklung der Effektivverdienste. So stiegen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer durchschnittlich um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr an, womit zugleich die kräftigste Effektivlohnsteigerung seit 1993 zu verzeichnen war. Die progressive Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs verstärkt den daraus entstehenden Wachstumseffekt auf das Lohnsteueraufkommen erheblich.

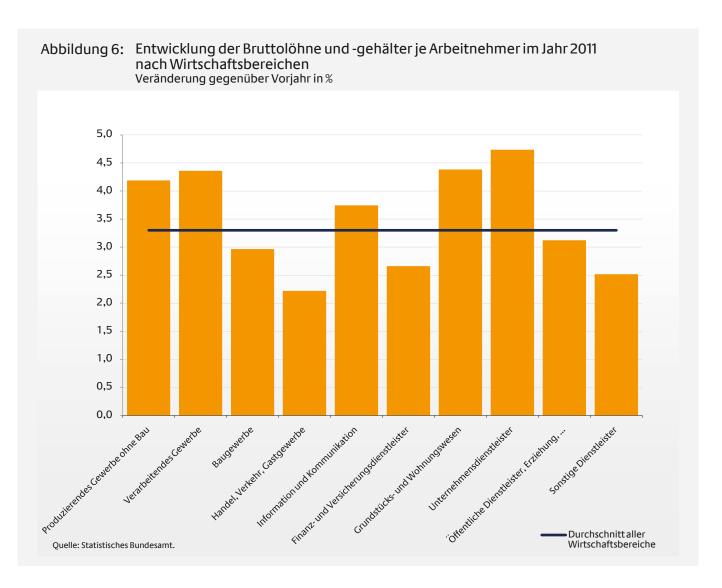
Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet ergaben sich insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittliche Lohnsteigerungen, die mit einem überdurchschnittlichen Produktivitätswachstum einhergingen. Unterdurchschnittlich fiel dagegen beispielsweise der Effektivlohnanstieg im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe aus (Abbildung 6).

Tabelle 5: Lohnsteueraufkommen

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €		in%	
Bruttoaufkommen	180 499	169 323	+6,6	
Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen)	-38 445	-38 820	-1,0	
Altersvorsorgezulage	-2 304	-2 599	-11,3	
Kassenaufkommen	139 749	127 904	+9,3	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

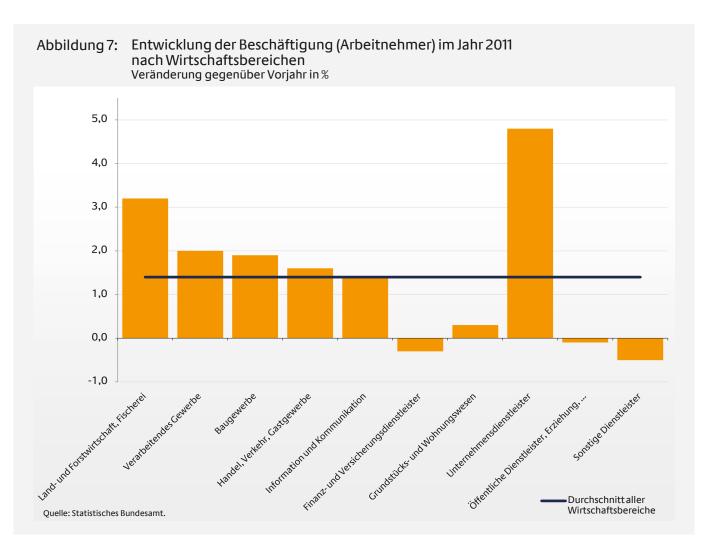
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



Auch der gesamtwirtschaftliche
Beschäftigungsaufbau begünstigte
unvermindert die Zunahme des
Lohnsteueraufkommens. Die Zahl der
Arbeitnehmer stieg im Jahresdurchschnitt 2011
um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr an, womit
die Zuwachsrate des Jahres 2010 (+ 0,6 %)
deutlich übertroffen wurde. Besonders kräftig
fiel das Beschäftigungsplus dabei im Bereich
der Unternehmensdienstleister aus, aber
auch im Verarbeitenden Gewerbe sowie im
Baugewerbe war ein überdurchschnittlicher

Anstieg der Arbeitnehmerzahl zu verzeichnen (Abbildung 7). Auch eine Verschiebung der Beschäftigungsstruktur wirkte begünstigend auf das Lohnsteueraufkommen: Während bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahr ein überaus kräftiger Anstieg zu verzeichnen war, erwies sich die geringfügige Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2011 als rückläufig.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



# 2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer erhöhte sich im Jahr 2011 um 2,6 % auf 32,0 Mrd. € (Tabelle 6). Dieser Anstieg ist allerdings nur auf den Rückgang der vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer) und der Eigenheimzulage zurückzuführen. Das Bruttoaufkommen, von dem weiterhin noch die Investitionszulage abgezogen wird, verringerte sich hingegen um 2,8 %.

Die Eigenheimzulage wird seit der Abschaffung zum 1. Januar 2006 nur noch für Bestandsfälle ausgezahlt. Der Auszahlungsbetrag verringert sich in jedem Jahr um einen weiteren Baujahrgang, der mit Ablauf des Begünstigungszeitraums aus der Förderung herausfällt. Das Auszahlungsvolumen der Investitionszulage hat sich im Jahr 2011 um 11,4% erhöht.

Anhand von Daten über die Zahlungsstruktur kann das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer in seine Komponenten Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen zerlegt werden. Die einzelnen Komponenten sind nach den Veranlagungszeiträumen untergliedert, für welche die Zahlungen erfolgten. Um eventuelle Wirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung auf das Aufkommen aufzuzeigen, bietet es sich an, die Zahlungen für Veranlagungszeiträume, die drei Jahre und mehr vor dem betrachteten Kassenjahr liegen, herauszunehmen. Diese Zahlungen beruhen vor allem auf Festsetzungen infolge von Betriebsprüfungen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Tabelle 6: Veranlagte Einkommensteuer

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Bruttoaufkommen	50 184	51 623	-2,8
Erstattungen gemäß § 46 EStG	-15 462	-16515	-6,4
Investitionszulage	-348	-313	+11,4
Eigenheimzulage	-2 378	-3 616	-34,2
Kassenaufkommen	31 996	31 179	+2,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Der Betrachtungszeitraum wird jedoch hierbei auf die Jahre 2008 bis 2011 ausgedehnt, da somit die Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise und des nachfolgenden wirtschaftlichen Aufschwungs sichtbar werden.

Die Entwicklung der Vorauszahlungen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abbildung 8) lässt den Konjunkturverlauf durchaus erkennen. Im Gegensatz zur Körperschaftsteuer (siehe Abschnitt 2.3) sind die Auswirkungen auf die Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommensteuer jedoch wesentlich moderater. Hier kam es nur im Jahr 2009 zu einem geringen Rückgang. Im Jahr 2010 stagnierten die Vorauszahlungen auf dem Niveau des Vorjahres. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich aufkommensmindernde Steuerrechtsänderungen teilweise auch in den Vorauszahlungen insbesondere im Jahr 2010 widerspiegeln. Das Jahr 2011 weist wieder einen Anstieg der Vorauszahlungen auf. Die

Abbildung 8: Veranlagte Einkommensteuer 2008 bis 2011 Änderung der Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen für die jeweils laufenden Jahre und die beiden vorhergehenden Jahre gegenüber Vorjahr in % 35 29 30 25 20 15 12 10 9 10 6 5 0 0 -5 -2 -4 -7 -10 -9 -15 2008 2011 2008 2009 2010 2011 2008 2009 2010 2011 2009 2010 Vorauszahlungen Nachzahlungen Erstattungen Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Nachzahlungen stiegen in den Jahren 2008 und 2009 noch an, da die zugrunde liegenden Veranlagungen noch die Vorkrisenjahre betrafen. Erst in den Jahren 2010 und 2011 sind Rückgänge zu sehen, die in Anbetracht der nun veranlagten Krisenjahre eher mäßig ausfielen. Die Entwicklung der Erstattungen wurde im Jahr 2009 von den Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale auf die Arbeitnehmererstattungen geprägt. In den Jahren 2010 und 2011 trugen wiederum die Arbeitnehmererstattungen erheblich zum Rückgang der Erstattungen insgesamt bei. Für das Jahr 2010 kann davon ausgegangen werden, dass ohne Arbeitnehmererstattungen ein Anstieg der Erstattungen zu verzeichnen gewesen wäre. Eine Trennung der Arbeitnehmererstattungen von den übrigen Erstattungen ist anhand der Daten der Zahlungsstrukturstatistik leider nicht möglich.

# 2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer wuchs im Jahr 2011 um 26,4% gegenüber 2010 (Tabelle 7). Die von diesen Einnahmen abgezogene Investitionszulage der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen ist im Jahr 2011 um 25,9% gesunken. Aufgrund des relativ kleinen Änderungsvolumens (-0,2 Mrd. €) ist der Beitrag zum Zuwachs des Kassenaufkommens der Körperschaftsteuer mit 29,8% beziehungsweise 3,6 Mrd. € jedoch eher gering.

Die Bruttoeinnahmen aus der Körperschaftsteuer waren im Jahr 2009 infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise um

mehr als die Hälfte zurückgegangen (50,6 %). Der folgende große Anstieg im Jahr 2010 (55,1%) signalisierte eine bemerkenswerte wirtschaftliche Erholung. Die Zunahme des Aufkommens setzte sich nun im Jahr 2011 fort. Ein sehr großer Erstattungsfall (circa 2,3 Mrd. €) infolge der Anrechnung von gezahlter Kapitalertragsteuer im Rahmen einer konzerninternen Ausschüttung (siehe auch Abschnitt 2.7) verminderte die an sich immer noch außergewöhnlich hohe Zuwachsrate stark. Rechnet man den vorgenannten Betrag dem Aufkommen 2011 hinzu, ergibt sich ein Wachstum von circa 44 %. Bereits in diesen Zahlen zeigt sich eine wesentlich höhere Volatilität der Körperschaftsteuer im Verhältnis zur veranlagten Einkommensteuer.

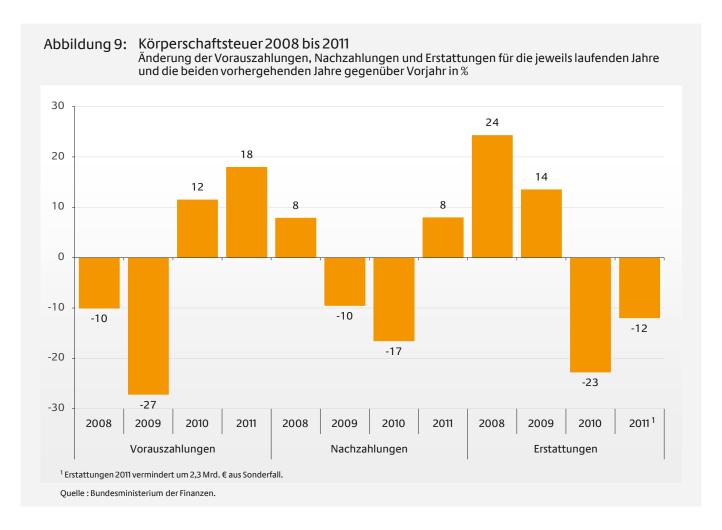
Die Entwicklung der Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen bestätigt dieses Bild (Abbildung 9). Die im Jahresverlauf 2008 zunehmenden krisenhaften Erscheinungen brachten neben den Auswirkungen der Unternehmensteuerreform bereits in diesem Jahr einen Rückgang der Vorauszahlungen um 8 %. Im Jahr 2009 markiert der Rückgang der Vorauszahlungen um 27% die Schwere der Krise. Im folgenden Jahr zeigt sich die wirtschaftliche Erholung auch in einem Wachstum der Vorauszahlungen um 12 %, welches sich im Jahr 2011 nochmals auf 18 % verstärkt. Die Nachzahlungen zeigen den Krisenverlauf zeitlich versetzt. Steigen die Nachzahlungen im Jahr 2008 noch aufgrund der Veranlagung von Vorkrisenjahren, weisen die Rückgänge in den Jahren 2009 und 2010 auf die zunehmende Veranlagung der Krisenjahre 2008 und 2009 hin. Bereits im Jahr 2011

Tabelle 7: Körperschaftsteuer

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Bruttoaufkommen	16 228	12 842	+26,4
Investitions zulage	- 594	-801	-25,9
Kassenaufkommen	15 634	12 041	+29,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



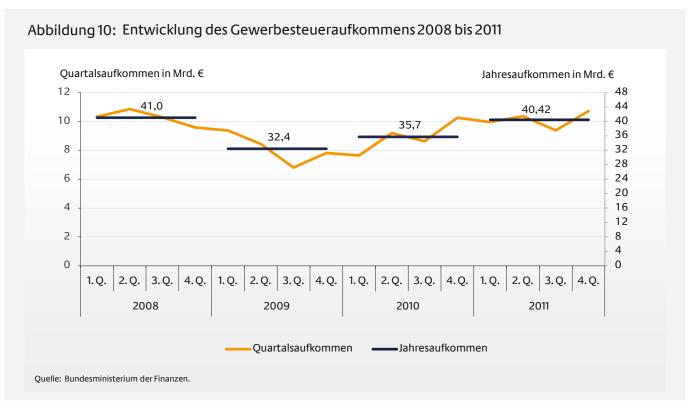
wurden wiederum die ersten Veranlagungen des Jahres 2010 aufkommenswirksam. Die Nachzahlungen steigen um 8 %. Die Erstattungen stiegen bereits im Jahr 2008 deutlich an und verzeichneten auch im Jahr 2009 einen erheblichen Zuwachs. um dann in den Jahren 2010 und 2011 zurückzugehen. Diese Entwicklung scheint nur auf den ersten Blick dem Krisenverlauf zu widersprechen. Der Anstieg der Erstattungen im Jahr 2008 lässt sich damit erklären, dass einige Unternehmen bereits von der im Verlaufe des Jahres 2007 einsetzenden Finanzkrise stark betroffen waren. Weiterhin wird das Erstattungspotenzial durch die Höhe der vorher geleisteten Steuerzahlungen beschränkt (Erstattung der Vorauszahlungen für das laufende Jahr und Verlustrücktrag in den vorangegangenen Veranlagungszeitraum). Darüber hinaus kann durch Verlustvorträge nur noch die künftige Steuerzahllast gemindert werden.

#### 2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2011 auf 40,4 Mrd. €.

Damit wurde der Stand des Boomjahres 2008 (41,0 Mrd. €) fast wieder erreicht (siehe Abbildung 10). Die Entwicklung in den einzelnen Quartalen verdeutlicht den Trend. Der Aufkommensrückgang setzte im 4. Quartal 2008 ein und erreichte den Tiefpunkt im 3. Quartal 2009. Der danach wieder beginnende tendenzielle Anstieg erbrachte im 4. Quartal 2011 ein Quartalsergebnis, welches nur knapp unter dem höchsten Quartalswert im Jahr 2008 (2. Quartal) liegt.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



Der Gewerbesteuer unterliegen sowohl einkommensteuer- als auch körperschaftsteuerpflichtige Gewerbetreibende. Weiterhin basiert die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer grundsätzlich auf dem einkommensteuer- beziehungsweise körperschaftsteuerrechtlichen Gewinn, welcher durch verschiedene gewinnunabhängige

Komponenten ergänzt wird. Beide Aspekte führen dazu, dass das Aufkommen der Gewerbesteuer nicht derartigen Schwankungen unterliegt wie die Körperschaftsteuer, jedoch eine stärkere Reagibilität gegenüber der konjunkturellen Entwicklung aufweist als die veranlagte Einkommensteuer (Abbildung 11).

Abbildung 11: Vergleich der Entwicklung von Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer brutto und veranlagter Einkommensteuer brutto in den Jahren 2008 bis 2011
Änderung gegenüber Vorjahr in %

60
40
20
-20
-40
-60
Gewerbesteuer

Körperschaftsteuer brutto

veranlagte Einkommensteuer brutto

Veranlagte Einkommensteuer brutto

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Aus der ihnen zufließenden Gewerbesteuer brutto müssen die Gemeinden die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder und die erhöhte Gewerbesteuerumlage an die Länder abführen (Tabelle 8).

# 2.5 Solidaritätszuschlag

Das Aufkommen des Solidaritätszuschlags konnte im Jahr 2011 von der generell guten Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen profitieren (Tabelle 9). Einzig der Solidaritätszuschlag zur Abgeltungsteuer wies aufgrund des Rückgangs der Bemessungsgrundlage eine negative Zuwachsrate auf. Insgesamt nahm der Solidaritätszuschlag im Jahr 2011 somit um 9,1% auf 12,8 Mrd. € zu.

#### 2.6 Steuern vom Umsatz

Die Steuern vom Umsatz verzeichneten im Jahr 2011 mit einem Kassenergebnis

von 190,0 Mrd. € einen erheblich stärkeren Zuwachs (+5,5%; siehe Tabelle 10) als noch im Vorjahr (2010: +1,7%). Die gute konjunkturelle Entwicklung - insbesondere die deutlich beschleunigte Zunahme des privaten Konsums – und die damit einhergehende Importdynamik sorgten wie im Jahr davor für einen starken Anstieg der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 17,2% auf 51 Mrd. €. Aufgrund der Abziehbarkeit der Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer bei der (Binnen-)Umsatzsteuer wirkte deren Entwicklung dämpfend auf das Aufkommen der Umsatzsteuer, welches sich lediglich um 1,8 % auf knapp 139 Mrd. € erhöhte. Im Ergebnis erhöhte sich der Anteil der Einfuhrumsatzsteuer am Gesamtaufkommen der Steuern vom Umsatz weiter um gut 2½ Prozentpunkte auf fast 27%.

Die Einfuhrumsatzsteuer wird bei der Einfuhr von Waren aus Drittländern (Staaten außerhalb der Europäischen Union) erhoben.

Tabelle 8: Gewerbesteuer

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
Gewerbesteueraufkommen (nach Abzug Umlagen)	33 535	29787	+12,6
Gewerbesteuerumlage	3 670	3 109	+18,1
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	3 219	2816	+14,3
Gewerbesteuer brutto	40 424	35 711	+13,2

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 9: Solidaritätszuschlag

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €		in%
zur Lohnsteuer	8 752	8 226	+6,4
zur veranlagten Einkommensteuer	1 645	1 529	+7,6
zur Abgeltungsteuer	429	475	-9,6
zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	956	661	+44,8
zur Körperschaftsteuer	998	823	+21,4
Solidaritätszuschlag insgesamt	12 781	11 713	+9,1

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Tabelle 10: Steuern vom Umsatz

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjah	
	in M	io.€	in%	
Umsatzsteuer	138 957	136 459	+1,8	
Einfuhrumsatzsteuer	51 076	43 582	+17,2	
Steuern vom Umsatz	190 033	180 042	+5,5	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ihre günstige Aufkommensentwicklung spiegelt daher zugleich die weiterhin lebhafte Importtätigkeit gegenüber diesen Ländern wider. So wurden die Wareneinfuhren aus Drittländern im Jahr 2011 dem Werte nach um knapp 12% ausgeweitet. Damit fiel die Zuwachsrate im Vergleich zum Jahr 2010 zwar nur noch etwa halb so hoch aus. Dennoch hat sich der Anteil der Wareneinfuhren aus Drittländern an den gesamten deutschen Wareneinfuhren in den vergangenen beiden Jahren gegenüber dem Jahr 2008 erhöht und lag 2011 bei 43,7% (Abbildung 12).

## 2.7 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag besteht zum überwiegenden Teil aus den Kapitalertragsteuern, die auf die Ausschüttung von Dividenden erhoben werden. Der kräftige Anstieg des Aufkommens im Jahr 2011 um 39,7% (Tabelle 11) kann vor allem auf zwei Ursachen zurückgeführt werden.

Abbildung 12: Wertanteile der deutschen Wareneinfuhren im Jahr 2011 nach Ursprungsland

\*\*Euroraum\*

43,7%

\*\*EU, Nicht-Euroraum\*

\*\*Drittländer\*

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Tabelle 11: Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

	2011	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in M	lio.€	in%
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	18 136	12 982	+39,7

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die erste Ursache wurde bereits in Abschnitt 2.3 genannt: Aufgrund einer Ausschüttung im Konzernverbund wurden in einem Einzelfall 2,3 Mrd. € an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag abgeführt. Zum selben Zeitpunkt wurde ein Betrag in gleicher Höhe durch Anrechnung bei der Körperschaftsteuer erstattet. Im Ergebnis ergab sich aus diesem Vorgang im Saldo beider Steuern kein Mehraufkommen. Die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurden jedoch in dem gleichen Ausmaß überzeichnet, wie das Aufkommen der Körperschaftsteuer gemindert wurde. Ohne die aus diesem Sachverhalt resultierenden Einnahmen sind die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lediglich um circa 22 % gestiegen. In diesem immer noch beträchtlichen Anstieg spiegeln sich die gute konjunkturelle Entwicklung und die daraus folgende Zunahme der Unternehmensgewinne wider.

### 2.8 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen im Jahr 2011 rund 40,0 Mrd. € und lagen damit auf dem Vorjahresniveau. Etwa 88,9 % der Energiesteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffen), 7,7 % aus der Besteuerung von Erdgas und 3,4 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle.

Die gegenwärtig immer neuen Höchstständen zustrebenden Kraftstoffpreise lassen die Diskussion über die Gewinner der Preisentwicklung immer wieder aufflammen. Die nachfolgende Untersuchung bemüht sich um Aufklärung. Auf den Verbrauch von Kraftstoff werden neben der Energiesteuer auch Steuern vom Umsatz erhoben, welche daher in die Betrachtung einbezogen werden.

Über die steuerliche Belastung des Kraftstoffverbrauchs liegen keine amtlichen Statistiken vor. Anhand von Verbrauchsstatistiken des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Preisstatistik des Mineralölwirtschaftsverbandes lassen sich jedoch Modellrechnungen über die Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe und die darin enthaltenen Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe durchführen. Bei der nachfolgenden Schätzung der Umsatzsteuerbelastung wird die Entlastung der unternehmerisch tätigen Verbraucher durch die Vorsteuererstattung nicht berücksichtigt. Der Anteil der erstatteten Vorsteuer am Umsatzsteueraufkommen aus Kraftstoffumsätzen wird auf etwa 50% geschätzt.

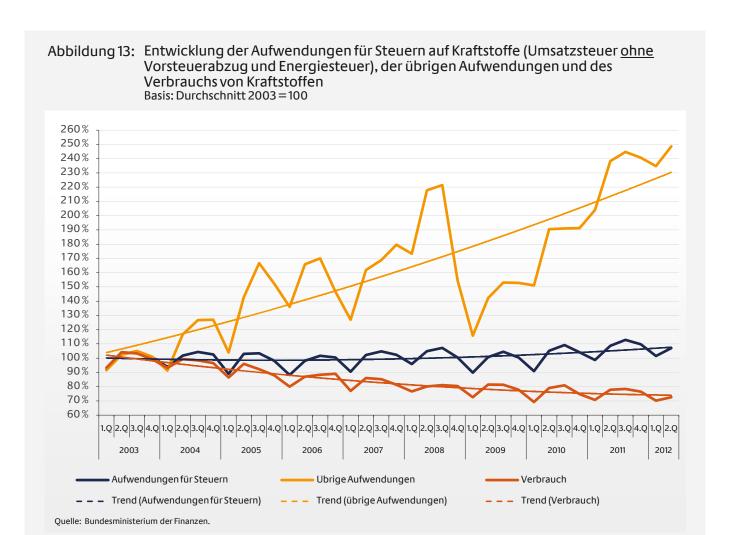
Abbildung 13 stellt die Entwicklung

- des Kraftstoffverbrauchs,
- der Aufwendungen für Steuern auf Kraftstoffe und
- der übrigen Aufwendungen (Rohstoff-, Produktions- und Vertriebskosten, Gewinnaufschläge etc.)

als Index für den Zeitraum 1. Quartal 2003 bis 2. Quartal 2012 mit der Basis Jahresdurchschnitt 2003 = 100 dar.

Der Kraftstoffverbrauch geht im betrachteten Zeitraum tendenziell zurück (auf Jahresbasis von 2003 bis 2011 um 24%). Die gesamten

DIE STEUEREINNAHMEN VON BUND, LÄNDERN UND GEMEINDEN IM HAUSHALTSJAHR 2011



Aufwendungen für Kraftstoffe nahmen im gleichen Zeitraum um fast 44 % zu. Die Aufwendungen für Steuern nahmen von 2003 (letzte Stufe der Ökosteuerreform) im gesamten Betrachtungszeitraum bis 2011 um circa 7% zu. Es zeigt sich, dass Mehrbelastungen durch die Umsatzsteuer durch den Rückgang bei der mengenabhängigen Energiesteuer nahezu kompensiert wurden. Die übrigen Aufwendungen stiegen im Trend kräftig an (2003 bis 2011 um fast 132%), wobei die Wirtschaftskrise durch den kräftigen Einbruch im 4. Quartal 2008 beziehungsweise 1. Quartal 2009 sichtbar wird. Seit dem 2. Quartal 2009 stiegen die übrigen Aufwendungen wieder an und überschritten im 3. Quartal 2011 das Niveau des 3. Quartals 2008.

Die beschleunigte Entwicklung der beiden vergangenen Jahre wird durch Tabelle 12 verdeutlicht. Die Aufwendungen für Kraftstoffe erreichten im Jahr 2011 insgesamt einen Betrag von circa 97 Mrd. € (2009 noch 75 Mrd. €). Von den Mehrausgaben entfielen jedoch weniger als 20 % auf Steuern.

Seit dem Jahr 2003 sind die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Kraftstoffe aufgrund der Verbrauchsrückgänge erheblich gesunken. Dies wird bei isolierter Betrachtung durch den Anstieg der Einnahmen aus der Umsatzsteuer zwar mehr als ausgeglichen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass das verfügbare Einkommen der Verbraucher nicht in dem Maße zunimmt wie die Kraftstoffpreise. Unter der Annahme, dass die privaten Haushalte

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

Tabelle 12: Entwicklung der Aufwendungen für Kraftstoffe in den Jahren 2009 bis 2011

	2009	20	010	20	2011		
	Gesamt	Gesamt Gesamt Änderung gegenüber Vorjahr		Gesamt	Änderung gegenüber Vorjahr		
Aufwendungen insgesamt (in Mrd. €)	75,0	84,5	9,6	97,0	12,5		
Aufwendungen für Steuern (in Mrd. €)	47,2	48,8	1,7	51,3	2,4		
Anteil in %	62,9	57,8	17,5	52,8	19,5		
Übrige Aufwendungen (in Mrd. €)	27,8	35,7	7,9	45,8	10,1		
Anteil in %	37,1	42,2	82,5	47,2	80,5		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ihr Sparverhalten nicht ändern, müssen sie bei höheren Ausgaben für Kraftstoffe Einschränkungen bei den Ausgaben für andere Güter und Dienstleistungen vornehmen. Dies hat wiederum für sich genommen negative Rückwirkungen auf das Umsatzsteueraufkommen und kompensiert daher die Mehreinnahmen durch den Anstieg der Kraftstoffpreise.

#### 2.9 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer erreichten im Jahr 2011 rund 14,4 Mrd. € und lagen damit um 6,8 % über dem Vorjahreswert. Das Tabaksteueraufkommen resultierte hauptsächlich aus den Gattungen Zigaretten (88 %) und Feinschnitt (11 %); der Rest entfiel auf sonstige Tabakwaren.

Die Steigerung der Einnahmen ist im Zusammenhang mit dem durch das Fünfte Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen vom 21. Dezember 2010 eingeführte sogenannte Tabaksteuermodell zu sehen. Das Modell sieht über mehrere Jahre die stufenweise moderate Erhöhung der Tabaksteuer auf Zigaretten und Feinschnitt vor. Die ersten beiden Stufen des Modells sind bereits zum 1. Mai 2011 und zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Weitere Stufen folgen jeweils zum 1. Januar der Jahre 2013 bis 2015.

### 2.10 Luftverkehrsteuer

Der Bundestag hat mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 u. a. die Einführung einer Luftverkehrsteuer beschlossen. Mit dem Luftverkehrsteuergesetz vom 9. Dezember 2010 wurde der gewerbliche Passagierflugverkehr in die Mobilitätsbesteuerung einbezogen, um Anreize für ein umweltgerechteres Verhalten zu setzen. Die Luftverkehrsteuer gilt für alle ab dem 1. September 2010 getätigten Flugbuchungen mit einem Abflugdatum ab dem 1. Januar 2011 und wird nur auf Passagierflüge erhoben.

Die Erhebung der Luftverkehrsteuer obliegt der Zollverwaltung, die im Jahr 2011 Kasseneinnahmen aus dieser Steuer in Höhe von 905 Mio. € verzeichnete. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Januar 2011 keine Kasseneinnahmen aus dieser Steuer erzielt wurden, da die in einem Monat entstandenen Steuern erst am 20. Tag des Folgemonats von den Steuerschuldnern zu entrichten sind. Für die Entrichtung der in einem Dezember entstandenen Luftverkehrsteuer gelten zudem besondere Regelungen.

Die Höhe der Steuer orientiert sich an der pauschalierten Entfernung zum Zielort des Fluges und ist in drei Distanzklassen gegliedert. Im Jahr 2011 betrug der Steuersatz

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011

für Flüge mit einem Ziel im Inland oder mit Zielort in einem EU-Mitgliedstaat, einem EU-Beitrittskandidaten, einem EFTA-Mitgliedstaat oder einem Zielort in einem in diesem Entfernungskreis liegenden Drittstaat 8 €, bei einer Distanz von bis zu 6 000 Kilometern 25 € sowie bei darüber hinausgehenden Flugentfernungen 45 €. Aufgrund der Einbeziehung des Luftverkehrs in den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten wurden die Steuersätze für das Jahr 2012 gemäß der gesetzlichen Vorgabe in § 11 Absatz 2 Luftverkehrsteuergesetz um 6,27 % auf 7,50 €, 23,43 € und 42,18 € abgesenkt (Luftverkehrsteuer-Absenkungsverordnung 2012).

Der Luftverkehrsteuer unterliegen Rechtsvorgänge, die zum Abflug eines Fluggastes von einem inländischen Startort mit einem Flugzeug oder Drehflügler durch ein Luftverkehrsunternehmen zu einem Zielort berechtigen. Die Steuer entsteht mit dem Abflug des Fluggastes von einem inländischen Startort. Hiervon ausgenommen sind Transitflüge, die nach einem Start im Ausland und nach einer Zwischenlandung in Deutschland fortgesetzt werden. Dabei muss der Passagier im Besitz eines Tickets mit Umsteigeberechtigung in Deutschland und zeitnahem Weiterflug sein, dies wird als ein Rechtsvorgang angesehen. Zeitnaher Weiterflug bedeutet, dass die Reiseunterbrechung in Deutschland bei einem Zielort in der ersten Distanzklasse 12 Stunden sowie in den anderen beiden Distanzklassen 24 Stunden nicht übersteigen darf. Ansonsten ensteht die jeweilige Steuer. Daneben gelten auch bestimmte Steuerbefreiungstatbestände (z. B. für Passagiere, die das zweite Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder Flugbesatzungen). Steuerschuldner ist das Luftverkehrsunternehmen, das den Abflug durchführt.

#### 2.11 Kernbrennstoffsteuer

Nach dem Kernbrennstoffsteuergesetz vom 8. Dezember 2010 unterliegt Kernbrennstoff, der zur gewerblichen Erzeugung von elektrischem Strom verwendet wird, seit dem 1. Januar 2011 der Kernbrennstoffsteuer. Die Kernbrennstoffsteuer wird von der Zollverwaltung erhoben. Das Kernbrennstoffsteuergesetz gilt für Steuerentstehungstatbestände, die vor dem 1. Januar 2017 verwirklicht worden sind.

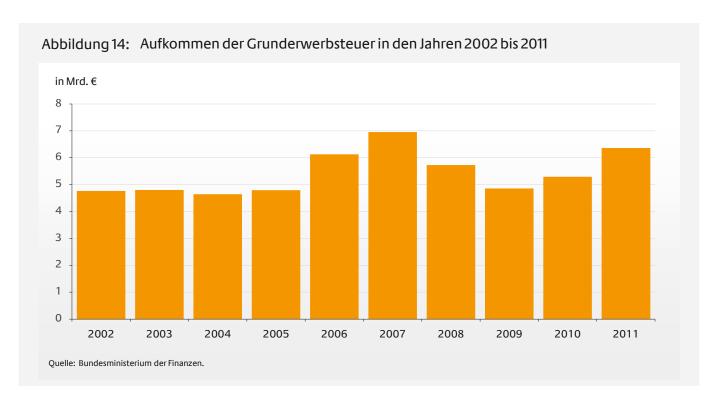
Als Kernbrennstoff gelten Plutonium 239 und Plutonium 241 sowie Uran 233 und Uran 235, auch in Verbindungen, Legierungen, keramischen Erzeugnissen und Mischungen. Die Steuer beträgt 145 € für ein Gramm der genannten radioaktiven Isotope. Die Steuer entsteht dadurch, dass ein Brennelement oder einzelne Brennstäbe in einen Kernreaktor erstmals eingesetzt werden und eine sich selbsttragende Kettenreaktion ausgelöst wird. Der Austausch nachweislich defekter Brennstäbe führt nicht zur Steuerentstehung. Steuerschuldner ist der Betreiber des Kernkraftwerks. Die Steuer, die in einem Monat entstanden ist, ist am 25. Tag des Folgemonats fällig. Besondere Regelungen gelten zudem für die Entrichtung der Kernbrennstoffsteuer, die im Dezember entstanden ist.

Im Jahr 2011 beliefen sich die Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer auf 922 Mio. €. Mehrere Kernkraftwerksbetreiber haben im vergangenen Jahr versucht, zunächst im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes die Aussetzung der Vollziehung von Steuerbescheiden zu erreichen. Zwei Entscheidungen führten daraufhin im Jahr 2011 zu einnahmemindernden Rückzahlungen von bereits entrichteter Kernbrennstoffsteuer an die jeweiligen Kernkraftwerksbetreiber. Der Bundesfinanzhof hat zwischenzeitlich mit Beschluss vom 9. März 2012 - VII B 171/11 - die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes gegen die Kernbrennstoffsteuer abgelehnt, sodass die seinerzeit rückerstatteten Steuerbeträge im Jahr 2012 erneut entrichtet wurden.

#### 2.12 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer stiegen im Jahr 2011 um 20,3 % auf 6,4 Mrd. € an (Abbildung 14). Damit setzte sich der

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011



bereits im Jahr 2010 zu beobachtende
Einnahmenzuwachs verstärkt fort. Das stabile
wirtschaftliche Umfeld, niedrige Kreditzinsen
sowie international vergleichsweise
günstige Immobilienpreise haben die
Attraktivität des Immobilienmarktes für
Investoren noch gesteigert. Die günstige
Entwicklung des Arbeitsmarktes hat
neben Einkommensverbesserungen bei
Kaufinteressenten die Entscheidung zur
Bildung von Wohneigentum unterstützt.
Daneben haben für 2012 angekündigte
Steuersatzerhöhungen in einigen Ländern
zu einnahmeerhöhenden Vorzieheffekten
geführt.

#### 3 Fazit

Die dynamische Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2011 steht im Einklang mit der konjunkturellen Erholung, die nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sowohl Unternehmensgewinne als auch Löhne deutlich begünstigte. So kam es im Zuge der verbesserten Arbeitsmarktlage zu beschleunigten Effektivlohnsteigerungen, die – unterstützt durch den progressiven

Einkommen- und Lohnsteuertarif und zusammen mit einer deutlichen Beschäftigungsexpansion – eine erhebliche Ausweitung der Lohnsteuereinnahmen bewirkten. Ferner zeigte sich die Expansion der Unternehmensgewinne im Zuge der wirtschaftlichen Erholung – zeitlich verzögert – in einem deutlichen Aufkommenszuwachs der gewinnabhängigen Steuern. Außerdem schlug zu Buche, dass sich die Wachstumsimpulse nach der Krise zunehmend auf die Binnennachfrage verlagerten. 2011 stieg der private Konsum stark beschleunigt an und begünstigte das Umsatzsteueraufkommen. Bemerkenswert ist, dass das nominale Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 im Hinblick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen sehr aufkommensergiebig war. Dies zeigt sich in einem merklichen Anstieg der Steuerquote (Steuereinnahmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt).

Auch für die weitere Entwicklung ist damit zu rechnen, dass vor allem die nach wie vor positiven binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Steueraufkommen begünstigen dürften. Dies zeigt sich bereits am deutlichen Aufkommenszuwachs im Verlauf des aktuellen Jahres.

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

### Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern

- Die Statistiken über die Einspruchsbearbeitung bei den Finanzämtern bestätigen die hohe Filterwirkung des außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahrens nach der Abgabenordnung. Weniger als 2 % der Einsprüche führen zu einer Klage.
- Im Vergleich zum Jahr 2009 ist ein starker Rückgang der Einsprüche zu verzeichnen.

1	Rechtsweg in Steuersachen	41
	Statistiken zur Einspruchsbearbeitung	
	Gegenstand der Einspruchsstatistiken	
	Einspruchsstatistiken der Jahre 2011, 2010 und 2009	
	Eingegangene Einsprüche	
	Erledigte Einsprüche	
	Anfangsbestand/Endbestand	
	Klagen	

### 1 Rechtsweg in Steuersachen

Jedem, der durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird (z. B. durch einen fehlerhaften Steuerbescheid), steht nach Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes der Weg zu den Gerichten offen. Für Steuersachen sind besondere Fachgerichte zuständig, in erster Instanz die Finanzgerichte und in zweiter (und letzter) Instanz der Bundesfinanzhof mit Sitz in München.

Grundsätzlich können die Finanzgerichte nicht unmittelbar angerufen werden. Vielmehr ist im Regelfall zunächst Einspruch bei der Finanzbehörde einzulegen. Hierdurch wird der Verwaltung Gelegenheit gegeben, den Steuerfall noch einmal zu überprüfen, bevor sich das Gericht mit der Angelegenheit befasst. Die meisten Rechtsstreitigkeiten erledigen sich bereits im Einspruchsverfahren, das somit eine hohe "Filterwirkung" hat (siehe Abschnitt 3).

Die gesetzlichen Grundlagen für das Einspruchsverfahren ergeben sich aus § 347 bis § 367 der Abgabenordnung (AO)¹.

 $^1 Abrufbar\,unter: http://www.gesetze-im-internet.de$ 

Verwaltungsanweisungen hierzu enthält der Anwendungserlass zur Abgabenordnung<sup>2</sup>.

### 2 Statistiken zur Einspruchsbearbeitung

### 2.1 Gegenstand der Einspruchsstatistiken

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) erstellt jährlich eine Einspruchsstatistik und veröffentlicht sie auf seiner Internetseite<sup>3</sup>. Diese Statistik erfasst allerdings nur die bei den Finanzämtern eingegangenen Einsprüche, nicht aber diejenigen, die bei

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Abrufbar unter: http://www. bundesfinanzministerium.de/Web/DE/ Themen/Steuern/Weitere\_Steuerthemen/ Abgabeordnung/AO\_Anwendungserlass\_AEAO/ ao\_anwendungserlass\_aeao.html

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Abrufbar unter: http://www. bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/ Steuern/Weitere\_Steuerthemen/Abgabeordnung/ BMF\_Schreiben\_Allgemeines/bmf\_schreiben\_ allgemeines.html

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

anderen Finanzbehörden erhoben werden, insbesondere

- beim Bundeszentralamt für Steuern,
- bei den Familienkassen und
- bei den Behörden der Zollverwaltung.

## 2.2 Einspruchsstatistiken der Jahre 2011, 2010 und 2009

Für die vergangenen drei Jahre hat das BMF die Daten in Tabelle 1 ermittelt und veröffentlicht.

### 2.3 Eingegangene Einsprüche

Die Zahl der im Jahr 2011 eingelegten Einsprüche ist im Vergleich zum Jahr 2009 um rund ein Drittel zurückgegangen. Vermutlich konnten durch Anweisungen zur vorläufigen Steuerfestsetzung "Masseneinsprüche" vermieden werden.

Leider kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie häufig Bescheide der Finanzämter mit einem Einspruch angefochten werden. Um eine derartige Aussage treffen zu können, müsste bekannt sein, wie viele Verwaltungsakte die Finanzämter jährlich erlassen. Daten hierüber liegen dem BMF jedoch nicht vor, zumal mit einem Einspruch nicht nur Steuerbescheide angefochten werden können, sondern auch sonstige Verwaltungsakte, wie z. B. die Ablehnung einer Stundung, eines Steuererlasses oder einer Aussetzung der Vollziehung, die Anordnung einer Außenprüfung, die Festsetzung eines Verspätungszuschlags oder eine Pfändung.

### 2.4 Erledigte Einsprüche

Auch die Zahl der erledigten Einsprüche hat sich in den vergangenen drei Jahren erheblich reduziert. Die Verteilung auf die Erledigungsarten "Rücknahme", "Abhilfe", "Entscheidung ohne Teil-Einspruchsentscheidung" und "Teil-Einspruchsentscheidung" ist weitgehend konstant. Die Daten zu den Erledigungsarten lassen aber nur bedingt Rückschlüsse darauf zu, wie häufig die mit dem Einspruch angefochtenen Bescheide fehlerhaft waren. Hierzu ist nämlich Folgendes zu beachten:

Tabelle 1: Einspruchstatistik der Jahre 2011, 2010 und 2009

	20	011	20	010	20	09
	Gesamt	Anteil in %	Gesamt	Anteil in %	Gesamt	Anteil in %
Unerledigte Einsprüche am 1. Januar des Jahres	4 191 424	-	5 815 462	-	6 656 157	
Eingegangene Einsprüche	3 606 824	-	3 745 379	-	5 245 016	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-3,7	-	-28,6	-	-0,7	
Erledigte Einsprüche	4 149 543	-	5 252 592	-	6 105 841	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-21,0	-	-14,0	-	+10,3	
davon erledigt durch:						
Rücknahme des Einspruchs	843 190	20,3	950 997	18,1	1 109 519	18,2
Abhilfe	2799 182	67,5	3742 246	71,2	4 154 969	68,1
Einspruchsentscheidung:						
Ohne Teil- Einspruchs- entscheidung	494 614	11,9	539 576	10,3	668 230	10,9
Teil-Einspruchsentscheidung	12 557	0,3	19 773	0,4	173 123	2,8
Unerledigte Einsprüche am 31. Dezember des Jahres	3 648 705	-	4 308 249	-	5 795 332	
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	-12,9	-	-25,9	-	-12,9	

STATISTIKEN ÜBER DIE EINSPRUCHSBEARBEITUNG IN DEN FINANZÄMTERN

- Abhilfen (circa zwei Drittel der erledigten Einsprüche) beruhen häufig darauf, dass erst im Einspruchsverfahren Steuererklärungen abgegeben oder Aufwendungen geltend gemacht oder belegt werden. Außerdem kann Einsprüchen, die im Hinblick auf anhängige gerichtliche Musterverfahren eingelegt wurden, durch Aufnahme eines Vorläufigkeitsvermerks in den angefochtenen Steuerbescheid abgeholfen worden sein. Des Weiteren kann eine Abhilfe auch darauf beruhen, dass der Steuerbürger seinen ursprünglichen Einspruchsantrag nach einer Erörterung mit dem Finanzamt eingeschränkt hat.
- Eine Rücknahme des Einspruchs (circa ein Fünftel der erledigten Einsprüche) deutet zunächst darauf hin, dass der angefochtene Steuerbescheid fehlerfrei war. Einer Einspruchsrücknahme kann aber auch ein Änderungsbescheid vorangegangen sein, der dem Antrag des Steuerbürgers teilweise entsprochen hat.
- Auch in einer Einspruchsentscheidung (circa ein Zehntel der erledigten Einsprüche) kann dem Antrag des Steuerbürgers teilweise entsprochen worden sein.

Teil-Einspruchsentscheidungen (§ 367 Absatz 2a AO) werden in der Statistik als Erledigungsfall behandelt, da die Verwaltung davon ausgeht, dass diese Einspruchsverfahren in den meisten Fällen – anders als in den Fällen zur Entfernungspauschale – später durch eine Allgemeinverfügung nach § 367 Absatz 2b AO abgeschlossen werden können, was dann kein Erledigungsfall im Sinne der Statistik ist. Diese statistische Zählweise ändert jedoch nichts daran, dass nach Erlass einer Teil-Einspruchsentscheidung das Einspruchsverfahren weiter (wenn auch in beschränktem Umfang) anhängig bleibt.

### 2.5 Anfangsbestand/Endbestand

Auch der Bestand der zum 31. Dezember anhängigen Einspruchsverfahren konnte in den vergangenen Jahren erheblich abgebaut werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass

- zum 31. Dezember 2011 insgesamt
   2 225 054 Einspruchsverfahren,
- zum 31. Dezember 2010 insgesamt2 948 310 Einspruchsverfahren und
- zum 31. Dezember 2009 insgesamt 4 173 990 Einspruchsverfahren

nach § 363 Absatz 1 AO ausgesetzt waren (nicht zu verwechseln mit einer Aussetzung der Vollziehung nach § 361 AO) oder gemäß § 363 Absatz 2 AO ruhten und daher von den Finanzämtern nicht abschließend bearbeitet werden konnten.

Wie aus den Daten in Tabelle 1 ersichtlich, stimmen die Anfangsbestände eines Jahres nicht mit den Endbeständen des vorangegangenen Jahres überein. Nach Analysen könnte dies darauf zurückzuführen sein, dass hinsichtlich nachträglicher Storni, länderübergreifender Abgaben und Übernahmen unterschiedlich verfahren wird und es zum Jahreswechsel zu einer zeitverzögerten Erfassung von Eingängen und Erledigungen kommt. Es ist aber zu erwarten, dass diese Differenzen durch den geplanten Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bei der Erfassung der Einsprüche und der Erstellung der Meldungen für die Einspruchsstatistik künftig vermieden werden kann.

### 3 Klagen

Gegen die Finanzämter wurden im Jahr 2011 insgesamt 63 381 Klagen, im Jahr 2010 insgesamt 69 986 Klagen und im Jahr 2009

Statistiken über die Einspruchsbearbeitung in den Finanzämtern

insgesamt 66 403 Klagen erhoben. Dies entspricht einer Quote von rund 1,5 % (2011), rund 1,3 % (2010) beziehungsweise rund 1,1 % (2009) der insgesamt erledigten Einsprüche.

Bei einem Vergleich mit der vom Statistischen Bundesamt erstellten Statistik der Finanzgerichte<sup>4</sup> ist zu beachten, dass diese auch Klagen erfasst, die nicht gegen die Finanzämter, sondern gegen

<sup>4</sup> Abrufbar unter: https://www.destatis.de/ DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/ ThemaRechtspflege.html andere Finanzbehörden gerichtet sind (siehe Abschnitt 2.1). Außerdem sind die Zählweisen nicht identisch. Während für die Einspruchsstatistik und die Klagestatistik der Finanzämter maßgebend ist, wie viele Verwaltungsakte ein Einspruch betrifft, wird in der Statistik der Finanzgerichte eine Klage, die sich gegen mehrere Verwaltungsakte richtet (z. B. eine Klage gegen einen aufgrund einer Außenprüfung ergehenden Änderungsbescheid für mehrere Veranlagungszeiträume) nur als ein Fall gezählt.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Aktivität erweist sich auch im September als robust.
- Die Außenhandelstätigkeit ist aufwärtsgerichtet.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin günstig.
- Die j\u00e4hrliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe lag im September bei 2,0 %.

Auch im 3. Quartal dürfte es zu einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gekommen sein. Dafür spricht, dass mit der Ausweitung der Industrieproduktion im Durchschnitt der Monate Juli und August vom Verarbeitenden Gewerbe wahrscheinlich deutliche Wachstumsimpulse ausgegangen sind. Das war angesichts der Stimmungseintrübung bei den Unternehmen von den meisten Konjunkturbeobachtern so nicht erwartet worden.

Im Schlussquartal 2012 dürfte es in Deutschland jedoch zu einer deutlichen konjunkturellen Abschwächung kommen. Dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung wirkt dabei vor allem die wirtschaftliche Schwäche in einigen Ländern des Euroraums. Darauf deuten sowohl der fünfte Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe als auch die Konjunturerwartungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hin, wenngleich letztere am aktuellen Rand wieder eine leichte Verbesserung ausweisen.

Vor diesem Hintergrund geht die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion nur von einer moderaten gesamtwirtschaftlichen Aktivität im bevorstehenden Winterhalbjahr aus. Die deutsche Wirtschaft dürfte jedoch im Verlauf des kommenden Jahres allmählich wieder an Schwung gewinnen. Diese Einschätzung wird auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose vertreten.

Aufgrund des unerwartet starken Anstiegs der Wirtschaftsleistung in der 1. Jahreshälfte 2012 hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr leicht nach oben korrigiert. Insgesamt wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt mit real 0,8 % jedoch spürbar niedriger ausfallen als in den vergangenen zwei Jahren. Für das Jahr 2013 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jahresdurchschnittlicher Betrachtung von real 1,0 %.

Insgesamt zeigt sich der deutsche Außenhandel trotz der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos weiterhin robust. So haben die Warenexporte ihren Aufwärtstrend im August mit einem Anstieg von saisonbereinigt 2,4 % gegenüber dem Vormonat fortgesetzt. Kumuliert über den Zeitraum Januar bis August 2012 lag das nominale Ausfuhrergebnis um 5,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Impulse für die Ausfuhrtätigkeit kamen dabei vor allem aus Ländern außerhalb der Europäischen Union. So fiel die Zunahme der Ausfuhren in Drittländer besonders kräftig aus. Aber auch die Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union wurden im Vorjahresvergleich spürbar ausgeweitet, während die Exporte in den Euroraum leicht rückläufig waren.

Die nominalen Warenimporte verzeichneten im August in der Verlaufsbetrachtung einen leichten Anstieg sind aber

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Zweimonatsdurchschnitt leicht abwärtsgerichtet. Im Vorjahresvergleich wurden die Einfuhren nach Ursprungswerten von Januar bis August dieses Jahres hingegen merklich ausgeweitet. Dabei fiel die Steigerung der Importe aus der Europäischen Union etwas höher aus als die aus Drittländern.

Die deutsche Handelsbilanz wies im August (nach Ursprungswerten) einen Überschuss von 16,3 Mrd. € auf (+4,7 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr). Dabei war der Handelsbilanzsaldo gegenüber den Ländern des Euroraums im August leicht negativ (- 0,9 Mrd. €). Insgesamt erhöhte sich der Handelsbilanzüberschuss von Januar bis August dieses Jahres um 25,7 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Ergebnis im Jahr 2011. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss lag im August mit 11,1 Mrd. € oberhalb des Vorjahresniveaus (August 2011: 7,9 Mrd. €). Insgesamt erhöhte sich der Leistungsbilanzüberschuss von Januar bis August 2012 um 19,1 Mrd. € auf 101,5 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Zum Jahresende dürfte mit einer insgesamt schwächeren Exportdynamik zu rechnen sein. So zeigen die Auftragseingänge aus dem Ausland eine Abwärtsbewegung und die ifo Exporterwartungen waren im September den vierten Monat in Folge rückläufig. Auch die jüngsten Rückgänge des OECD Leading Indicator und des Welthandelsindikators des niederländischen CPB-Instituts weisen in diese Richtung und zeigen eine spürbare Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos an.

Die Industrieproduktion erweist sich gemessen an den Ergebnissen der vorlaufenden Indikatoren im bisherigen Verlauf des 3. Quartals als stabil. Zwar verringerte sich die industrielle Erzeugung im August etwas gegenüber dem Vormonat. Im Zweimonatsvergleich ist sie jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet (+ 0,8 % gegenüber der Vorperiode). Dabei resultierte der Anstieg aus einer Produktionsausweitung im

Investitionsgüterbereich. Insbesondere die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichnete im bisherigen Quartalsverlauf ein spürbares Plus (Zweimonatsvergleich + 9,5 % gegenüber der Vorperiode). Im gleichen Zeitraum war die Produktion von Vorleistungs- und Konsumgütern dagegen leicht rückläufig.

Im August wurde im Vergleich zum Vormonat eine Steigerung der Auslandsumsätze um saisonbereinigt 1,9 % erzielt, während die Inlandsumsätze in etwa gleicher Größenordnung sanken (-1,8 %). Im Zweimonatsdurchschnitt sind die industriellen Umsätze aufgrund eines Anstiegs der Umsätze sowohl im In- als auch im Ausland leicht aufwärtsgerichtet. Dabei schlug insbesondere ein spürbarer Anstieg der Umsätze für Investitionsgüter zu Buche.

Zusammengenommen deuten die Ergebnisse zu Produktion und Umsätzen in der Industrie im Juli und August darauf hin, dass im 3. Quartal 2012 vom Verarbeitenden Gewerbe deutliche Wachstumsimpulse ausgegangen sein dürften. Für das Schlussquartal zeichnet sich jedoch eine schwächere Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich ab. So ist das industrielle Auftragsvolumen im Zweimonatsvergleich tendenziell abwärtsgerichtet. Dabei fällt die Abwärtsbewegung bei den Inlandsaufträgen aufgrund deutlich nachlassender Neuaufträge für Investitionsgüter stärker aus als bei Auslandsbestellungen. Zwar ist die Nachfrage nach industriellen Produkten teils durch Ferieneffekte überlagert. Allerdings kommt in dem deutlichen Rückgang der Investitionsgüternachfrage im Inland zum Ausdruck, dass angesichts des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfeldes Investitionen in Deutschland zögerlicher erfolgen oder vorerst zurückgestellt werden. Auch die weitere Verschlechterung des ifo Geschäftsklimas im Verarbeitenden Gewerbe deutet auf eine verhaltenere industrielle Aktivität zum Ende dieses Jahres hin.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	: N: !- 0/	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r	
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12	4.Q.11	1.Q.12	2.Q.12	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,2	+3,0	-0,1	+0,5	+0,3	+1,4	+1,7	+0,5	
jeweilige Preise	2 593	+3,9	+0,0	+0,9	+0,7	+2,2	+2,8	+1,7	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 985	+3,4	+0,0	+2,0	-0,5	+1,7	+3,1	+2,6	
Arbeitnehmerentgelte	1328	+4,5	+0,8	+1,1	+1,1	+3,9	+3,8	+3,7	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	657	+1,3	-1,6	+3,7	-3,8	-3,4	+2,0	+0,3	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 630	+3,2	+0,4	+1,4	-0,6	+2,8	+3,5	+2,1	
Bruttolöhne ugehälter	1.084	+4,8	+0,9	+1,3	+1,3	+4,3	+4,0	+4,0	
Sparen der privaten Haushalte	173	-1,2	+1,7	+1,1	-1,1	+1,2	+3,4	+1,2	
		2011			Veränderung ir	% aeaenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auf					Vorjahr <sup>1</sup>				
tragseingänge	Mrd.€	ggü.Vorj.	Vorpe	Vorperiode saisonbereinigt					
	bzw. Index	in %	Jul 12	Aug 12	Zweimonats- durchschnitt	Jul 12	Aug 12	Zweimonats durchschnit	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1.060	+11,4	+0,4	+2,4	+0,8	+9,1	+5,8	+7,5	
Waren-Importe	902	+13,2	+0,3	+0,3	-0,6	+1,8	+0,4	+1,1	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	+1,2	-0,5	+0,8	-1,3	-1,4	-1,3	
Industrie <sup>2</sup>	113,9	+8,8	+1,5	-0,5	+0,8	-1,7	-1,8	-1,8	
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	+1,4	-2,8	-0,6	+1,8	+0,7	+1,2	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe		-,	<u> </u>				- 7	·	
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	110,5	+7,6	+1,6	-0,1	+1,0	-1,5	-1,4	-1,5	
Inland	106,4	+7,5	+2,0	-1,8	+0,7	-2,2	-3,1	-2,6	
Ausland	115,4	+7,7	+1,1	+1,9	+1,2	-0,7	+0,6	-0,1	
Auftragseingang	113,7	17,7	1 1,1	11,9	11,4	0,1	10,0	-0,1	
(Index 2005 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	114,0	+7,8	+0,3	-1,3	-1,2	-4,6	-4,8	-4,7	
Inland	110,3	+7,4	+0,8	-3,0	-1,6	-6,4	-8,1	-7,2	
Ausland	117,2	+8,1	+0,0	+0,0	-0,8	-3,1	-2,0	-2,6	
Bauhauptgewerbe	101,0	+4,5	+1,7		-3,6	-3,1		-0,5	
Umsätze im Handel									
(Index 2005 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	-1,0	+0,3	-0,7	-1,6	-0,8	-1,2	
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	+0,5	+1,4	+0,5	+1,4	-0,4	+0,5	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in Tausend gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	anii Mari in W	Vorp	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+8	+11	+9	-63	-40	-7
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+16	+4		+469	+420	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+56			+546		
2		2011			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2005 = 100		ggü Vori in∜		Vorperiode Vorjahr				
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12
Importpreise	117,0	+8,0	+0,7	+1,3		+1,2	+3,2	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,0	+0,5		+0,9	+1,6	
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,4	+0,4	+0,0	+1,7	+2,1	+2,0
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12
Klima	+11,6	+11,9	+11,9	+6,1	+3,1	-0,7	-2,5	-4,3
Geschäftslage	+22,7	+22,6	+22,7	+14,7	+15,9	+11,5	+10,8	+9,2
Geschäftserwartungen	+1,1	+1,7	+1,6	-2,1	-9,1	-12,3	-15,0	-16,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im August deutlich zurückgefahren, nachdem sie im Juli noch merklich angestiegen war. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich damit ein Abwärtstrend (saisonbereinigt - 0,6% gegenüber der Vorperiode). Die vorlaufenden Indikatoren zeichnen derzeit ein uneinheitliches Bild. Die Auftragseingänge für das Bauhauptgewerbe sind im Juni/ Juli gegenüber dem entsprechenden Vorzeitraum abwärtsgerichtet, während die Baugenehmigungen – insbesondere im gewerblichen Bau – zugleich tendenziell ansteigen. Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe sank im September auf den niedrigsten Wert seit Oktober 2011.

Der Konsum der privaten Haushalte dürfte auch im 3. Quartal die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt haben. So wurden die Umsätze im Handel mit Kfz im Zweimonatsvergleich leicht ausgeweitet.

Dagegen sind die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im gleichen Zeitraum abwärtsgerichtet, wenngleich diese im August geringfügig angestiegen waren. Auch die Stimmung der Verbraucher und Einzelhändler erweist sich gegen Ende des 3. Quartals als stabil. Dies spiegelt sich auch in einem Anstieg der Umsatzsteuer von 2,9 % im Zeitraum von Januar bis September 2012 wider. Zwar haben sich die Einkommenserwartungen der Konsumenten zuletzt aufgrund einer gewissen Verunsicherung hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung spürbar eingetrübt. Der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau sowie die Effektivlohnzuwächse dürften die Konsumtätigkeit der privaten Haushalte jedoch weiter begünstigen. So blieb die Anschaffungsneigung im September laut GfK-Umfrage auf einem sehr hohen Niveau. Die positive Konsumkonjunktur spiegelt sich auch in der nach wie vor unterdurchschnittlichen

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Sparneigung wider. So scheinen die Verbraucher mit Blick auf die historisch niedrigen Zinsen ihre finanziellen Mittel derzeit eher in werthaltige Anschaffungen zu investieren.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt kann insgesamt weiterhin als gut eingestuft werden, wenngleich sich die Situation gegenüber dem Jahresbeginn etwas ungünstiger darstellt. So verringerte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im September gegenüber dem Vorjahr um 117 000 Personen auf 2,79 Millionen Personen. Dabei lag die Arbeitslosenguote um 0,1 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis (+ 6,5 %). Allerdings ist die Arbeitslosigkeit in der Verlaufsbetrachtung im September den sechsten Monat in Folge leicht angestiegen (+9000 Personen gegenüber dem Vormonat). Dies ist laut Bundesagentur für Arbeit (BA) auch auf eine rückläufige Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente zurückzuführen. Darüber hinaus dürfte die vergleichsweise hohe Zuwanderung in diesem Jahr über eine deutliche Erhöhung des Arbeitskräfteangebots ebenfalls zu einer etwas ungünstigeren als bisher erwarteten Entwicklung der Arbeitslosenzahlen beigetragen haben.

Die Beschäftigung nahm jedoch auch im August weiter zu. Die im bisherigen Jahresverlauf hohe Arbeitskräftenachfrage schlägt sich dabei auch in vermehrten Beschäftigungsaufnahmen von Personen aus der Stillen Reserve im engeren Sinne nieder. Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten ist nach dem Inlandskonzept auf ein Niveau von 41,6 Millionen Personen (+ 428 000 Personen beziehungsweise + 1,0 % gegenüber dem Vorjahr) angestiegen. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm im August um 4000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Der Beschäftigungsaufbau hat sich im Vergleich zur 1. Jahreshälfte damit deutlich verlangsamt. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung konnte im Juli 2012 - nach Hochrechnung der BA – merklich ausgeweitet werden (saisonbereinigt + 56 000 Personen

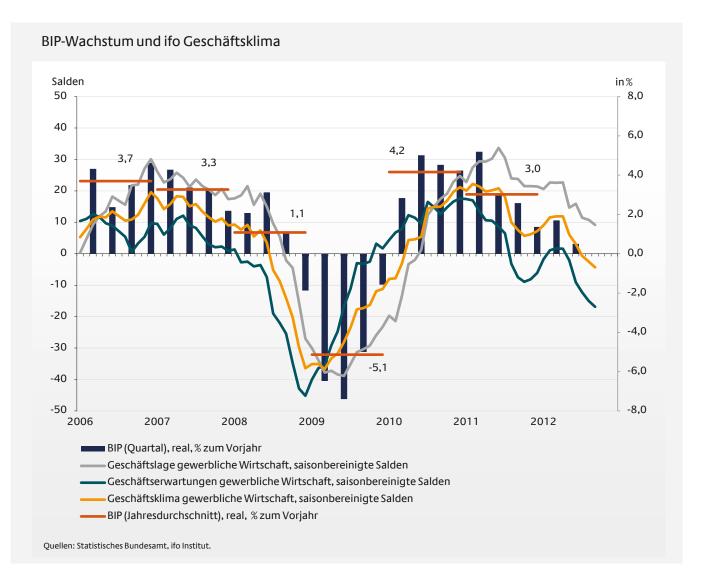
gegenüber Juni). Hier zeigt sich weiterhin ein deutlicher Aufwärtstrend. Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs um mehr als ein halbe Million Personen (+ 1,9 %). Dabei verzeichneten wirtschaftliche Dienstleistungen und das Verarbeitende Gewerbe das größte Plus. Beschäftigungsverluste gab es dagegen in den Bereichen Öffentliche Verwaltung und Verteidigung sowie bei Arbeitnehmerüberlassungen.

Die Stimmungsindikatoren deuten auf einen nachlassenden Beschäftigungsaufbau in den nächsten Monaten hin. So verzeichnete beispielsweise das ifo Beschäftigungsbarometer im September den fünften Rückgang in Folge. Auch der Stellenindex der BA war zuletzt rückläufig, befindet sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau.

Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe fiel im September etwas niedriger als im August aus, wenngleich sich das Preisniveau gegenüber dem Vormonat stabilisierte (September + 2,0 %, nach + 2,1% im August 2012). Dabei ist der jährliche Preisniveauanstieg weiterhin von der Verteuerung von Energieprodukten geprägt. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte lagen auch im September weit über dem Vorjahresniveau. Insgesamt verteuerten sich Energieprodukte im September im Vorjahresvergleich um 7,0 %. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente hätte der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise im September nur 1,4% betragen. U. a. waren jedoch auch Nahrungsmittel teurer als vor einem Jahr (+2,9%). Dies war insbesondere auf eine Erhöhung des Preisniveaus bei Obst und Fleisch- und Fischwaren zurückzuführen.

Auch auf den vorgelagerten Preisstufen ist die Entwicklung nach wie vor besonders von den hohen Preissteigerungen bei Energieträgern geprägt. So nahm der Erzeugerpreisindex im August 2012 um 1,6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Im Vergleich zum Vormonat stiegen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



die Erzeugerpreise um 0,5 % an. Ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente überschritten die Erzeugerpreise das Vorjahresniveau um 0,9 %. Die Erzeugerpreise für Verbrauchsgüter stiegen um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr an, während die Preise für Vorleistungsgüter um 0,2 % unter dem Vorjahresniveau lagen. Der Importpreisindex stieg im August 2012 gegenüber dem Vorjahr spürbar an (+3,2 %) und erhöhte sich auch im Vormonatsvergleich (+1,3 %).

Insgesamt ist jedoch in den kommenden Monaten angesichts der verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung mit einem moderaten Preisklima in Deutschland zu rechnen. So erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion einen Anstieg der Verbraucherpreise von durchschnittlich 2,0 % in diesem Jahr und 1,9 % im kommenden Jahr.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im September 2012 im Vorjahresvergleich um 4,2 % gestiegen. Den größten Anteil an diesem Zuwachs haben die gemeinschaftlichen Steuern (+2,1 Mrd. € beziehungsweise +5,4%). Das Aufkommen der Ländersteuern wuchs zwar beinahe ebenso stark (+5,3%), absolut war der Beitrag zum Wachstum des gesamten Steueraufkommens mit weniger als 0,1 Mrd. € allerdings eher gering. Die Bundessteuern unterschritten das Vorjahresergebnis um 1,3 % (-0,1 Mrd. €). Während sich die Entwicklung bei der Lohnsteuer gegenüber dem Vormonat erwartungsgemäß abschwächte, wiesen die veranlagte Einkommensteuer und die Steuern vom Umsatz überraschend hohe Zuwächse aus. Im Zeitraum Januar bis September 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 5,6%.

Nach Bundesergänzungszuweisungen war der Aufkommenszuwachs des Bundes im September mit 3,4% erneut niedriger als bei den Ländern (4,3%). Dies ist insbesondere auf den gegenüber dem Vorjahr um circa 0,5 Prozentpunkte verringerten Anteil des Bundes an den Steuern vom Umsatz zurückzuführen. Kumuliert ergibt sich im Zeitraum Januar bis September weiterhin ein Plus: Bund 4,4%, Länder 6,1%.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im September 2012 um 7,6 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) war im Berichtsmonat mit + 5,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich niedriger als im August 2012 und bewegt sich damit wieder auf dem Niveau der Monate Juni und Juli. Dies bestätigt die Annahme, dass im August Nachzahlungen aus tariflichen Lohnerhöhungen und Besoldungsanhebungen das Aufkommen der Lohnsteuer zusätzlich

beeinflussten. Im September ist wiederum die Grundtendenz aufgrund der Lohnerhöhungen bei anhaltend guter Beschäftigungslage bestimmend. Das Volumen der Kindergeldzahlungen sank um 0,7%. Im Zeitraum Januar bis September 2012 ist im kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 6,6% zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich um 12,8 % auf nunmehr 9,7 Mrd. €. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,9 %. Im September war die dritte Rate der Vorauszahlungen für das Jahr 2012 fällig. Von einem bereits sehr hohen Niveau aus stiegen sie nochmals um circa 7% (0,7 Mrd. €). Sie liegen damit auf dem Niveau der ersten beiden Raten der diesjährigen Vorauszahlungen. Die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer steht im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, die sich im 3. Quartal wahrscheinlich fortgesetzt hat. Aus den weiterhin laufenden Veranlagungen der Vorjahre resultierte zudem ein Anstieg der nachträglichen Vorauszahlungen für 2011 um circa 0,1 Mrd €. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen hingegen um 15,2 % (- 0,2 Mrd. €) ab. Im Zeitraum Januar bis September 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 17,7%.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet bei den Kasseneinnahmen im September einen Rückgang um 1,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresmonat auf 2,0 Mrd. €. Die Vorauszahlungen für das laufende Jahr weisen mit circa 7½% (+0,4 Mrd. €) noch einen erheblichen Anstieg aus; die Zuwachsrate hat sich jedoch im Verhältnis zum Vorjahr mehr als halbiert. Die Erstattungen für das Vorjahr sind um über 1,8 Mrd. € angestiegen. Hierin

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2012	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11187	+7,6	106 835	+6,6	147 450	+5,5
veranlagte Einkommensteuer	9 665	+12,8	27 343	+17,7	34700	+8,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 009	+42,2	17 436	+11,0	17 650	-2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	391	+67,4	6 630	+2,1	8 020	+0,0
Körperschaftsteuer	2 0 2 6	-39,4	12 998	+33,6	18 300	+17,1
Steuern vom Umsatz	16 694	+7,0	144713	+2,9	196 350	+3,3
Gewerbesteuerumlage	0	-75,3	2 038	+0,3	3811	+3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	0	-76,0	1 740	-1,2	3 239	+0,6
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	40 973	+5,4	319 733	+6,6	429 520	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 431	+3,7	24 127	-1,6	39 950	-0,2
Tabaksteuer	1 097	-7,1	9 465	-1,5	14200	-1,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	168	-17,6	1 573	-1,5	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	459	-9,5	9 3 5 3	+3,6	11 000	+2,3
Stromsteuer	574	-0,4	5 2 4 7	-4,7	6920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	588	-10,4	6 5 9 0	+0,3	8 400	-0,3
Luftverkehrsteuer	71	-23,7	671	+7,8	960	+6,1
Kernbrennstoffsteuer	304	-6,6	1 425	+62,9	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	1 439	+3,7	10 135	+7,8	13 300	+4,1
übrige Bundessteuern	122	+1,5	1 130	+1,3	1 507	+0,3
Bundessteuern insgesamt	8 251	-1,3	69 717	+1,3	99 827	+0,7
Ländersteuern		,-		,-		
Erbschaftsteuer	301	-9,5	3 239	-3,0	4280	+0,8
Grunderwerbsteuer	616	+13,5	5 472	+19,0	7 3 3 0	+15,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	111	+8,1	1 048	-2,7	1 419	-0,1
Biersteuer	70	+7,2	534	-0,2	700	-0,3
Sonstige Ländersteuern	27	+7,7	308	+4,9	378	+4,6
Ländersteuern insgesamt	1 124	+5,3	10 601	+7,7	14 107	+7,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	431	-6,6	3 3 3 9	-1,2	4750	+3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	161	+7,3	1 593	+18,0	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	1 597	+3,8	15586	+12,5	22 760	+26,4
EU-Eigenmittel insgesamt	2 188	+1,8	20 518	+10,4	29 540	+20,8
Bund <sup>3</sup>	23 682	+3,4	184 491	+4,4	252 254	+1,7
Länder <sup>3</sup>	21 401	+4,3	174 571	+6,1	234 206	+4,4
EU	2 188	+1,8	20 518	+10,4	29 540	+20,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und	3 508	+10,2	23 811	+7,7	32 204	+5,5
Umsatzsteuer						

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>{}^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelder stattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012

enthalten ist ein Sonderfall von fast 1,6 Mrd. €, welcher mit einer Gewinnausschüttung im Konzernverbund zu Jahresbeginn korrespondiert, die die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um den entsprechenden Betrag überzeichnet hatte. Aufgrund der gesetzlich vorgesehenen Anrechnung von abgeführter Kaptalertragsteuer bei der Veranlagung des Empfängers der Ausschüttung führte nunmehr die Körperschaftsteuerveranlagung des Mutterkonzerns zu entsprechenden Erstattungen. Das Septemberaufkommen wurde zudem wie bereits in den Vorjahren um circa 1,3 Mrd. € aus der Erstattung von Körperschaftsteuerguthaben gemindert. Trotz des Rückgangs im aktuellen Monat ist das Kassenergebnis im gesamten Zeitraum Januar bis September 2012 immer noch deutlich von 9,7 Mrd. € auf 13,0 Mrd. € gestiegen. Dies spiegelt die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung wider, die wohl mit einer deutlichen Gewinnexpansion einhergegangen ist.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im September 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,7 Mrd. € auf jetzt 1,0 Mrd. € erhöht. Unter Berücksichtigung der Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) kann sogar von noch höheren Zuwachsraten ausgegangen werden. Die Umstellung betraf allerdings hauptsächlich die Ausschüttungen von großen Kapitalgesellschaften, die nach dem Zahlstellenverfahren über Banken abgewickelt werden. Welchen Anteil diese Publikumsgesellschaften noch am Aufkommen des Monats September hatten, ist nicht bekannt. Auch das Brutto-Aufkommen stieg im gleichen Umfang. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern überschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 47,9 %. Im Zeitraum Januar bis September 2012 stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag insgesamt um 11,0 % auf 17,4 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zinsund Veräußerungserträge erhöhte sich gegenüber dem allerdings sehr niedrigen Vorjahresmonatsniveau mit 67,4 % um mehr als zwei Drittel. Im Zeitraum Januar bis September 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres jedoch insgesamt lediglich um 2,1 % übertroffen.

Die Steuern vom Umsatz weisen im Berichtsmonat September 2012 mit + 7,0% gegenüber dem Vorjahr den im Jahresverlauf bisher größten Zuwachs auf. Dabei sanken die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht um 0,3%. Die (Binnen-)Umsatzsteuer verzeichnet demgegenüber mit 9,9 % einen deutlichen Anstieg. Die Entwicklung im September verbessert das Aufkommensergebnis für den gesamten Zeitraum Januar bis September 2012 erheblich. Hier ergaben sich bei den Steuern vom Umsatz nunmehr insgesamt Mehreinnahmen von 2,9%. Dies steht im Einklang mit der Erwartung, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum auch vom privaten Konsum deutliche Impulse erfährt. Das Umsatzsteueraufkommen in den verbleibenden Monaten des Jahres wird wahrscheinlich auch weiterhin von der regen Konsumtätigkeit der privaten Haushalte profitieren.

Bei den reinen Bundessteuern (-1,3 %) konnte im September 2012 das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. Ausschlaggebend waren hier die Einbußen bei der Tabaksteuer (-7,1%), der Versicherungsteuer (-9,5%), der Kraftfahrzeugsteuer (-10,4%), der Stromsteuer (-0,4%) sowie bei der Luftverkehrsteuer (-23,7%) und der Kernbrennstoffsteuer (-6,6%). Die Energiesteuer und der Solidaritätszuschlag meldeten demgegenüber Zuwachsraten von jeweils 3,7%. Kumuliert für die Monate Januar bis September 2012 ergibt sich ein anderes Bild: Die Bundessteuern insgesamt weisen Mehreinnahmen von 1,3 % auf, getragen von dem Solidaritätszuschlag (+7,8%), der Kernbrennstoffsteuer (+62,9%), der Luftverkehrsteuer (+7,8%), der Versicherungsteuer (+ 3,6 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 0,3 %). Demgegenüber

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2012

sank das Aufkommensniveau bei der Stromsteuer um 4,7%, bei der Energiesteuer um 1,6% und bei der Tabaksteuer um 1,5%.

Die reinen Ländersteuern übertrafen im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 5,3 %. Hierzu trugen insbesondere die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+13,5 %) bei. Ferner schlugen Aufkommenszuwächse bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 8,1%), der Feuerschutzsteuer (+ 9,2%) und der Biersteuer (+ 7,2%) positiv zu Buche, während die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer um 9,5% zurückgingen. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis September 2012 im Vorjahresvergleich um 7,7%.

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALT

### **Entwicklung des Bundeshaushalts**

Mit dem am 26. September vom Kabinett beschlossenen 2. Nachtragsentwurf zum Bundeshaushalt 2012 kommt die Bundesregierung ihren Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Wachstumspakets sowie der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags nach.

Der Nachtragshaushalt schafft
haushaltsrechtliche Ermächtigungen
zur Zahlung des deutschen Anteils an
der Kapitalerhöhung der Europäischen
Investitionsbank (EIB) und für die zusätzliche
Beteiligung des Bundes an der Finanzierung
des Kinderbetreuungsausbaus. Insgesamt
sind Mehrausgaben von rund 2,2 Mrd. €
erforderlich. Da nach dem bisherigen
Haushaltsvollzug 2012 in gleicher Höhe bei
den Zinsausgaben Minderausgaben erwartet
werden, können die Mehrausgaben vollständig
haushaltsneutral aufgefangen werden.

### Ausgabenentwicklung

Mit 225,4 Mrd. € liegt das Ergebnis bis einschließlich September 2012 um 2,0 Mrd. € (-0,9%) unter dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die niedrigeren kumulierten Gesamtausgaben im Vergleichszeitraum resultieren hauptsächlich aus geringeren Zinsausgaben, den Ausgaben am Arbeitsmarkt und bei den Zuweisungen zum Gesundheitsfonds.

### Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 199,2 Mrd. € bis einschließlich September um 6,3 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 3,3 %). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 182,7 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 7,8 Mrd. € (+ 4,4 %) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 16,5 Mrd. € um 8,3 % unter dem Ergebnis bis einschließlich September 2011.

### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen hinsichtlich der voraussichtlichen Neuverschuldung dieses Jahres ist zum jetzigen Zeitpunkt noch mit Unwägbarkeiten behaftet. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von - 26.2 Mrd. € ableiten.

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	lst 2011	Soll 2012 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis September 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,5	225,4
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-0,9
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	280,0	199,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			3,3
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	252,2	182,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			4,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-32,5	-26,2
Kassenmittel (Mrd. €)		-	-10,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-32,1	-15,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Kabinettbeschluss vom 26. September 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

Entwicklung des Bundeshaushalts

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	t	So	111	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis September 2011	Januar bis September 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	111 /0
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	65 521	21,0	39 159	39 760	+1,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 9 3 1	2,0	6 292	2,0	3 969	3 985	+0,
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,2	22 884	23 908	+4,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6369	2,2	5 798	1,9	4798	4159	-13
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	2716	2 863	+5
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	10 789	11 761	+9
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	1 225	1 215	-0
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	5 692	6 0 3 7	+6
Soziale Sicherung, Soziale							_
Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	155 255	52,4	155 460	49,7	121 688	119 482	-1,
Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	63 577	64 414	+1
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 481	3 576	-34
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	24739	23 637	-4
darunter: Arbeitslosengeld II	19 384	6,5	19 370	6,2	14808	14564	-1
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 8 5 5	1,6	4900	1,6	3 679	3 636	-1
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	592	449	-24
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	3 626	3 699	+2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	1 3 6 3	1 214	-10
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	854	948	+11
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	1 276	1 338	+4
Wohnungswesen	1 366	0,5	1 387	0,4	1 058	1 086	+2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	3 854	3 231	-16
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	493	328	-33
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 337	1 182	-11
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	582	462	-20
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	7 449	7 495	+0
Straßen (ohne GVFG)	6 1 1 5	2,1	6126	2,0	3 606	3 465	-3
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,3	11 898	12 378	+4
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 2 3 9	1,7	3 598	3 724	+3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	2712	2 768	+2
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	35 448	11,3	30 460	29 022	-4
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 809	10,2	29 828	28 351	-5
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 500	100,0	227 425	225 415	-0

 $<sup>^1</sup> Inklusive\,2.\,Nachtrag\,2012, Stand:\,Kabinett beschluss\,vom\,26.\,September\,2012.$ 

### 

Entwicklung des Bundeshaushalts

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	Untoriährigo
	20	11	20	12	Januar bis September 2011	Januar bis September 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahi in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	11170
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	274 895	88,0	211 617	210 326	-0,
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	21 587	21 638	+0,
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,8	15 876	15 714	-1,
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	5 712	5 924	+3
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	14 293	15 222	+6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	1 031	872	-15
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	6394	6 2 7 6	-1
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	6 8 6 8	8 074	+17
Zinsausgaben	32 800	11,1	31 809	10,2	29 828	28 351	-5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	60,9	145 588	144 778	-0
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	11 928	12 800	+7
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,3	133 755	132 037	-1
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	17 701	17 883	+1
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	20 552	20 261	-1
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	91 627	89 155	-2
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	321	336	+4
nvestive Ausgaben	25 378	8,6	37 847	12,1	15 808	15 090	-4
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	29 851	9,6	11 570	10 574	-8
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	15315	4,9	9 180	9114	-(
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	1 682	1 460	-13
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	10 304	3,3	708	0	-100
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	4 238	4 515	+6
Baumaßnahmen	5814	2,0	6519	2,1	3 630	3 855	+6
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	472	514	+8
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	136	147	+8
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 500	100,0	227 425	225 415	-0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Kabinettbeschluss vom 26. September 2012.

### 

Entwicklung des Bundeshaushalts

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	•	Sol	l <sup>1</sup>	Ist - Entv	vicklung	
	20	11	201	2	Januar bis September 2011	Januar bis September 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	111 /6
I. Steuern	248 066	89,1	252 223	90,1	174 895	182 671	+4,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	204 546	73,0	142 466	150 685	+5,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 887	35,3	66 336	73 375	+10,
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 666	22,4	40 887	43 624	+6,
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14717	5,3	9874	11 622	+17,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	8 825	3,2	7 852	8 713	+11,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 529	1,3	2 858	2 9 1 7	+2,
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 150	3,3	4864	6 499	+33,
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	104 080	37,2	75 289	76 466	+1,
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 5 7 9	0,6	841	844	+0,
Energiesteuer	40 036	14,4	39 950	14,3	24517	24 127	-1,
Tabaksteuer	14414	5,2	14200	5,1	9611	9 465	-1,
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 300	4,7	9 401	10 135	+7,
Versicherungsteuer	10 755	3,9	11 000	3,9	9 0 3 2	9 353	+3,
Stromsteuer	7 247	2,6	6920	2,5	5 508	5 247	-4,
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 400	3,0	6 5 7 0	6 590	+0
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	875	1 425	+62
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	1 598	1 574	-1,
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 040	0,4	759	769	+1,
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	622	671	+7,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 283	-4,0	-9 240	-8 495	-8
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 760	-8,1	-13 850	-15 586	+12,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	-1 351	-1 593	+17,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6980	-2,5	-7 085	-2,5	-5 235	-5313	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-6744	-6744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	27 814	9,9	18 012	16 517	-8,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4971	1,8	4244	1,5	3 669	3 096	-15,
Zinseinnahmen	483	0,2	319	0,1	386	219	-43,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	6713	2,4	3 147	2 349	-25,
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	280 037	100,0	192 906	199 188	+3,

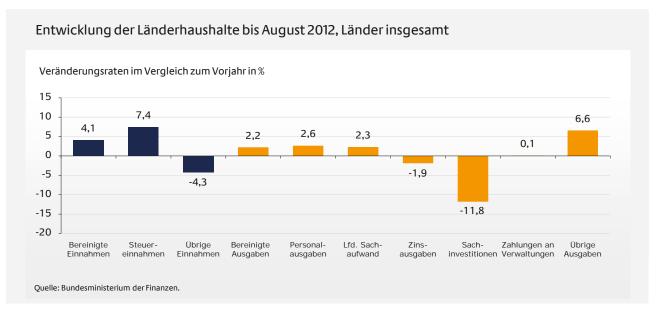
 $<sup>^{1}</sup>$  Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Kabinettbeschluss vom 26. September 2012.

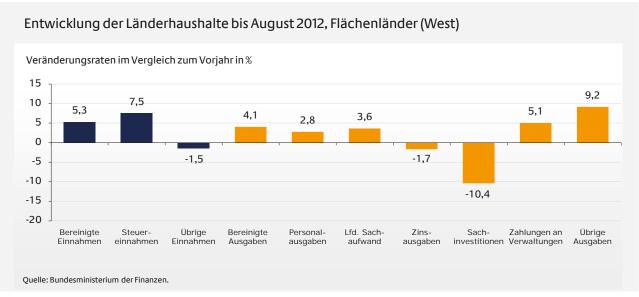
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012

# Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012

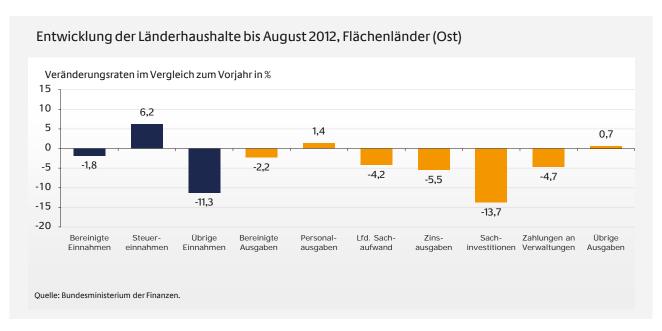
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich August 2012 vor.

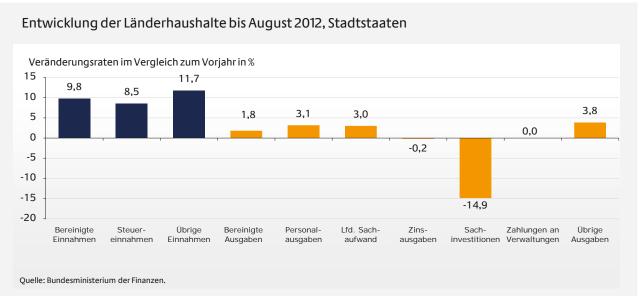
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte hält auch im August weiter an. Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,2 %, während die Einnahmen um 4,1 % anstiegen. Die Steuereinnahmen lagen Ende August um 7,4 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des Berichtszeitraums rund - 4,9 Mrd. € und unterschreitet den Vorjahreswert um rund 3,3 Mrd. €. Die Planungen der Länder für das Haushaltsjahr 2012 sehen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund - 15,6 Mrd. € vor.





Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im September durchschnittlich 3,62 % (3,85 % im August).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende September 1,43 % (1,36 % Ende August).

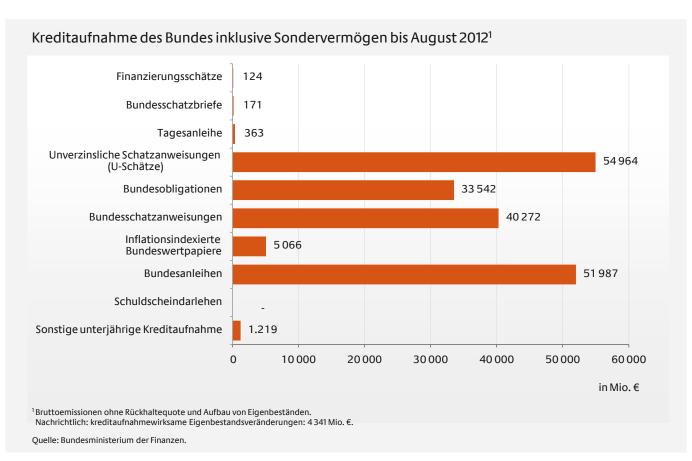
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende September auf 0,22% (0,28% Ende August).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 4. Oktober 2012 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,75 %, 1,50 % beziehungsweise 0,00 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug am 30. September 7 216 Punkte (6 971 Punkte am 31. August). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 441 Punkten am 31. August auf 2 454 Punkte am 30. September.

### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im August bei 2,9% nach 3,6% im Juli und 3,1% im Juni. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Juni bis August 2012 blieb mit 3,2% gegenüber dem Vorquartal unverändert.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im August -1,2% nach - 0,9% im Vormonat.

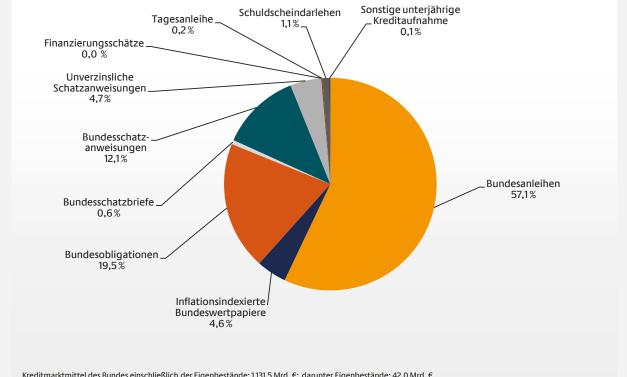
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,13 % im August gegenüber 1,54 % im Juli.

### Europäische Finanzmärkte

Ende Juli/Anfang August engten sich die Renditeabstände spanischer, italienischer und portugiesischer Staatsanleihen zu deutschen Staatsanleihen kurzzeitig ein, nachdem EZB-Präsident Mario Draghi erklärt hatte, dass die EZB alles Erforderliche tun werde, um den Euro zu erhalten. Die Märkte verstanden dies als Ankündigung zur Wiederaufnahme des

Programms zum - theoretisch unbegrenzten -Ankauf (kurzfristiger) staatlicher Wertpapiere auf dem Sekundärmarkt. Als die EZB auf ihrer Ratssitzung am 2. August klarstellte, dass nur Länder, die einen Hilfsantrag beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen, auf die Unterstützung der EZB hoffen können, weiteten sich die Renditebestände wieder aus. Verbesserte Konjunkturaussichten, zunehmende Steuereinnahmen in den Kernländern und sich verfestigende Sparbemühungen der Problemländer überwogen in der Marktwahrnehmung. Auch nach der EZB-Ratssitzung am 6. September engten sich die Renditeabstände der Peripheriestaaten weiter ein. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die Ablehnung mehrerer Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Verhinderung der Ratifikation

# Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. August 2012 Tagesanleihe Schuldscheindarlehen 11% Sonstige unterjährige Kreditaufnahme



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1131,5 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 42,0 Mrd. €.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	25,0	-	-	-	-	-	27,0	-					52,0
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-	-	-	-					16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-	19,0	-	-					38,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0					60,6
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3					1,2
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1					0,5
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0					0,0
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	0,1	-	-					0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0					-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,2	9,2	28,8	23,1	7,2	25,3	34,2	7,4					169,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,1	0,8	-0,1	4,4	-0,9	0,3	12,1	-0,3					27,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

von ESM-Vertrag und Fiskalpakt durch den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts.

Auch am aktuellen Rand scheint sich der Trend zur Verringerung der Renditespreads nicht umzukehren. Die von der EZB angekündigten Maßnahmen zum Ankauf von Staatsanleihen werden im Zusammenhang mit den vorgesehenen Hilfsmaßnahmen des ESM von den Märkten positiv aufgenommen. Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich August 2012 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 187,7 Mrd. €. Davon entfielen auf Bundeswertpapiere im Rahmen des geplanten Emissionskalenders 175,9 Mrd. €, auf inflationsindexierte Bundeswertpapiere 5,5 Mrd. €, auf die Instrumente des

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

			3. Quartal 2012 insgesamt	47 Mrd. €/ 50 Mrd. €	50 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Aufstockung	26. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	4 Mrd. €/ 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Aufstockung	19. September 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141646 WKN 114164	Neuemission	12. September 2012	5 Jahre/fällig 13. Oktober 2017 Zinslaufbeginn 14. September 2012 erster Zinstermin 13. Oktober 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135499 WKN 113549	Neuemission	5. September 2012	10 Jahre/fällig 4. September 2022 Zinslaufbeginn 4. September 2012 erster Zinstermin 4. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137396 WKN113739	Neuemission	22. August 2012	2 Jahre/fällig 12. September 2014 Zinslaufbeginn 24. August 2012 erster Zinstermin 12. September 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	8. August 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	1. August 2012	5 Jahre/fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	25. Juli 2012	30 Jahre/fällig 4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €/ 3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN 113738	Aufstockung	18. Juli 2012	2 Jahre/fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	11. Juli 2012	10 Jahre/fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	4 Mrd. €/ 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	4. Juli 2012	5 Jahre   fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumer Ist

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119634 WKN 111963	Neuemission	9. Juli 2012	6 Monate/fällig 9. Januar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119642 WKN 111964	Neuemission	23. Juli 2012	12 Monate/fällig 24. Juli 2013	3 Mrd. €	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119659 WKN 111965	Neuemission	13. August 2012	6 Monate/fällig 13. Februar 2013	4 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119667 WKN 111966	Neuemission	27. August 2012	12 Monate/fällig 28. August 2013	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119675 WKN 111967	Neuemission	10. September 2012	6 Monate/fällig 13. März 2013	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119683 WKN 111968	Neuemission	24. September 2012	12 Monate/fällig 25. September 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
			3. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd.€

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2012 Sonstiges

			3. Quartal 2012 insgesamt	2-3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	25. Juli 2012	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2-3 Mrd. €/ 1 Mrd. €	1Mrd.€
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist

 $<sup>^{1}</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Privatkundengeschäfts 0,7 Mrd. € und auf sonstige Instrumente 1,2 Mrd. €. Ferner wurden netto 4,3 Mrd. € Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt verkauft.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 196,9 Mrd. € (davon 169,4 Mrd. € Tilgungen und 27,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 9,2 Mrd. €. Die Finanzierungsmittel waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Mittel wurden im Umfang von 179,3 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 4,2 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,3 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

### Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

# Rückblick auf die ECOFIN- und Eurogruppen-Tagung am 8./9. Oktober 2012

### Finanztransaktionssteuer (FTT)

Zusammen mit Frankreich gelang es
Deutschland, neun weitere Staaten für die
Einführung einer Finanztransaktionsteuer
(FTT) im Wege der Verstärkten
Zusammenarbeit zu gewinnen. Belgien,
Estland, Griechenland, Italien, Österreich,
Portugal, die Slowakei, Slowenien und
Spanien unterstützen den Antrag, weitere
Staaten könnten noch folgen. Mit der FTT soll
die Finanzbranche an der Bewältigung der
Krisenkosten beteiligt werden.

Mindestens neun Mitgliedstaaten müssen einen Antrag auf Verstärkte Zusammenarbeit stellen, damit dieser an die Europäische Kommission übermittelt werden kann. Es ist davon auszugehen, dass in Kürze elf Anträge vorliegen werden. Danach sind folgende Schritte bis zur Einführung einer FTT zu gehen:

- Die Europäische Kommission arbeitet einen Vorschlag für eine FTT in Verstärkter Zusammenarbeit aus.
- Der Vorschlag der Kommission muss vom Europäischen Parlament mit einfacher Mehrheit gebilligt werden.
- Auch der Rat muss die zur Verstärkten Zusammenarbeit bereiten Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit dazu ermächtigen.
- Daran schließt sich die inhaltliche Ausarbeitung der FTT in den Arbeitsgruppen des Rates an, und zwar in der Zusammensetzung der teilnehmenden Staaten an der Verstärkten Zusammenarbeit.

Schlussendlich muss der endgültige Gesetzestext zur Einführung einer FTT von den an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden.

### Basel III (CRR und CRD IV)

Präsidentschaft und Kommission haben den ECOFIN-Rat über den aktuellen Verhandlungsstand unterrichtet. Noch immer dauern die Trilogverhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der EU zu den beiden Regelwerken CRR (Verordnung) und CRD IV (Richtlinie) an, die verschärfte Eigenkapitalvorgaben für Banken etablieren sollen: U. a. sollen Banken das sogenannte harte Kernkapital um das Dreieinhalbfache erhöhen und neue Kapitalpuffer einführen, um mit stärkerer Eigenmittelausstattung in wirtschaftlich starken Zeiten die Fähigkeit zu erhöhen, Verluste in Krisenzeiten aufzufangen. Im Rahmen der G20 war vereinbart worden, sicherzustellen, dass die verschärften Regeln für Banken zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

### Europäische Bankenaufsicht

Die Präsidentschaft hat die EU-Finanzminister über den Stand der Diskussion zu den Vorschlägen der Kommission informiert. Zentrale Fragen, z. B. wie eine klare Aufgabenteilung zwischen der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Aufsichtsbehörden aussehen soll, sind noch zu klären. Einigkeit herrscht darüber, dass eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht einen wesentlichen Schritt für die weitere europäische Integration

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

darstellt. Substanz und Gründlichkeit haben daher bei den Vorbereitungen Priorität vor der Geschwindigkeit der Umsetzung. Die Präsidentschaft kündigte an, den ECOFIN im November und Dezember erneut mit dem Thema zu befassen.

### Zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion

In Vorbereitung des Europäischen Rates am 18. und 19. Oktober haben sich die Finanzminister darüber hinaus zu den laufenden Arbeiten der vier Präsidenten des Europäischen Rates, der Eurogruppe, der Kommission und der EZB zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgetauscht. Es gibt eine Bereitschaft, den institutionellen Rahmen der WWU weiter zu stärken, dies jedoch, ohne den Zusammenhalt der EU-27 zu schwächen. Im Einzelnen sprachen sich die Minister für eine Stärkung der EU-Institutionen und eine Beschleunigung der Entscheidungsprozesse aus.

Am Vortag der ECOFIN-Sitzung, am 8. Oktober 2012, waren traditionell die Finanzminister des Euro-Währungsgebiets im Rahmen der Eurogruppe zusammengetroffen. Dabei standen folgenden Themen im Mittelpunkt:

### Freigabe der nächsten Finanzhilfe-Tranche für Portugal

Die Kommission hat die ordnungsgemäße Umsetzung des Reform- und Konsolidierungsprogramms durch Portugal bestätigt. Mit Zustimmung Deutschlands wurden folgende Entscheidungen getroffen:

 Die konjunkturbedingte Fristverlängerung im Defizitverfahren um ein Jahr auf 2014.

- Die Änderung des Durchführungsbeschlusses des Rates zur Freigabe der Mittel des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM).
- Die Freigabe der nächsten Tranche der Finanzhilfen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF).

### Lage in Griechenland, Spanien und Zypern

Auch über die Fortentwicklung der Anpassungsprogramme für Griechenland, Spanien und Zypern hat sich die Eurogruppe ausgetauscht:

- Einigkeit bestand darüber, dass
  Griechenland seine Auflagen bis zum
  Europäischen Rat am 18. Oktober
  vollständig umzusetzen hat, dass danach
  weitere vorrangig umzusetzende
  Maßnahmen vereinbart werden
  müssen und dass ein Schuldenschnitt
  auf öffentliche Darlehen oder neue
  Finanzhilfen nicht zur Debatte stehen.
- In Bezug auf Spanien wurde der Stand des Programms zur Bankenrekapitalisierung diskutiert. Die Auszahlung einer ersten Tranche an Spanien ist voraussichtlich im November zu erwarten sofern Spanien die Bedingungen des Bankenprogramms einhält und die Restrukturierungspläne von der Generaldirektion Wettbewerb der Kommission bestätigt wurden. Insgesamt dürfte der Bedarf der spanischen Banken dabei deutlich unter den bewilligten 100 Mrd. € liegen.
- Hinsichtlich der Situation in Zypern wurde die zypriotische Regierung aufgefordert, in vollem Umfang mit der Troika zu kooperieren.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

4./5. November 2012	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexiko City
12./13. November 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
3./4. Dezember 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
13./14. Dezember 2012	Europäischer Rat in Brüssel
21./22. Januar 2013	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
11./12. Februar 20113	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
15./16. Februar 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Moskau

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2012	Projektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt / Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
10. August 2012	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
11 14. September 2012	1. Lesung Bundestag
21. September 2012	1. Durchgang Bundesrat
ab 39. Kalenderwoche 2012	Beratungen im Haushaltsausschuss
17. Oktober 2012	Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
24. Oktober 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
29 31. Oktober 2012	Steuerschätzung in Frankfurt am Main
8. November 2012	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
20 23. November 2012	2./3. Lesung Bundestag
14. Dezember 2012	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2012	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012
Januar 2013	Dezember 2012	31. Januar 2013
Februar 2013	Januar 2013	21. Februar 2013
März 2013	Februar 2013	21. März 2013
April 2013	März 2013	22. April 2013
Mai 2013	April 2013	24. Mai 2013
Juni 2013	Mai 2013	20. Juni 2013
Juli 2013	Juni 2013	22. Juli 2013
August 2013	Juli 2013	22. August 2013
September 2013	August 2013	20. September 2013
Oktober 2013	September 2013	21. Oktober 2013
November 2013	Oktober 2013	21. November 2013
Dezember 2013	November 2013	20. Dezember 2013

### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundes finanz ministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
1	Kreditmarktmittel	73
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2011 bis 2016.	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
-	2008 bis 2013	75
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2013	77
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
10	Entwicklung der bo Tiddsildite 2011 bis 2012	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	100
_	Länder bis August 2012	101
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2012	
J	Die Einkammen, rasgaben and Rassemage der Eander bis ragast 2012	100
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
•	Potenzialwachstum	114
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	127
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	128
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	129
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	130
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	131
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	135

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Juli 2012	Zunanne	Abnanne	31. August 2012
		in M	io.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	51 500	0	0	51 500
Anleihen <sup>1</sup>	641 736	4 000	0	645 736
Bundesobligationen	217 000	4 000	0	221 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	7 406	32	276	7 162
Bundesschatzanweisungen	132 000	5 000	0	137 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	53 184	7 002	6982	53 203
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	347	14	36	324
Tagesanleihe	2 067	18	112	1 973
Schuldscheindarlehen	12 061	0	1	12 060
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 540	0	0	1 540
Kreditmarktmittel insgesamt	1 118 841			1 131 499

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:	
	31. Juli 2012			31. August 2012	
	in Mio. €				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	221 482			221918	
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	364 665			369 000	
langfristig (mehr als 4 Jahre)	532 694			540 581	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 118 841			1 131 499	

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Bundesschatzbriefe}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Typen}\,\mathrm{A}\,\mathrm{und}\,\mathrm{B}.$ 

 $<sup>^{3}</sup>$  1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2012	Belegung am 30. September 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	124,0	117,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	38,4
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,8
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,5	109,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	142,1	22,4

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2011 bis 2016 Gesamtübersicht

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll <sup>1</sup>	RegEntw		Finanzplanung	
			Mrc	d <b>.</b> €		
1. Ausgaben	296,2	312,5	302,2	302,9	303,3	309,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,4	+5,5	- 3,4	+0,2	+0,1	+2,2
2. Einnahmen <sup>2</sup>	278,5	280,0	283,1	289,5	298,3	309,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+7,4	+0,5	+1,0	+2,3	+3,0	+3,8
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	252,2	259,8	269,1	277,3	288,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,7	+1,7	+3,0	+3,6	+3,1	+4,0
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-32,5	-19,1	-13,4	-5,0	-0,3
in % der Ausgaben	6,0	10,4	6,3	4,4	1,7	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	274,2	253,2	253,1	243,4	242,0	255,5
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	11,1	-0,2	1,1	1,3	-2,2
6. Tilgungen (+)	260,0	232,3	234,1	231,4	238,6	253,3
7. Nettokreditaufnahme	17,3	32,1	18,8	13,1	4,7	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	25,4	37,8	34,3	29,7	25,2	24,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,7	+49,1	- 9,3	- 13,5	- 15,2	-1,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: September 2012.

 $<sup>^1\,</sup>Inklusive\,2.\,Nachtrag\,2012, Stand:\,Kabinett beschluss\,vom\,26.\,September\,2012.$ 

 $<sup>^2</sup>$  Gem. BHO  $\S$  13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	RegEntw
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497	28 623
Aktivitätsbezüge	20 298	20 977	21 117	20 702	21349	20 968
Ziviler Bereich	8 8 7 0	9 269	9 443	9 2 7 4	11 468	10 643
Militärischer Bereich	11 428	11 708	11 674	11 428	9881	10 325
Versorgung	6714	6 9 6 2	7 0 7 9	7 154	7147	7 655
Ziviler Bereich	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483	2 651
Militärischer Bereich	4 298	4500	4620	4682	4 665	5 004
Laufender Sachaufwand	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828	24 666
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283	1 339
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 281	10 442	10 137	10 673	10 402
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 635	9 508	10 264	11 871	12924
Zinsausgaben	40 171	38 099	33 108	32 800	31 809	31 666
an andere Bereiche	40 171	38 099	33 108	32 800	31 809	31 666
Sonstige	40 171	38 099	33 108	32 800	31 809	31 666
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	38 054	33 058	32 759	31 767	31 624
an Ausland	3	3	8	-0	-	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295	182 588
an Verwaltungen	12930	14396	14114	15 930	17 600	18 865
Länder	8 3 4 1	8 754	8 579	10 642	11 856	12 844
Gemeinden	21	18	17	12	11	9
Sondervermögen	4 568	5 624	5518	5 2 7 6	5 732	6 0 1 2
Zweckverbände	0	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696	163 723
Unternehmen	22 440	22 951	24212	23 882	25 106	25 832
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	29 699	29 665	26 718	26 931	26 543
an Sozialversicherung	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678	104 263
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673	1 701
an Ausland	3 708	3 858	4216	3 958	5 3 0 5	5 381
an Sonstige	4	5	3	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	264 721	277 175	270 156	274 428	267 543

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Inklusive 2. Nachtrag 2012; Stand: Kabinettbeschluß vom 26. September 2012.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>	RegEntw
			in Mi	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997	7 615
Baumaßnahmen	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6519	6 0 8 5
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 030	916	869	899	949
Grunderwerb	504	643	503	492	578	581
Vermögensübertragungen	16 660	15 619	15 350	15 284	15 782	15 395
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 018	15 190	14944	14589	15 3 1 5	14812
an Verwaltungen	5 713	5 8 5 2	5 209	5 243	5 587	4 785
Länder	5 654	5 8 0 4	5 142	5 178	4 930	4 723
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	48	68	65	74	62
Sondervermögen	0	0	0	0	583	1
an andere Bereiche	8 305	9338	9 735	9346	9728	10 027
Sonstige - Inland	5 836	6 462	6 599	6 0 6 0	6368	6 407
Ausland	2 469	2876	3 136	3 287	3 360	3 620
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	429	406	695	467	583
an andere Bereiche	2 642	429	406	695	467	583
Unternehmen - Inland	2 267	-	-	260	-	42
Sonstige - Inland	149	148	137	123	145	146
Ausland	225	282	269	311	322	395
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 099	3 409	3 473	3 613	14 536	11 908
Darlehensgewährung	2 3 9 5	2 490	2 663	2 8 2 5	4231	3 221
an Verwaltungen	1	1	1	1	79	1
Länder	1	1	1	1	1	1
Sondervermögen	-	-	-	-	78	
an andere Bereiche	2 3 9 5	2 490	2 662	2825	4153	3 220
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	872	1 075	1 1 1 1 5	2 271	1 599
Ausland	1 473	1 618	1 587	1710	1881	1 621
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	919	810	788	10304	8 687
Inland	26	13	13	0	1	-
Ausland	678	905	797	788	10304	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 958	27 532	26 483	26 072	38 314	34 918
Darunter: Investive Ausgaben	24316	27 103	26 077	25 378	37 847	34335
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	- 243	- 261
Ausgaben zusammen	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700	302 200

 $<sup>^1</sup> Inklusive \, 2. \, Nachtrag \, 2012; \, Stand: \, Kabinettbeschluß \, vom \, 26. \, September \, 2012$ 

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	73 020	58 853	24 936	19 926	13 992
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 300	13 083	3 693	1 535	7 854
2	Auswärtige Angelegenheiten	18 049	4877	541	180	4156
3	Verteidigung	32 832	32 638	15 329	16 276	1 033
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4512	4039	2 470	1 235	334
5	Rechtsschutz	445	414	289	98	26
6	Finanzverwaltung	3 883	3 803	2 614	601	588
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 841	15 577	507	945	14 125
13	Hochschulen	4 793	3 879	11	10	3 858
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	2 676	2 672	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	262	193	10	67	116
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 3 1 4	485	862	6 967
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	650	519	1	5	513
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 345	144 818	188	397	144 233
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 669	99 669	52	-	99 617
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	6721	6 720	-	6	6 714
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 439	2 041	-	29	2 013
25	Arbeitsmarktpolitik	31 625	31 507	1	79	31 427
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	342	339	-	24	315
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4 5 4 9	4 5 4 2	136	260	4 146
3	Gesundheit und Sport	1 741	1 012	341	347	323
31	Gesundheitswesen	540	473	201	213	60
32	Sport und Erholung	129	113	-	3	109
33	Umwelt- und Naturschutz	428	259	86	72	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	645	167	54	59	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 447	840	-	11	829
41	Wohnungswesen und Wohnungsbauprämie	1 847	830	-	2	829
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	973	558	13	214	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	946	534	-	205	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	161	161	-	103	58
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	786	374	-	102	271
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	27	24	13	8	2

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	1 027	2 832	10 308	14 167	14 139
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	216	2	-	217	217
2	Auswärtige Angelegenheiten	123	2 740	10308	13 172	13 171
3	Verteidigung	135	59	-	194	167
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	442	31	_	473	473
5	Rechtsschutz	31	-	_	31	31
6	Finanzverwaltung	80	0	_	80	80
	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle					
1	Angelegenheiten	135	3 128	-	3 264	3 264
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schüler, Studierende und Weiterbildungsteilnehmer	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 012	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	131	-	131	131
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	521	1	527	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	396	1	398	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit und Sport	538	192	-	730	730
31	Gesundheitswesen	58	8	-	66	66
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 603	4	1 607	1 607
41	Wohnungswesen und Wohnungsbauprämie		1 012	4	1016	1 016
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	3	1	-	3	3

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 845	2 516	66	461	1 989
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 627	1 595	-	0	1 595
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	355	307	-	35	272
65	Handel und Tourismus	407	404	-	349	55
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 708	108	-	42	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	588	9	-	8	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	79	78	66	11	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 896	4 054	1 003	1 982	1 069
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 749	868	542	286	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 474	78	-	5	73
75	Luftfahrt	204	204	52	23	128
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 273	1811	409	721	681
8	Finanzwirtschaft	39 092	39 314	1 568	383	5 698
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 698	5 698	-	-	5 698
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-
83	Schulden	31 673	31 673	-	7	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-
88	Globalposten	739	1 000	1 000	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	376	376	-	376	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	302 200	267 543	28 623	24 666	182 588

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2013

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	758	1 570	2 329	2 287
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	32	-	32	32
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 570	1 600	1 600
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	579	-	579	579
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 906	5 910	25	11 841	11 841
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4371	25	4396	4396
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	331	130	-	462	462
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 8	-	-	-	-	-
Summe a	ller Hauptfunktionen	7 615	15 395	11 908	34 918	34 335

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

,									
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
				ist-Eig	ebnisse				
I. Gesamtübersicht	14.16	42.1	00.2	110.2	121 5	1044	227.6	244.4	250.0
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0	3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7	-1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	242	21.5	10.0	10.1	0.0	144	15.7	15.
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
öffentl. Gesamthaushalts³	Madic	7.2	12.1	16.1	17.1	20.1	24.0	20.1	22.0
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7	6,2
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten	9/	E4.0	40.2	40.2	47.2	0.0	44.0	42 E	42,
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9	1489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
ocgenstand der Nachweisung			ls	t-Ergebnisse				Soll <sup>4</sup>	RegEntv
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,5	302
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	5,5	- 3
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,0	283
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	0,5	1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 32,5	- 19
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	-32,1	- 18
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€			_					
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€			_					
II. Finanzwirtschaftliche									
ii. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,5	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	2,3	(
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	g
Anteil a. d. Personalausgaben des	04	140	140	15.0	1.4.4	142	12.1	12.1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	31,8	31
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	-3,0	- (
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10,2	10
Anteil an den Zinsausgaben des	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	42,4	41,6	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>									
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	37,8	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	49,1	- 9
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	12,1	1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,7	40,7	
öffentl. Gesamthaushalts³	Mrd 6	202.0	220.0	220.2	227.0	226.2	249.1	252.2	250
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	1,7	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	80,7	86
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,1	91
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,3	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32,1	- 18
Anteil an den Bundesausgaben	% %	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	10,3	6
Anteil a.d. investiven Ausgaben des									
Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	84,8	54
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 68,8	-2 254,1	- 111,2	- 37,1	- 54,5	- 67,0	- 90,8	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	70	00,0	2 23 1,1	111,2	31,1	5 1,5	01,0	30,0	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 025,4		
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6		

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$  deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Juni 2012; 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $<sup>^4</sup>$  Inklusive 2. Nachtrag 2012, Stand: Kabinettbeschluss vom 26. September 2012.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	772,3
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,8	746,4
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,7	-25,9
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,7
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,4
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,2
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	185,3
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,6
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,7
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,2
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,5
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,7
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,7

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,0
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	-3,3
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,4	29,8
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,2	11,4
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,5	11,4
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,3	7,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Oktober 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^3\,\</sup>mbox{Kernhaushalte};$  bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

 $<sup>^4\,\</sup>rm Kernhaushalte; bis\,2010\,Rechnungsergebnisse; 2011: Kassenergebnisse.$ 

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen							
			davon							
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr		in Mrd. €		in	%					
		Bundesrepublik	Deutschland							
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9					
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0					
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1					
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5					
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2					
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6					
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5					
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4					
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3					
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6					
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8					
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7					
2012 <sup>2</sup>	596,5	298,2	298,4	50,0	50,0					
2013 <sup>2</sup>	618,1	313,5	304,7	50,7	49,3					
2014 <sup>2</sup>	642,1	330,9	311,2	51,5	48,5					
2015 <sup>2</sup>	664,7	346,9	317,7	52,2	47,8					
2016 <sup>2</sup>	687,3	362,9	324,4	52,8	47,2					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik <sup>3</sup>
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,9
1992	22,3	39,6	22,7	39,9
1993	22,4	40,1	22,6	40,3
1994	22,3	40,5	22,5	40,7
1995	21,9	40,5	22,5	41,1
1996	21,8	41,0	21,8	41,0
1997	21,5	41,0	21,3	40,8
1998	22,1	41,3	21,7	40,9
1999	23,3	42,3	22,6	41,6
2000	23,5	42,1	22,8	41,4
2001	21,9	40,2	21,3	39,6
2002	21,5	39,9	20,7	39,1
2003	21,6	40,1	20,6	39,1
2004	21,1	39,2	20,2	38,3
2005	21,4	39,2	20,3	38,2
2006	22,2	39,5	21,1	38,4
2007	23,0	39,5	22,2	38,7
2008	23,1	39,7	22,7	39,2
2009	23,1	40,4	22,1	39,4
2010	22,0	38,9	21,3	38,1
2011	22,7	39,6	22,1	39,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland; 2008 bis 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $<sup>^2\</sup> Ab\ 1970\ in\ der\ Abgrenzung\ des\ Europ\"{a} is chen\ Systems\ Volkswirtschaftlicher\ Gesamtrechnungen\ (ESVG\ 1995).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
Jahr	insgesamt	darunte	er
Jaili	ilisgesailit	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11
1965	37,1	25,4	11
1970	38,5	26,1	12
1975	48,8	31,2	17
1980	46,9	29,6	17
1985	45,2	27,8	17
1990	43,6	27,3	16
1991	46,2	28,2	18
1992	47,1	27,9	19
1993	48,1	28,2	19
1994	48,0	28,0	20
1995 <sup>4</sup>	48,2	27,7	20
1995	54,9	34,3	20
1996	49,1	27,6	21
1997	48,2	27,0	21
1998	48,0	26,9	21
1999	48,2	27,0	21
2000 <sup>5</sup>	47,6	26,4	21
2000	45,1	23,9	21
2001	47,6	26,3	21
2002	47,9	26,2	21
2003	48,5	26,4	22
2004	47,1	25,8	21
2005	46,9	26,0	20
2006	45,3	25,4	19
2007	43,5	24,5	19
2008	44,1	25,0	19
2009	48,2	27,1	2
2010	47,7	27,4	20
2011	45,3	25,7	19

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	schulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte		-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2612	2 682	277
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
			Anteil a	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$ 

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio.€		in	% der Schulde insgesamt	n		in % des BIP	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 011 677	2 025 448					80,6	78,
Bund									
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460	1 279 583		64,0	63,2		51,6	49,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204	1 272 270		63,2	62,8	43,5	50,9	49,
Kassenkredite	-	16 256	7313		0,8	0,4		0,7	0,
Kernhaushalte	-	1 035 647	1 043 401		51,5	51,5		41,5	40,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192	1 036 088		50,8	51,2	41,0	40,9	40,
Kassenkredite		13 454	7313		0,7	0,4		0,5	0,
Extrahaushalte	-	251 813			12,5	0,0		10,1	0,
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	249 012	236 181		12,4	11,7	2,5	10,0	9,
Kassenkredite		2 802	-		0,1	0,0		0,1	0,
im Einzelnen:									
SoFFin	36 540	28 552	17292		1,4	0,9	1,5	1,1	0,
Investitions- und Tilgungsfonds	7493	13 991	21232		0,7	1,0	0,3	0,6	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17302	11 000		0,9	0,5		0,7	0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500	11 000		0,7	0,5	0,7	0,6	0,
Kassenkredite		2 802			0,1			0,1	0,
FMS Wertmanagement		191 968	186 480		9,5	9,2		7,7	7,
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	-	-	177		0,0	0,0		0,0	0,
Länder									
Kern- und Extrahaushalte		600 109	615 399		29,8	30,4		24,0	23,
Wertpapierschulden und Kredite	526357	595 179	611 651		29,6	30,2		23,8	23,
Kassenkredite		4 930	3 748		0,2	0,2		0,2	0,
Kernhaushalte		524 162	532 591		26,1	26,3		21,0	20,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 327	529 371		25,8	26,1	21,0	20,8	20,
Kassenkredite		4835	3 220		0,2	0,2		0,2	0,
Extrahaushalte		75 947	82 808		3,8	4,1		3,0	3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 852	82 280		3,8	4,1	1,2	3,0	3
Kassenkredite		95	528		0,0	0,0		0,0	0,

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
		in Mio. €		in	% der Schulde	en		in % des BIP	
Gemeinden					insgesamt				
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569	129 643		6,1	6,4		5,0	5,
Wertpapierschulden und Kredite	82 787	84363	85 617		4,2	4,2		3,4	3,
Kassenkredite		39 206	44 026		1,9	2,2		1,6	1
Kernhaushalte		115 253	121 095		5,7	6,0		4,6	4
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326	77 280		3,8	3,8	3,2	3,1	3
Kassenkredite		38 927	43 815		1,9	2,2		1,6	1
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602	1675		0,1	0,1		0,1	0
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551	1 626		0,1	0,1	0,1	0,1	0
Kassenkredite		52	49		0,0	0,0		0,0	0
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713	6873		0,3	0,3		0,3	0
Wertpapierschulden und Kredite	6 322	6 486	6711		0,3	0,3	0,3	0,3	C
Kassenkredite		227	162		0,0	0,0		0,0	0
Gesetzliche Sozialversicherung									
Kern- und Extrahaushalte		539	823		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	567	539	765		0,0	0,0		0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Kernhaushalte		506	735		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	531	506	735		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	0					0,0	0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32	88		0,0	0,0		0,0	0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32	30		0,0	0,0	0,0	0,0	0
Kassenkredite		0	58			0,0		0,0	0
Schulden insgesamt (Euro)									
je Einwohner		24 606	24771						
Maastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711	2 088 472				74,4	83,0	80
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 496	2 593						
Einwohner (30.06.)	81 861 862	81750716	81767982						

 $<sup>^{1}</sup> Aufgrund \ methodischer \ \ddot{A}nderungen \ und \ Erweiterung \ des \ Berichtskreises \ nur \ eingeschränkt \ mit \ den \ Vorjahren \ vergleich bar.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Einschließlich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup> Zweck verbände des Staatssektors \, unabhängig \, von \, der \, Art \, des \, Rechnungswesens.$ 

 $<sup>^4</sup>$  Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	crechungen <sup>2</sup>		Abgrenzung de	er Finanzstatisti
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 <sup>4</sup>	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,0	-58,8	-14,2	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-103,6	-107,9	4,3	-4,1	-4,3	0,2	-82,7	-3,3
2011	-19,7	-35,6	15,9	-0,8	-1,4	0,6	-27,2	-1,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2008 bis 2011 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2012.

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-1,0	-5,6	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	1,0	-2,4	-1,3
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,6	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-7,3	-14,0	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,8	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,8	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-3,6	-10,2	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	4,3	-2,5	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	3,1	-2,1	-1,9	-1,7
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,8	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,4	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,3	0,3	-0,3	0,1
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	4,3	-2,5	-2,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-5,0	-11,5	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-1,9	-8,8	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1

 $<sup>^{1}\,\</sup>mbox{F\"ur}$  EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	82,2	80,7
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	100,5	100,8
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	10,4	11,7
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,4	145,0	165,3	160,6	168,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,1	40,2	53,9	61,2	68,5	80,9	87,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5
Irland	68,3	99,5	92,1	82,1	37,5	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	116,1	120,2
Italien	56,9	80,2	94,3	120,9	108,5	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	123,5	121,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	76,5	78,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	20,3	21,6
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	74,8	75,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	70,1	73,0
Österreich	35,3	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	48,5	62,5	71,6	83,1	93,9	107,8	113,9	117,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	49,7	53,5
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	54,7	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	50,5	51,7
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	16,3	17,6	18,5
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	33,4	40,6	42,9	46,5	40,9	42,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	42,6	43,5	44,7
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	38,5	40,4	40,9
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,8	56,3	55,0	53,7
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	30,5	33,3	34,6	34,6
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,6	39,4	38,4	35,6	34,2
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	28,7	34,4	38,1	41,2	43,9	44,9
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	73,0	79,8	81,4	80,6	78,5	78,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,6	85,7	91,2	94,6
EU	-	-	-	69,6	61,9	62,9	62,5	74,8	80,2	83,0	86,2	87,2
Japan	47,7	68,4	63,0	85,1	133,6	174,5	175,2	194,0	197,6	211,4	219,0	221,8
USA	42,6	56,2	64,5	71,9	55,1	68,2	76,5	90,4	99,1	103,5	108,9	111,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land					Steu	ern in % des l	BIP				
Lanu	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond			Ste	uern und Soziala	bgaben in % des	BIP		
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben de	s Staates in :	% des BIP				
20.10	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 <sup>1</sup>			EU-Haushalt 2012 <sup>2</sup>			
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9	
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1	
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4	
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1	
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4	
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

## noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	-215,8
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	- 4,0	646,6	- 287,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9

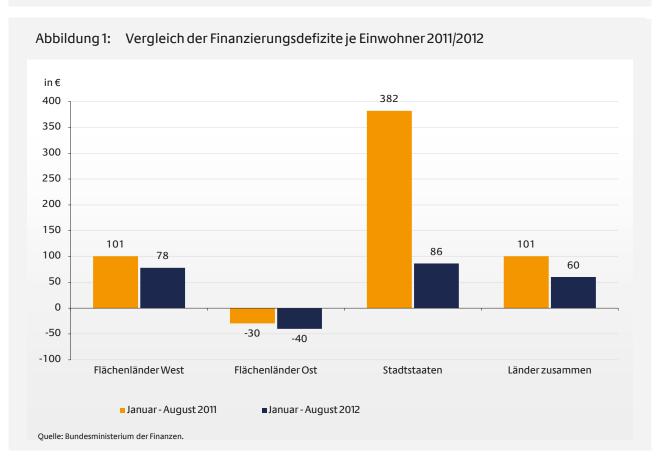
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in Mi	o.€			
Bereinigte Einnahmen	203 585	137 195	51 024	32 542	35 610	24 717	283 992	190 11
darunter:								
Steuereinnahmen	159 417	106212	28 344	19 100	22 538	15 038	210 299	14035
Übrige Einnahmen	44 168	30 982	22 680	13 443	13 072	9 678	73 693	49 76
Bereinigte Ausgaben	216 243	142 131	51 428	32 029	38 152	25 233	299 595	195 05
darunter:								
Personalausgaben	83 990	56 741	12 557	8 294	10974	7 981	107 521	73 01
Lfd. Sachaufwand	14062	8 8 0 8	3 686	2 241	8 296	5 859	26 044	16 90
Zinsausgaben	13 655	9 5 9 8	2 996	1 796	3 9 1 5	2 701	20 565	14 09
Sachinvestitionen	4320	1 952	1 630	754	819	383	6769	3 08
Zahlungen an Verwaltungen	60 575	38 010	18 006	11 604	1132	541	73 485	45 81
Übrige Ausgaben	39 642	27 023	12 553	7 3 4 1	13 017	7 768	65 211	42 13
Finanzierungssaldo	-12 658	-4 937	- 404	513	-2 531	- 517	-15 593	-4 94



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2012

			August 2011			in Mio. €			August 2012	
164			August 2011			Juli 2012			August 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	169 910	182 609	339 823	153 957	166 025	308 083	175 118	190 111	352 03
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	166 393	171 875	338 268	151 850	159 292	311 142	172 764	182 308	355 07
111	Steuereinnahmen	153 323	130 632	283 955	140 815	122 847	263 662	160 108	140 350	300 45
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 848	32 261	34110	1 590	29 699	31 289	2 182	34 207	3638
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 331	1 331	-	1 427	1 427	-	1 487	1 48
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 5 1 7	10734	14251	2 106	6734	8 8 4 0	2 3 5 4	7 803	10 15
121	Veräußerungserlöse	1 040	367	1 406	853	603	1 456	879	1 029	1 90
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	809	88	898	742	380	1 121	755	780	1 53
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	735	7 298	8 033	354	3914	4267	387	4276	4 66
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	206 420	190 831	384 555	184 344	170 626	343 071	204 887	195 051	386 74
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	191 952	172 743	364 695	172 618	157 190	329 808	191 221	177 826	369 04
211	Personalausgaben	19 294	71 132	90 426	16818	64 285	81 103	19 279	73 016	92 29
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 486	20 592	26 078	4943	18 948	23 892	5 647	21 555	27 20
212	Laufender Sachaufwand	12 060	16 527	28 587	11 381	14786	26 166	13 056	16 909	29 96
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	5 874	10 858	16 732	5 989	9 569	15 558	6 903	10 947	17 85
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	29 217	14367	43 583	28 129	12 820	40 949	27 522	14 094	41 61
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 646	38 694	49 340	10 225	36 076	46 301	11 574	40 804	52 37
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	668	668	-	32	32	-	80	8
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8	35 505	35 512	6	33 491	33 496	6	37 870	37 87
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	14 468	18 087	32 556	11 726	13 436	25 162	13 667	17 226	30 89
221	Sachinvestitionen	3 601	3 502	7 104	3 104	2 550	5 654	3 875	3 089	696
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 883	7 081	9 964	2 681	4411	7 092	2879	5 008	7 88
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	14 159	17 401	31 560	11 412	13 101	24513	13 341	16 858	30 20

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2012

						in Mio. €					
			August 2011			Juli 2012			August 2012		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- <b>36 459</b> <sup>2</sup>	-8 222	-44 681	-30 335 <sup>2</sup>	-4 601	-34 936	-29 716 <sup>2</sup>	-4 940	-34 656	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	207919	56 030	263 948	154793	44 271	199 064	173 860	49 571	223 431	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	171 067	60 869	231 936	149 385	56 985	206 370	156 071	63 735	219 805	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	36 851	-4839	32 012	5 408	-12 714	-7 306	17 790	-14 164	3 626	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-19 526	3 284	-16 242	5 438	6511	11 948	-8 422	7 321	-1 101	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16981	16981	-	20 054	20 054	-	18 237	18 237	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	19 527	-2 542	16 985	-5 378	-6781,3	-12159	8 422	-8 666	- 243	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	24 720	29 778 ª	6 167	13 480	4 447	17 767	34 913	8 751	2 187
11	Einnahmen der laufenden Rechung	24 001	28 866	5887	13 067	4 036	16534	33 816	8 480	2 134
111	Steuereinnahmen	18 954	23 359	3 723	10 657	2 393	12 791 4	28 061	6 447	1 535
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 932	3014	1 741	1 644	1 415	2 079	4168	1 517	515
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	103	-	91	13	-	81	32
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	228	-	296	91	- 31	141	63
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	719	911 <sup>a</sup>	280	413	411	1 232	1 098	271	57
121	Veräußerungserlöse	1	0	9	24	4	708	4	37	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	707	-	36	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	490	637	158	328	148	446	649	164	3
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	24 599	28 491 <sup>b</sup>	6 486	14 893	4 358	17 506	38 199	9 950	2 609
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	22 736	25 981 b	5 846	13 788	3 860	16 031	34320	8 778	2 418
211	Personalausgaben	10 783	12 468	1 596	5 3 0 9	1 120	6 5 5 4 <sup>2</sup>	14 246 <sup>2</sup>	3 897	99
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 512	3 705	132	1 761	76	2 124	4 948	1 236	39
212	Laufender Sachaufwand	1 190	2 063 ℃	356	1 153	267	1 138	2 150	674	12
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 082	1 646 °	303	924	231	904	1 607	570	11
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 362	837 <sup>d</sup>	412	1 194	194	1 349	3 114	722	39
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 835	7746	2 383	3 912	1 504	4282	8 539	2 193	38
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	958	2 557	-	1 264	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4 8 4 0	5114	2 033	2 602	1 187	4281	8 334	2 154	37
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 863	2510	640	1 105	498	1 475	3 879	1 171	19
221	Sachinvestitionen	345	840	45	348	149	121	159	45	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	737	859	232	452	209	158	1 124	303	4
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1817	2 445	640	1 077	498	1 475	3 731	1 148	17

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2012

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	122	1 287 <sup>e</sup>	- 319	-1 413	89	261	-3 286	-1 199	- 423
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 553	2 480 <sup>f</sup>	2 345	3 957	631	1 355	10334	4321	815
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 682	3 250 <sup>f</sup>	3 557	4872	592	3 587	12 173	6 222	793
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 129	- 770	-1 211	-915	38	-2 232	-1 839	-1 901	23
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	544	1 305	-	-	-	1 743	64
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 057	5 237	-	1 384	343	2 227	1 441	2	728
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 963	-	-1 019	- 944	616	- 60	- 480	-1 742	366

 $<sup>^1</sup> In\, der\, L\"{a}nder summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}ndern\, im\, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

 $<sup>^2\,\</sup>hbox{Ohne\,September-Bezüge.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 272,8 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 272,7 Mio. €, e -254,5 Mio. €, f 500,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2012

	in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 411	5 927	5 956	5 591	14 515	2 817	7 479	190 11 <sup>-</sup>
11	Einnahmen der laufenden Rechung	9 676	5 692	5 795	5 202	13 864	2 754	7 297	182 30
111	Steuereinnahmen	6326	3 3 7 3	4 408	3 284	7 611	1 500	5 927	140 35
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 973	2 026	1 005	1 708	4819	1 013	639	34 20
1121	darunter: Allgemeine BEZ	208	177	65	114	524	93	- 13	1 48
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	599	375	93	366	2 180	393	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	735	234	161	389	651	63	182	7 80
121	Veräußerungserlöse	0	3	8	40	128	1	57	1 02
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	29	3	-	1	78
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	453	153	90	172	208	44	107	427
_	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>	9 363	6 235	6 242	5 588	14 498	3 043	7 787	195 05
2	für das laufende Haushaltsjahr	9 303	6 233	0 242	3 366	14 436	3 043	1 101	193 03
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 223	5 700	5 902	5 102	13 861	2 837	7 237	177 82
211	Personalausgaben	2 490	1 569	2 495	1 519	4700	945	2 3 3 7	73 01
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	142	126	897	103	1 235	320	846	21 55
212	Laufender Sachaufwand	582	632	313	406	3 368	504	1 987	1690
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	441	201	264	233	1 475	233	717	10 94
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	233	482	626	476	1 680	438	583	14 09
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 179	1 802	1 667	1 699	190	112	175	40 80
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	94	8
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 428	1 483	1 597	1 426	6	6	9	37 87
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 140	535	340	486	636	206	550	17 22
221	Sachinvestitionen	345	96	66	119	110	30	243	3 08
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	282	182	139	132	63	67	30	5 00
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 140	535	339	485	603	199	548	1685

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2012

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 048	- 308	- 286	3	18	- 227	- 308	-4 940
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 248	1 747	1 359	5916	5 476	1 035	49 571
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	429	2 524	2 293	1 527	6 684	6 639	1913	63 735
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 429	724	- 546	-168	- 768	-1 163	-878	-14 164
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 983	-	81	317	818	467	7 321
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 786	47	-	-	438	477	2 072	18 237
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 067	- 795	6	- 309	- 843	570	-8 666

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne September-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,3 Mio. €, b 272,8 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 272,7 Mio. €, e -254,5 Mio. €, f 500,0 Mio. €.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,6	53,2	2,9	6,8	+4,2	+3,6	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,6	18,1
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,3	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,2	+0,2	+0,5	18,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4</sup>$  Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p. a	a.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,2	+0,0	+0,4	+6,2
2010	+5,1	+0,9	-2,1	+1,7	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+3,9	+0,8	-2,2	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,3	+1,1	-0,3	+1,3	+1,4	+1,7	+1,4

 $<sup>^{1}</sup> Einschließlich \, privater \, Organisationen \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,5	-14,1	116,9	143,2	42,4	37,5	4,9	6,0
2010	+16,6	+16,3	138,9	153,4	47,0	41,4	5,6	6,1
2011	+10,9	+13,0	131,7	144,9	50,2	45,1	5,1	5,6
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,3	+4,8	140,6	154,1	46,7	41,0	5,7	6,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

 $\label{thm:quellen:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>	
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>			
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	a.	in	1%	Veränderur	ng in % p. a.	
1991			•	70,8	70,8	•		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,2	-0,4	
2009	-4,1	-12,4	+0,3	68,1	69,5	+0,0	+0,5	
2010	+5,9	+12,0	+3,0	66,2	67,6	+2,4	+1,7	
2011	+3,4	+1,3	+4,5	66,9	68,3	+3,4	+0,5	
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6	
2011/06	+1,9	+0,1	+2,8	65,6	67,0	+1,9	+0,4	

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 17. Oktober 2012

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union (EU) verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Budgetsensitivität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434) sowie der im Juni 2012 durch den Wirtschaftspolitischen Ausschuss notifizierten Aktualisierung des für Abgaben- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte
Bevölkerungsvorausberechnung des
Statistischen Bundesamtes zugrunde
gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen
für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und
Partizipationsraten werden – im Rahmen
von Trendfortschreibungen – um drei Jahre
über den Zeitraum der mittelfristigen
Finanzplanung hinaus verlängert, um dem
Randwertproblem bei Glättungen mit dem
HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Im Vergleich zur Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012 haben sich maßgebliche Änderungen der Methodik zur Potenzialschätzung ergeben. Beispielsweise wurden die Annahmen zur Nettomigration im Projektionszeitraum (2012 bis 2017) nach oben angepasst, um die höhere Migration nach Deutschland am aktuellen Rand zu berücksichtigen. Zudem umfasst die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nun die 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie bisher die 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission wird diese neue Definition ab dem Frühjahr 2013 verwenden. Die Bundesregierung hat diese methodische Anpassung im Verbund mit der Anpassung der Migrationsannahmen zur Herbstprojektion 2012 umgesetzt.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und
Hintergrundinformationen sind im
Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die
Ermittlung der Konjunkturkomponente
des Bundes im Rahmen der neuen
Schuldenregel" zu finden (http://www.
bundesfinanzministerium.de/Content/
DE/Monatsberichte/Standardartikel\_
Migration/2011/02/analysen-und-berichte/
b03-konjunkturkomponente-des-bundes/
Konjunkturkomponente-des-Bundes.html).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)		Budgetsensitivitat	in Mrd. € (nominal)
2013	2 745,9	2 729,7	-16,2	0,190	-3,1
2014	2 822,8	2 809,8	-13,0	0,190	-2,5
2015	2 900,3	2 892,2	-8,0	0,190	-1,5
2016	2 980,1	2 977,1	-3,0	0,190	-0,6
2017	3 064,5	3 064,5	0,0	0,190	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisb	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,8		835,4		32,0	2,3	19,3	2,3
1981	1 414,6	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,4	0,6
1982	1 443,3	+2,0	949,3	+6,7	-25,7	-1,8	-16,9	-1,8
1983	1 472,2	+2,0	995,5	+4,9	-32,3	-2,2	-21,9	-2,2
1984	1 502,4	+2,1	1 036,1	+4,1	-21,9	-1,5	-15,1	-1,5
1985	1 533,6	+2,1	1 080,1	+4,2	-18,6	-1,2	-13,1	-1,2
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2
1987	1 605,0	+2,3	1 179,2	+3,6	-33,6	-2,1	-24,7	-2,1
1988	1 644,9	+2,5	1 228,9	+4,2	-15,2	-0,9	-11,4	-0,9
1989	1 690,4	+2,8	1 299,3	+5,7	2,7	0,2	2,1	0,2
1990	1 740,5	+3,0	1 383,2	+6,5	41,6	2,4	33,1	2,4
1991	1 793,7	+3,1	1 469,5	+6,2	79,5	4,4	65,1	4,4
1992	1 847,9	+3,0	1 595,7	+8,6	61,1	3,3	52,7	3,3
1993	1 896,4	+2,6	1 702,8	+6,7	-6,6	-0,3	-5,9	-0,3
1994	1 936,3	+2,1	1 782,0	+4,6	0,2	0,0	0,2	0,0
1995	1 971,1	+1,8	1 850,5	+3,8	-2,1	-0,1	-2,0	-0,1
1996	2 002,8	+1,6	1 892,2	+2,3	-18,2	-0,9	-17,2	-0,9
1997	2 032,7	+1,5	1 925,5	+1,8	-13,6	-0,7	-12,9	-0,7
1998	2 062,6	+1,5	1 965,3	+2,1	-5,9	-0,3	-5,6	-0,3
1999	2 094,7	+1,6	1 999,7	+1,8	0,5	0,0	0,5	0,0
2000	2 128,2	+1,6	2 018,1	+0,9	31,0	1,5	29,4	1,5
2001	2 161,3	+1,6	2 072,5	+2,7	30,7	1,4	29,4	1,4
2002	2 192,5	+1,4	2 132,5	+2,9	-0,4	0,0	-0,3	0,0
2003	2 221,1	+1,3	2 184,1	+2,4	-37,2	-1,7	-36,6	-1,7
2004	2 249,1	+1,3	2 235,3	+2,3	-39,9	-1,8	-39,6	-1,8
2005	2 276,6	+1,2	2 276,6	+1,8	-52,2	-2,3	-52,2	-2,3
2006	2 305,7	+1,3	2 312,9	+1,6	1,0	0,0	1,0	0,0
2007	2 335,0	+1,3	2 380,4	+2,9	47,2	2,0	48,1	2,0
2008	2 362,6	+1,2	2 427,2	+2,0	45,4	1,9	46,6	1,9
2009	2 383,8	+0,9	2 477,7	+2,1	-99,3	-4,2	-103,2	-4,2
2010	2 408,1	+1,0	2 526,3	+2,0	-28,6	-1,2	-30,1	-1,2
2011	2 443,3	+1,5	2 583,9	+2,3	8,2	0,3	8,7	0,3
2012	2 476,3	+1,3	2 659,2	+2,9	-4,2	-0,2	-4,5	-0,2
2013	2 511,0	+1,4	2 745,9	+3,3	-14,8	-0,6	-16,2	-0,6
2014	2 542,3	+1,2	2 822,8	+2,8	-11,7	-0,5	-13,0	-0,5
2015	2 572,5	+1,2	2 900,3	+2,7	-7,1	-0,3	-8,0	-0,3
2016	2 603,3	+1,2	2 980,1	+2,8	-2,6	-0,1	-3,0	-0,1
2017	2 636,4	+1,3	3 064,5	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,7	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,5	0,5	0,6	0,4
2012	+1,3	0,5	0,5	0,4
2013	+1,4	0,5	0,5	0,4
2014	+1,2	0,6	0,3	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4

 $<sup>^1</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en Potenzial wachstums \, von \, der Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1960	689,7		166,7			
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8		
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1		
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9		
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9		
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7		
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7		
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8		
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8		
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1		
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8		
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0		
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0		
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4		
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2		
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8		
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4		
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6		
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7		
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6		
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9		
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9		
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7		
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4		
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0		
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5		
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt <sup>1</sup>	nom	inal
	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0
2010	2 379,4	+4,2	2 496,2	+5,1
2011	2 451,5	+3,0	2 592,6	+3,9
2012	2 472,1	+0,8	2 654,7	+2,4
2013	2 496,2	+1,0	2 729,7	+2,8
2014	2 530,5	+1,4	2 809,8	+2,9
2015	2 565,4	+1,4	2 892,2	+2,9
2016	2 600,6	+1,4	2 977,1	+2,9
2017	2 636,4	+1,4	3 064,5	+2,9

 $<sup>^{1}</sup>$  Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
1960	54 632			59,9	32 275	
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4
962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 370	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,7	68,7	40 603	+0,6
2011	63 398	+0,0	69,0	68,9	41 164	+1,4
2012	63 225	-0,3	69,4	69,4	41 544	+0,9
2013	63 022	-0,3	69,7	69,8	41 624	+0,2
2014	62 733	-0,5	70,1	70,1	41 655	+0,1
2015	62 385	-0,6	70,5	70,5	41 687	+0,1
2016	62 033	-0,6	70,8	70,9	41 718	+0,1
2017	61 761	-0,4	71,1	71,2	41 750	+0,1
2018	61 548	-0,3	71,4	71,4		
2019	61 324	-0,4	71,7	71,7		
2020	61 206	-0,2	72,0	71,9		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	szeit je Erwerbs	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer	
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,
968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,
969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,
972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,
973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,
974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,
975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 3 1 9	-2,3	3,1	1,
976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,
977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,
981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,
982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,
983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,
988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,
989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,
990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,
991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,
992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,
993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,
996	1 516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,
998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34189	+1,1	8,9	8,
999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAIRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in%ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAIRO-
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,4
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,5
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 416	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 406	-0,3	1 383	-2,7	35 900	+0,1	7,4	7,3
2010	1 403	-0,2	1 407	+1,7	36 110	+0,6	6,8	6,9
2011	1 402	-0,1	1 406	-0,0	36 625	+1,4	5,7	6,4
2012	1 402	-0,0	1 402	-0,3	36989	+1,0	5,3	5,9
2013	1 403	+0,1	1 399	-0,1	37 074	+0,2	5,3	5,4
2014	1 406	+0,2	1 404	+0,3	37 102	+0,1	5,3	5,2
2015	1 409	+0,2	1 409	+0,3	37 130	+0,1	5,2	5,1
2016	1 412	+0,2	1 414	+0,3	37 158	+0,1	5,1	5,0
2017	1 415	+0,2	1 419	+0,3	37 186	+0,1	5,1	5,0
2018	1 418	+0,2	1 419	+0,0				
2019	1 420	+0,2	1 420	+0,0				
2020	1 422	+0,1	1 420	+0,0				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}\,{\rm NAIRU}$  - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 3 1 5, 5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
 1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	390,3	-11,6	2,0
2010	12 113,7	+1,1	413,3	+5,9	2,4
2011	12 253,1	+1,2	438,8	+6,2	2,5
2012	12 392,5	+1,1	432,2	-1,5	2,4
2013	12 525,1	+1,1	442,0	+2,3	2,5
2014	12 656,2	+1,0	453,9	+2,7	2,6
2015	12 794,9	+1,1	466,1	+2,7	2,6
2016	12 942,2	+1,2	478,6	+2,7	2,6
2017	13 098,3	+1,2	491,5	+2,7	2,6

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4394
1981	-7,4270	-7,4293
1982	-7,4314	-7,4190
1983	-7,4141	-7,4075
1984	-7,3961	-7,3951
1985	-7,3814	-7,3818
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3363
1989	-7,3180	-7,3189
1990	-7,2866	-7,3010
1991	-7,2573	-7,2834
1992	-7,2459	-7,2672
1993	-7,2510	-7,2530
1994	-7,2351	-7,2403
 1995	-7,2238	-7,2292
1996	-7,2171	-7,2192
1997	-7,2052	-7,2098
1998	-7,2001	-7,2006
1999	-7,1966	-7,1913
2000	-7,1770	-7,1816
2001	-7,1639	-7,1719
2002	-7,1615	-7,1628
2003	-7,1628	-7,1546
2004	-7,1585	-7,1468
2005	-7,1532	-7,1394
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1256
2008	-7,1081	-7,1201
2009	-7,1476	-7,1159
2010	-7,1254	-7,1113
2011	-7,1084	-7,1068
2012	-7,1078	-7,1021
2013	-7,1021	-7,0970
2014	-7,0948	-7,0914
2015	-7,0877	-7,0854
2016	-7,0808	-7,0790
2017	-7,0741	-7,0722

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
 1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996 1997	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7		91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6 +0,2	91,7	+0,5 +0,4	1 047,2	+2,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Bruti	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmere	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	104,9	+0,9	106,3	+2,0	1 269,3	+3,0
2011	105,8	+0,8	108,5	+2,1	1 326,3	+4,5
2012	107,4	+1,5	110,3	+1,7	1 373,1	+3,5
2013	109,4	+1,8	112,4	+1,8	1 408,1	+2,6
2014	111,0	+1,5	114,3	+1,7	1 443,9	+2,5
2015	112,7	+1,5	116,2	+1,7	1 480,7	+2,5
2016	114,5	+1,5	118,2	+1,7	1 518,5	+2,6
2017	116,2	+1,5	120,1	+1,7	1 557,5	+2,6

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	-2,7	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,8	-4,9	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+0,3	-8,4	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,3	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-0,8	-5,8	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,0	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,3	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-1,0	-5,5	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,6	10,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,7	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	19,7	19,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4	25,1
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,8	9,8	9,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,2	5,9
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,5	6,6	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,7	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,5	15,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,5	13,2	12,7
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	9,1	9,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,9	7,7
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,7	9,2	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	11,2	12,0	11,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	14,8	13,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,4	13,8	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,7	9,8	9,6
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	7,4	7,2	7,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,5	7,7	7,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,7	7,2	7,2
Ungarn	-	-	9,8	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	10,9	10,6	9,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	8,0	8,5	8,4
EU	9,4	7,3	10,7	8,8	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	10,3	10,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	8,2	8,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reale	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	enüber Vorjahr in %				in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 <sup>1</sup>	2010	2011	2012 <sup>1</sup>	2013 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,0	+4,1	+7,2	+10,1	+6,8	+7,7	3,6	4,6	4,2	2,9
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+3,7	+3,8	+6,9	+8,4	+5,1	+6,6	4,7	5,3	5,2	3,8
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+2,0	+7,4	-2,2	-5,5	-5,6	-6,6
Asien	+9,5	+7,8	+6,7	+7,2	+5,7	+6,5	+5,0	+4,9	2,4	1,6	0,9	1,
darunter												
China	+10,4	+9,2	+7,8	+8,2	+3,3	+5,4	+3,0	+3,0	4,0	2,8	2,3	2,
Indien	+10,1	+6,8	+4,9	+6,0	+12,0	+8,9	+10,2	+9,6	-3,2	-3,4	-3,8	-3,
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,0	+6,3	+5,1	+5,4	+4,4	+5,1	0,7	0,2	-2,1	-2,
Korea	+6,3	+3,6	+2,7	+3,6	+2,9	+4,0	+2,2	+2,7	2,9	2,4	1,9	1,
Thailand	+7,8	+0,1	+5,6	+6,0	+3,3	+3,8	+3,2	+3,3	4,1	3,4	-0,2	0,
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,2	+3,9	+6,0	+6,6	+6,0	+5,9	-1,2	-1,3	-1,7	-1,9
darunter												
Argentinien	+9,2	+8,9	+2,6	+3,1	+10,5	+9,8	+9,9	+9,7	0,7	-0,1	0,3	-0,
Brasilien	+7,5	+2,7	+1,5	+4,0	+5,0	+6,6	+5,2	+4,9	-2,2	-2,1	-2,6	-2,8
Chile	+6,1	+5,9	+5,0	+4,4	+1,4	+3,3	+3,1	+3,0	1,5	-1,3	-3,2	-3,0
Mexiko	+5,6	+3,9	+3,8	+3,5	+4,2	+3,4	+4,0	+3,5	-0,4	-1,0	-0,9	-1,
Sonstige												
Türkei	+9,2	+8,5	+3,0	+3,5	+8,6	+6,5	+8,7	+6,5	-6,4	-10,0	-7,5	-7,
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,6	+3,0	+4,3	+5,0	+5,6	+5,2	-2,8	-3,3	-5,5	-5,

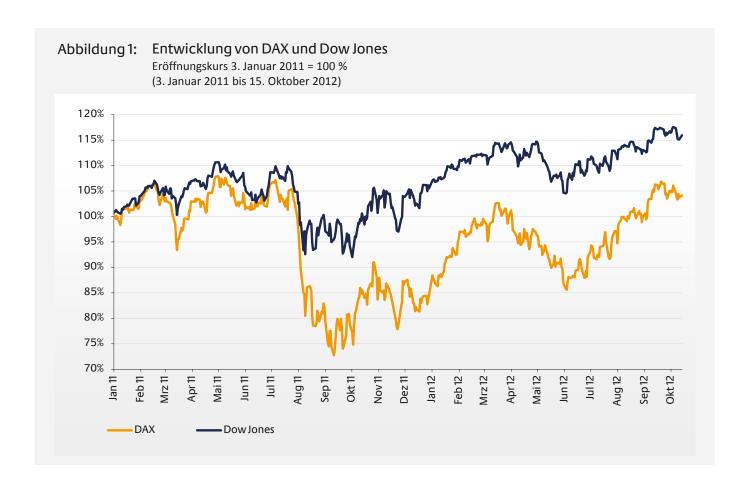
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2012.

# 

	••	
T       47		
	I IDARSICHT WAITTINGNO	marvta
Tabelle II.	Übersicht Weltfinanz	lliainte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.10.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	13 424	12 218	+9,9	10 655	13 597
Euro Stoxx 50	2 485	2317	+7,3	1 995	3 068
Dax	7 261	5 8 9 8	+23,1	5 072	7 528
CAC 40	3 420	3 160	+8,2	2 782	4 157
Nikkei	8 578	8 455	+1,4	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15.10.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,67	1,89	-	1,39	3,78
Deutschland	1,47	1,83	-0,2	1,14	3,49
Japan	0,76	0,99	-0,9	0,73	1,36
Vereinigtes Königreich	1,74	1,95	+0,1	1,42	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.10.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
US-Dollar/Euro	1,30	1,29	+0,2	1,21	1,49
Yen/US-Dollar	78,70	76,86	+2,4	75,79	85,39
Yen/Euro	102,10	100,20	+1,9	94,63	122,80
Pfund/Euro	0,81	0,84	-3,3	0,78	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP (real)				Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8	7,1	5,9	5,5	5,3
OECD	+3,6	+3,1	+1,2	+2,0	+1,2	+2,5	+2,3	+2,0	6,8	5,7	5,4	5,2
IWF	+4,0	+3,1	+0,9	+0,9	+1,2	+2,5	+2,2	+1,9	7,1	6,0	5,2	5,3
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0	9,6	9,0	8,2	8,0
OECD	+3,0	+1,7	+2,4	+2,6	+1,6	+3,1	+2,3	+1,9	9,6	8,9	8,1	7,6
IWF	+2,4	+1,8	+2,2	+2,1	+1,6	+3,1	+2,0	+1,8	9,6	9,0	8,2	8,1
Japan												
EU-KOM	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,5	-0,7	+2,0	+1,5	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,5	-0,8	+2,2	+1,2	-0,7	-0,3	+0,0	-0,2	5,0	4,6	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9	9,8	9,7	10,2	10,3
OECD	+1,6	+1,7	+0,6	+1,2	+1,7	+2,3	+2,4	+1,8	9,4	9,3	9,8	10,0
IWF	+1,7	+1,7	+0,1	+0,4	+1,5	+2,1	+1,9	+1,0	9,7	9,6	10,1	10,5
Italien												
EU-KOM	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3	8,4	8,4	9,5	9,7
OECD	+1,8	+0,5	-1,7	-0,4	+1,6	+2,9	+3,3	+2,3	8,4	8,4	9,4	9,9
IWF	+1,8	+0,4	-2,3	-0,7	+1,6	+2,9	+3,0	+1,8	8,4	8,4	10,6	11,1
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0	7,8	8,0	8,5	8,4
OECD	+2,1	+0,7	+0,5	+1,9	+3,3	+4,5	+2,6	+1,9	7,9	8,1	8,6	9,0
IWF	+1,8	+0,8	-0,4	+1,1	+3,3	+4,5	+2,7	+1,9	7,9	8,0	8,1	8,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,5	+2,2	+2,6	+1,8	+2,9	+2,3	+2,2	8,0	7,5	6,9	6,6
IWF	+3,2	+2,4	+1,9	+2,0	+1,8	+2,9	+1,8	+2,0	8,0	7,5	7,3	7,3
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8	10,1	10,2	11,0	11,0
OECD	+1,9	+1,5	-0,1	+0,9	+1,6	+2,7	+2,4	+1,9	9,9	10,0	10,8	11,1
IWF	+2,0	+1,4	-0,4	+0,2	+1,6	+2,7	+2,3	+1,6	10,1	10,2	11,2	11,5
EZB	+1,7	+1,5	-0,4	+0,5	+1,6	+2,7	+2,5	+1,9	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9	9,7	9,7	10,3	10,3
IWF	+2,1	+1,6	-0,2	+0,5	+2,0	+3,1	+2,5	+1,8	_	-	_	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum); September 2012 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum, Korrektur für 2012 und 2013).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		RIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslosenquote			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
EU-KOM	<b>⊥</b> 2 2	+1,9	+0,0	+1,2	<b>±22</b>	T3 E	±2 0	⊥1 0	8,3	7.2	7,6	7,9	
	+2,3				+2,3	+3,5	+2,9	+1,8		7,2			
OECD	+2,2	+2,0	+0,4	+1,3	+2,3	+3,5	+2,9	+1,9	8,3	7,2	7,5	7,8	
IWF	+2,4	+1,8	+0,0	+0,3	+2,3	+3,5	+2,8	+1,9	8,3	7,2	7,4	7,9	
Estland		17.6	.1.6	12.0		. = 4		12.4	16.0	12.5	11.0	10.5	
EU-KOM	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4	16,9	12,5	11,6	10,5	
OECD	+2,3	+7,6	+2,2	+3,6	+2,7	+5,1	+3,9	+3,0	16,8	12,5	11,4	10,4	
IWF	+2,3	+7,6	+2,4	+3,5	+2,9	+5,1	+4,4	+3,2	17,3	12,5	10,1	9,1	
Finnland													
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	8,4	7,8	7,9	7,7	
OECD	+3,7	+2,9	+0,9	+2,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	8,4	7,8	7,9	7,8	
IWF	+3,3	+2,7	+0,2	+1,3	+1,7	+3,3	+2,9	+2,3	8,4	7,8	7,6	7,8	
Griechenland													
EU-KOM	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,6	17,7	19,7	19,6	
OECD	-3,5	-6,9	-5,3	-1,3	+4,7	+3,1	+0,8	-0,5	12,5	17,6	21,2	21,6	
IWF	-3,5	-6,9	-6,0	-4,0	+4,7	+3,3	+0,9	-1,1	12,5	17,3	23,8	25,4	
Irland													
EU-KOM	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6	
OECD	-0,4	+0,7	+0,6	+2,1	-1,6	+1,2	+2,0	+1,2	13,6	14,5	14,5	14,4	
IWF	-0,8	+1,4	+0,4	+1,4	-1,6	+1,2	+1,4	+1,0	13,6	14,4	14,8	14,4	
Luxemburg													
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0	4,6	4,8	5,2	5,9	
OECD	+2,7	+1,6	+0,6	+2,2	+2,8	+3,7	+3,1	+2,3	5,8	5,7	6,3	6,6	
IWF	+2,7	+1,6	+0,2	+0,7	+2,8	+3,7	+2,5	+2,3	6,2	5,7	6,2	6,1	
Malta													
EU-KOM	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2	6,9	6,5	6,6	6,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+2,5	+2,1	+1,2	+2,0	+2,0	+2,5	+3,5	+2,2	7,0	6,5	6,0	5,8	
Niederlande													
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8	4,5	4,4	5,7	6,2	
OECD	+1,6	+1,3	-0,6	+0,7	+0,9	+2,5	+2,4	+1,5	4,4	4,4	5,3	5,7	
IWF	+1,6	+1,1	-0,5	+0,4	+0,9	+2,5	+2,2	+1,8	4,5	4,4	5,2	5,7	
Österreich													
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0	4,4	4,2	4,3	4,2	
OECD	+2,5	+3,0	+0,8	+1,6	+1,7	+3,6	+2,3	+1,8	4,4	4,1	4,6	4,8	
IWF	+2,1	+2,7	+0,9	+1,1	+1,7	+3,6	+2,3	+1,9	4,4	4,2	4,3	4,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)					Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1	12,0	12,9	15,5	15,1	
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	-0,9	+1,4	+3,6	+3,1	+0,7	10,8	12,8	15,4	16,2	
IWF	+1,4	-1,7	-3,0	-1,0	+1,4	+3,6	+2,8	+0,7	10,8	12,7	15,5	16,0	
Slowakei													
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9	14,4	13,5	13,2	12,7	
OECD	+4,2	+3,3	+2,6	+3,0	+0,7	+4,1	+3,2	+2,3	14,4	13,5	14,0	13,5	
IWF	+4,2	+3,3	+2,6	+2,8	+0,7	+4,1	+3,6	+2,3	14,4	13,5	13,7	13,5	
Slowenien													
EU-KOM	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7	7,3	8,2	9,1	9,4	
OECD	+1,4	-0,2	-2,0	-0,4	+2,1	+2,1	+2,4	+1,4	7,2	8,2	8,8	9,2	
IWF	+1,2	+0,6	-2,2	-0,4	+1,8	+1,8	+2,2	+1,5	7,3	8,2	8,8	9,0	
Spanien													
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1	20,1	21,7	24,4	25,1	
OECD	-0,1	+0,7	-1,6	-0,8	+2,0	+3,1	+1,6	+2,1	20,1	21,6	24,5	25,3	
IWF	-0,3	+0,4	-1,5	-1,3	+2,0	+3,1	+2,4	+2,4	20,1	21,7	24,9	25,1	
Zypern													
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5	6,2	7,8	9,8	9,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,1	+0,5	-2,3	-1,0	+2,6	+3,5	+3,1	+2,2	6,2	7,8	11,7	12,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real) Verbraucherpreise							Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7	10,2	11,2	12,0	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,4	+1,7	+1,0	+1,5	+3,0	+3,4	+1,9	+2,3	10,3	11,3	11,5	11,0
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5	7,5	7,6	7,7	7,6
OECD	+1,3	+1,0	+0,8	+1,4	+2,3	+2,8	+2,7	+1,9	7,3	7,4	7,6	7,5
IWF	+1,3	+0,8	+0,5	+1,2	+2,3	+2,8	+2,6	+2,0	7,5	6,1	5,6	5,3
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1	18,7	16,1	14,8	13,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+5,5	+4,5	+3,5	-1,2	+4,2	+2,4	+2,2	18,7	16,2	15,3	13,9
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9	17,8	15,4	13,8	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,4	+5,9	+2,7	+3,0	+1,2	+4,1	+3,2	+2,4	17,8	15,4	13,5	12,5
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9	9,6	9,7	9,8	9,6
OECD	+3,9	+4,4	+2,9	+2,9	+2,6	+4,2	+3,9	+2,8	9,6	9,6	10,3	10,6
IWF	+3,9	+4,3	+2,4	+2,1	+2,5	+4,3	+3,9	+2,7	9,6	9,6	10,0	10,2
Rumänien												
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4	7,3	7,4	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,6	+2,5	+0,9	+2,5	+6,1	+5,8	+2,9	+3,2	7,3	7,4	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5	8,4	7,5	7,7	7,7
OECD	+5,8	+4,0	+0,6	+2,8	+1,2	+3,0	+1,4	+1,7	8,4	7,5	7,6	7,6
IWF	+5,9	+4,0	+1,2	+2,2	+1,2	+3,0	+1,4	+2,0	8,4	7,5	7,5	7,7
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2	7,3	6,7	7,2	7,2
OECD	+2,6	+1,7	-0,5	+1,7	+1,5	+1,9	+3,9	+2,1	7,3	6,7	7,0	6,9
IWF	+2,7	+1,7	-1,0	+0,8	+1,5	+1,9	+3,4	+2,1	7,3	6,7	7,0	8,0
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9	11,2	10,9	10,6	9,6
OECD	+1,2	+1,7	-1,5	+1,1	+4,9	+3,9	+5,7	+3,6	11,2	11,0	12,0	12,2
IWF	+1,3	+1,7	-1,0	+0,8	+4,9	+3,9	+5,6	+3,5	11,2	11,0	11,0	10,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	saldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	83,0	81,2	82,2	80,7	5,8	5,3	4,7	4,5
OECD	-4,3	-1,0	-0,9	-0,6	83,2	81,4	82,7	82,0	6,0	5,7	5,4	5,5
IWF	-4,1	-0,8	-0,4	-0,4	82,4	80,6	83,0	81,5	6,0	5,7	5,4	4,7
USA												
EU-KOM	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	99,1	103,5	108,9	111,8	-3,3	-3,2	-3,1	-3,0
OECD	-10,7	-9,7	-8,3	-6,5	98,3	102,7	108,6	111,2	-3,2	-3,1	-3,7	-4,3
IWF	-11,2	-10,1	-8,7	-7,3	98,6	102,9	107,2	111,7	-3,0	-3,1	-3,1	-3,1
Japan												
EU-KOM	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	197,6	211,4	219,0	221,8	3,6	2,0	1,7	1,6
OECD	-8,4	-9,5	-9,9	-10,1	192,7	205,5	214,1	222,6	3,6	2,1	1,6	1,9
IWF	-9,4	-9,8	-10,0	-9,1	215,3	229,6	236,6	245,0	3,7	2,0	1,6	2,3
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	82,3	85,8	90,5	92,5	-2,2	-2,7	-2,4	-2,1
OECD	-7,1	-5,2	-4,5	-3,0	82,7	86,2	91,6	93,5	-1,8	-2,1	-1,9	-1,7
IWF	-7,1	-5,2	-4,7	-3,5	82,3	86,0	90,0	92,1	-1,6	-1,9	-1,7	-1,7
Italien												
EU-KOM	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	118,6	120,1	123,5	121,8	-3,5	-3,1	-2,2	-1,3
OECD	-4,5	-3,8	-1,7	-0,6	118,7	120,0	123,1	122,5	-3,5	-3,1	-2,2	-1,7
IWF	-4,5	-3,8	-2,7	-1,8	118,6	120,1	126,3	127,8	-3,6	-3,3	-1,5	-1,4
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	79,6	85,7	91,2	94,6	-3,3	-1,9	-1,7	-1,0
OECD	-10,3	-8,4	-7,7	-6,6	75,7	82,9	89,6	94,1	-3,3	-1,9	-2,1	-1,0
IWF	-9,9	-8,5	-8,2	-7,3	75,0	81,8	88,7	93,3	-2,5	-1,9	-3,3	-2,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,6	-4,5	-3,5	-2,4	84,0	83,8	84,5	81,4	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
IWF	-5,6	-4,4	-3,8	-3,0	85,1	85,4	87,5	87,8	-3,1	-2,8	-3,4	-3,7
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	85,6	88,0	91,8	92,6	0,1	0,1	0,6	1,0
OECD	-6,2	-4,1	-3,0	-2,0	85,8	88,1	92,2	93,0	0,4	0,5	1,0	1,5
IWF	-6,2	-4,1	-3,3	-2,6	85,4	88,0	93,6	94,9	0,4	0,4	1,1	1,3
EU-27												
EU-KOM	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	80,2	83,0	86,2	87,2	-0,3	0,0	0,3	0,7
IWF	-6,5	-4,5	-3,9	-3,2	79,3	82,1	87,2	88,8	0,0	0,2	0,5	0,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Mai\,2012.$ 

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO) \ und \ Fiscal \ Monitor, Oktober \ 2012.$ 

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Belgien													
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	96,0	98,0	100,5	100,8	3,1	2,2	1,5	1,6	
OECD	-3,9	-3,9	-2,8	-2,2	96,0	98,1	98,9	97,8	1,3	-0,8	-0,5	-0,3	
IWF	-3,9	-3,9	-3,0	-2,3	95,6	97,8	99,0	99,4	1,4	-1,0	-0,1	0,3	
Estland													
EU-KOM	0,2	1,0	-2,4	-1,3	6,7	6,0	10,4	11,7	3,8	0,6	-0,3	-0,3	
OECD	0,3	1,0	-2,0	-0,3	6,7	6,0	8,7	8,8	3,6	3,2	1,0	0,7	
IWF	0,4	1,0	-2,0	-0,4	6,7	6,0	8,2	9,7	2,9	2,1	0,7	-0,1	
Finnland													
EU-KOM	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	48,4	48,6	50,5	51,7	1,4	-0,4	-0,6	-0,7	
OECD	-2,9	-0,9	-0,7	0,0	48,4	48,6	50,6	53,2	1,7	-0,6	-1,1	-0,7	
IWF	-2,9	-0,8	-1,4	-0,9	48,6	49,1	52,6	53,9	1,4	-1,2	-1,6	-1,7	
Griechenland													
EU-KOM	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	145,0	165,3	160,6	168,0	-12,3	-11,3	-7,8	-6,3	
OECD	-10,5	-9,2	-7,4	-4,9	145,0	165,4	163,3	168,5	-10,1	-9,8	-7,6	-6,5	
IWF	-10,5	-9,1	-7,5	-4,7	144,5	165,4	170,7	181,8	-10,1	-9,8	-5,8	-2,9	
Irland													
EU-KOM	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	92,5	108,2	116,1	120,2	0,5	0,0	1,6	3,1	
OECD	-31,2	-13,0	-8,4	-7,6	92,5	108,2	115,7	120,9	0,5	0,1	1,3	2,0	
IWF	-30,9	-12,8	-8,3	-7,5	92,2	106,5	117,7	119,3	1,1	1,1	1,8	2,7	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	19,1	18,2	20,3	21,6	7,7	7,1	4,5	4,9	
OECD	-0,9	-0,6	-1,4	-1,1	24,7	23,9	26,0	28,7	7,7	7,1	3,5	4,2	
IWF	-0,9	-0,6	-2,5	-1,8	19,1	18,2	21,7	24,6	7,7	7,1	7,3	7,1	
Malta													
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	69,4	72,0	74,8	75,2	-6,4	-3,3	-3,2	-2,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,7	-2,7	-2,5	-2,2	69,1	71,6	71,8	71,1	-5,8	-1,3	-1,5	-1,6	
Niederlande													
EU-KOM	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	62,9	65,2	70,1	73,0	5,1	7,5	8,0	8,4	
OECD	-5,0	-4,6	-4,3	-3,0	62,9	65,1	70,9	73,5	7,1	9,2	9,0	9,7	
IWF	-5,1	-4,7	-3,7	-3,2	62,9	65,2	68,2	70,2	7,0	8,5	8,2	8,2	
Österreich													
EU-KOM	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	71,9	72,2	74,2	74,3	2,9	1,9	1,9	1,9	
OECD	-4,5	-2,6	-2,9	-2,3	71,8	72,2	75,5	76,9	3,0	1,9	2,2	2,5	
IWF	-4,5	-2,6	-2,9	-2,1	71,8	72,3	74,3	74,9	3,0	1,9	1,9	1,6	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Öffentlicher Haushaltssaldo					Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	93,9	107,8	113,9	117,1	-9,7	-6,5	-3,6	-2,9	
OECD	-9,8	-4,2	-4,6	-3,5	93,4	107,8	114,5	120,3	-10,0	-6,4	-4,0	-2,2	
IWF	-9,8	-4,2	-5,0	-4,5	93,3	107,8	119,1	123,7	-10,0	-6,4	-2,9	-1,7	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	41,1	43,3	49,7	53,5	-3,6	0,1	0,2	0,2	
OECD	-7,7	-4,8	-4,6	-2,9	41,1	43,3	48,6	50,7	-2,5	0,1	1,5	2,3	
IWF	-7,7	-4,8	-4,8	-2,9	41,1	43,3	46,3	47,2	-2,5	0,1	0,8	0,3	
Slowenien													
EU-KOM	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	38,8	47,6	54,7	58,1	-0,8	-1,1	-0,4	0,7	
OECD	-6,0	-6,4	-3,9	-3,0	38,8	47,6	51,5	54,4	-0,8	-1,1	0,8	1,4	
IWF	-5,3	-5,6	-4,6	-4,4	38,6	46,9	53,2	57,4	-0,6	0,0	1,1	1,0	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	61,2	68,5	80,9	87,0	-4,5	-3,9	-2,0	-1,0	
OECD	-9,3	-8,5	-5,4	-3,3	61,2	68,5	81,1	84,1	-4,5	-3,5	-0,9	0,1	
IWF	-9,4	-8,9	-7,0	-5,7	61,3	69,1	90,7	96,9	-4,5	-3,5	-2,0	-0,1	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	61,5	71,6	76,5	78,1	-8,7	-11,0	-7,7	-7,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,3	-4,8	-5,6	61,5	71,6	87,3	92,6	-9,9	-10,4	-3,5	-2,0	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Bulgarien													
EU-KOM	3,1	-2,1	-1,9	-1,7	16,3	16,3	17,6	18,5	-0,4	0,8	0,6	-0,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-2,0	-1,1	-1,1	14,9	15,5	17,9	16,4	-1,0	0,9	-0,3	-1,5	
Dänemark													
EU-KOM	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	42,9	46,5	40,9	42,1	5,5	6,5	5,2	4,9	
OECD	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	46,5	47,7	49,6	5,5	6,5	5,4	5,4	
IWF	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	44,1	47,1	47,6	5,5	6,7	5,0	4,6	
Lettland													
EU-KOM	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	44,7	42,6	43,5	44,7	3,0	-1,2	-1,8	-2,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-3,1	-1,3	-1,5	39,9	37,8	37,4	40,6	3,0	-1,2	-1,6	-2,8	
Litauen													
EU-KOM	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	38,0	38,5	40,4	40,9	1,1	-1,6	-2,0	-2,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-7,1	-5,6	-3,3	-2,9	38,0	38,5	40,0	40,5	1,5	-1,5	-1,1	-1,4	
Polen													
EU-KOM	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	54,8	56,3	55,0	53,7	-3,7	-4,3	-3,9	-4,2	
OECD	-7,9	-5,1	-2,9	-2,2	54,9	56,4	56,0	55,4	-4,6	-4,3	-4,4	-4,1	
IWF	-7,9	-5,1	-3,4	-3,1	54,8	56,3	55,1	55,3	-4,7	-4,3	-3,7	-3,8	
Rumänien													
EU-KOM	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	30,5	33,3	34,6	34,6	-3,9	-4,1	-5,0	-5,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
IWF	-6,4	-4,1	-2,2	-1,8	31,2	33,0	34,6	34,5	-4,5	-4,4	-3,7	-3,8	
Schweden													
EU-KOM	0,3	0,3	-0,3	0,1	39,4	38,4	35,6	34,2	6,8	6,4	5,8	5,9	
OECD	-0,1	0,1	-0,3	0,3	39,4	38,4	37,6	35,7	6,9	7,2	6,5	6,3	
IWF	-0,1	0,1	-0,2	-0,2	38,8	37,9	37,1	35,9	6,8	6,9	7,2	7,8	
Tschechien													
EU-KOM	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	38,1	41,2	43,9	44,9	-4,4	-3,6	-3,2	-3,2	
OECD	-4,8	-3,1	-2,5	-2,2	38,1	41,2	43,5	45,5	-3,8	-2,6	-0,2	-1,6	
IWF	-4,8	-3,1	-3,2	-3,0	37,6	40,5	43,1	45,0	-3,8	-3,0	-2,4	-2,2	
Ungarn													
EU-KOM	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	81,4	80,6	78,5	78,0	1,0	0,9	2,2	3,7	
OECD	-4,3	-4,2	-3,0	-2,9	81,0	80,2	79,7	78,8	1,2	1,3	2,7	3,8	
IWF	-4,3	4,2	-2,9	-3,7	81,3	80,6	74,0	74,2	1,2	1,4	2,6	2,7	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO) und Fiscal Monitor, Oktober 2012.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Oktober 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X